

# dreizehn

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

NR. 21 • MAI 2019 • HERAUSGEGEBEN VOM KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT



---

# EUROPA!

---

Jung – europäisch – wahlmüde? Junge Menschen und die Europawahl 2019

Partizipation ist mehr, als alle fünf Jahre wählen zu gehen.

Eine Strategie und zwei Programme. Die EU erweitert ihren jugendpolitischen Handlungsrahmen

**Liebe Leser\_innen,**

die Europa-Wahl steht vor der Tür. Das ist für uns Anlass genug, ein Heft über die Jugend in Europa zu machen. Was halten Jugendliche von Europa? Wie geht es ihnen wirtschaftlich? Wie wird der europäische Gedanke weiterleben? Europäische Identität entsteht, wenn man sich der Vielfalt Europas bewusst wird. Zum Beispiel, dass man frei reisen kann, überall mit seinem Handy online ist und in den meisten Ländern mit einer gemeinsamen Währung bezahlen kann. Wie machen wir Jugendlichen diese Vielfalt bewusst, wenn sie bildungsbenachteiligt sind oder sich durch einen ländlichen Wohnort abgeschnitten fühlen. Wie kann die Jugendsozialarbeit schaffen, lebenspraktische Fragen der jungen Menschen in politische Fragen zu übersetzen.

Im aktuellen Heft „Europa!“ beschäftigen sich unsere Autor\_innen zum Beispiel mit Jugendarbeitslosigkeit in verschiedenen europäischen Ländern, die im Dezember 2018 durchschnittlich bei 14,8 % lag. Den Zustand der Geschlechtergleichberechtigung in Europa beleuchten wir genauer im Artikel „New Perspectives – Gender Sensitive Approaches in Youth Work“. Auch die Europawahlen der letzten Jahre werden genauer betrachtet. Im Artikel „Europa im Rückwärtsgang“ geht es um eine Zukunftsvision von Europa, die neue Formen des Politischen bei jungen Menschen nennt, z. B. kritischer Konsum, nachhaltige Lebensstile oder Online-Petitionen. Im Weiteren schauen wir uns die Mobilitätsprojekte Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps an. Gerade junge Menschen mit schlechten Startchancen und besonderen Bedarfen werden in diesen beiden Programmen mitbedacht und erhalten Unterstützung, wenn sie Europa kennenlernen wollen. In der Rubrik „Vor Ort“ besuchen unsere Journalistinnen zwei Projekte, die sich kreativ mit Europa auseinandersetzen. Das Projekt Neuland.Wahl aus Kehl zum Beispiel begeistert Jugendliche mit Migrationshintergrund für Politik. Neun Monate läuft das Projekt und unter anderem wird politisch gerappt. Im anderen Projekt – das Haus der offenen Tür Bad Sinzig – wird Europa von Aliens befreit. Nur auf dem Spielbrett zum Glück. Außerdem führte die DREIZEHN ein Gespräch mit der Jugendministerin Giffey zur nächsten EU-Jugendstrategie, die von 2019 bis 2027 unter dem Titel „Beteiligen – Begegnen – Befähigen“ beschlossen wurde.

In Deutschland schätzen 71 % der jungen Leute die EU-Mitgliedschaft Deutschlands positiv ein und liegen damit deutlich über dem europäischen Mittelwert von 64 %. Aber der wachsende nationale Populismus in den europäischen Ländern ist spürbar. Außerdem ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jugend niedrig. Inklusiv ausgerichtete Jugendmobilität kann die Probleme und Themen der jungen Erwachsenen angehen. Das hilft den Jugendlichen, neue Erfahrungen zu sammeln und daran zu wachsen. Eine europäische Jugendpolitik sollte die Bildungsbeteiligung aller Jugendlichen in Europa – und damit auch die Bildungserfahrung in anderen europäischen Ländern – im Blick haben. Denn Jugendliche mit schlechten Bildungsvoraussetzungen und damit häufig auch mit verminderten Aussichten auf Beschäftigung sind zugleich stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Diese DREIZEHN will Möglichkeiten aufzeigen, wie Europa für die Jugend erfahrbar sein kann. Denn ohne Erfahrung bleibt Europa abstrakt. Mobilität und internationales Aufeinandertreffen, spielerische Auseinandersetzung mit Europa und Seminare zur politischen Bildung, all dies kann einen Grundstein legen, um europäische Identität zu formen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre

*Birgit Beierling*

*Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit*





# Inhalt

## DIE ANALYSE

Jung, europäisch, wahlmüde? – Junge Menschen und die Europawahl 2019	Dorothee Ammermann	4
Das YES Forum – Ein Netzwerk, das Jugendlichen in Europa Chancen eröffnet	Sophie Brandes und Annett Wiedermann	9
Jugendarbeitslosigkeit in Europa – Aktuelle Herausforderungen für mehr Chancengleichheit und soziale Inklusion in der EU	Barbara Tham und Isabella Waldorf	14
Europa im Rückwärtsgang – Zur Form und Rolle von Jugendpartizipation	Marie Rosenkranz	19
Im Gespräch mit: Dr. Franziska Giffey, Bundesfamilienministerin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Birgit Beierling	23

## KONTRAPUNKT

Partizipation ist mehr, als alle fünf Jahre wählen zu gehen – Junge Menschen für Europa zu gewinnen, heißt es für sie erfahrbar zu machen	Kathleen Wabrowetz	27
---	--------------------	----

## VOR ORT

Demokratie – was ist das? Das Projekt „Neuland.Wahl“ will junge Menschen mit Migrationshintergrund für Politik interessieren	Josefine Janert	32
Die Flamme weitertragen – Im Haus der offenen Tür Bad Sinzig werden junge Leute für Europa begeistert	Caroline Schäfer	35

## PRAXIS KONKRET

Eine Strategie und zwei Programme. Die EU erweitert ihren jugendpolitischen Handlungsrahmen – auch zugunsten benachteiligter Zielgruppen. Eine neue Generation europäischer Jugendpolitik	Manfred von Hebel	39
Europa in die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit holen – Praktische Ansätze der europapolitischen Jugendbildung für benachteiligte Zielgruppen	Alexander Hauser	42
New Perspectives – Gender Sensitive Approaches in Youth Work – Ein europäisches Gemeinschaftsprojekt	Susanne Käßler, Christine Schubart, Annett Wiedermann	45

## DER KOMMENTAR

Europäische Jugendpolitik – Die Kernherausforderungen und Erwartungen junger Menschen müssen im Mittelpunkt stehen	Ulrike Wisser	49
--	---------------	----

## DIE NACHLESE

Die Mindestvergütung für Auszubildende greift dort, wo sich Arbeitgeber_innen ihrer Verantwortung für die Tarife entziehen	Matthias Anbuhl	52
--	-----------------	----

# JUNG, EUROPÄISCH, WAHLMÜDE?

– *Junge Menschen und die Europawahl 2019*

Im Mai 2019 jähren sich die Direktwahlen zum Europäischen Parlament zum neunten Mal. Da der Brexit verschoben wurde, bleibt es diesmal noch bei 28 Mitgliedsstaaten, deren Bürger\_innen vom 23.–26. Mai abstimmen werden.

Dorothee Ammermann

**D**ie vergangenen Wahlen zum Europäischen Parlament und die Abstimmung über den Brexit am 26. Juni 2016 hatten eines gemeinsam: Es zeigte sich, dass junge Menschen kaum zur Wahl gehen. Waren es beim Brexit immerhin noch 36 % der 18- bis 24-jährigen Brit\_innen, die sich an der Abstimmung beteiligten, gingen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 gerade einmal 28 % aller jungen Europäer\_innen zwischen 18 und 24 Jahren zur Wahl.<sup>1</sup> In Deutschland waren es immerhin 29 % der gleichen Altersgruppe.<sup>2</sup> Junge Menschen waren damit insgesamt die Altersgruppe, die in Europa am wenigsten an der Wahl teilnahm.<sup>3</sup> Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gingen junge Menschen in Deutschland um knapp 19 Prozentpunkte, in Europa um knapp 15 Prozentpunkte seltener zur Wahl als die Gesamtbevölkerung.<sup>4</sup> Dies ist insbesondere dramatisch, da die Gruppe der bis 25-Jährigen in Deutschland wie in der gesamten EU etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung stellt.<sup>5</sup>

Die Tatsache, dass Europas Jugend kaum zur Wahl geht, ist jedoch auf den ersten Blick sehr verwunderlich, denn die jungen Europäer\_innen sind deutlich EU-freundlicher eingestellt

als die europäische Gesamtbevölkerung. Dies lässt sich exemplarisch mit einigen Umfragedaten belegen:

52 % der 15- bis 24-jährigen Europäer\_innen gaben in einer Umfrage des Eurobarometers aus dem Herbst 2018 an, ein (eher) positives Bild von der EU zu haben, während dies in der europäischen Gesamtbevölkerung nur 40 % der Menschen genauso sahen. Innerhalb Deutschlands gaben sogar 66 % der 15- bis 24-Jährigen an, ein (eher) positives Bild von der EU zu haben. In der gesamten deutschen Bevölkerung teilten diese Ansicht wiederum nur 49 % der Menschen.<sup>6</sup>

Ein ähnliches Bild zeigte sich in der Eurobarometerumfrage auch bei der Frage danach, ob mehr oder weniger Entscheidungen auf der europäischen Ebene getroffen werden sollten. Hier gaben 63 % der 15- bis 24-jährigen Europäer\_innen an, sich mehr Entscheidungen auf der europäischen Ebene zu wünschen, während dies auf der gesamteuropäischen Ebene nur bei 55 % der Europäer\_innen der Fall war. Ähnlich fällt das Bild auch aus, betrachtet man nur die deutsche Bevölkerung. Hier sprachen sich 71 % der 15- bis 24-Jährigen und 59 % der Gesamtbevölkerung für mehr Entscheidungen auf der europäischen Ebene aus.<sup>7</sup>



---

77 % der 15- bis 24-jährigen Deutschen bzw. 67 % der 15- bis 24-jährigen Europäer\_innen sind zudem der Meinung, dass das Projekt Europa jungen Menschen eine Zukunftsperspektive bietet.<sup>8</sup>

---

## **„28 % der jungen Europäer\_innen gingen 2014 zur EU-Wahl.“**

---

Eine stark proeuropäische Einstellung findet sich innerhalb Deutschlands dabei nicht nur bei westdeutschen Jugendlichen. In einer Studie des Landes Brandenburgs, in der Schüler\_innen zwischen 12 und 22 Jahren befragt wurden, gaben 77,8 % der Schüler\_innen an, stolz darauf zu sein, Europäer\_innen zu sein. 93,6 % der Schüler\_innen sprachen sich außerdem dafür aus, dass Deutschland Mitglied in der Europäischen Union bleiben solle.<sup>9</sup>

Trotz dieser grundsätzlich europafreundlichen Einstellung der Jugendlichen in Europa lassen sich jedoch auch Gründe erkennen, warum die Jugend Europas nicht zur Wahl geht oder in Teilen EU-ablehnende Positionen einnimmt. Zwar ist diese Erklärung mit Sicherheit nicht abschließend und doch wird deutlich, dass junge Menschen sich in Europa oft nicht (genug) wahrgenommen, berücksichtigt oder gar beteiligt sehen. So gaben in der Eurobarometerumfrage aus dem Frühjahr 2018 beispielshalber nur 57 % der 15- bis 24-jährigen Deutschen an, das Gefühl zu haben, dass ihre Stimme in der EU etwas zähle. In der deutschen Gesamtbevölkerung hatten hingegen immerhin 65 % der Personen denselben Eindruck. Auf gesamteuropäischer Ebene hatten wiederum insgesamt nur 45 % der jungen Menschen sowie der Gesamtbevölkerung die Ansicht, dass ihre Stimme in der EU zähle.<sup>10</sup>

In einer Studie der Foundation for European Progressive Studies (FEPS)<sup>11</sup>, eine den europäischen Sozialdemokraten nahestehende politische Stiftung, gaben darüber hinaus 55,5 % der befragten 18 -bis 35-Jährigen an, den Eindruck zu haben, dass sich Politiker\_innen und politische Parteien nicht für die Bedürfnisse und Meinungen junger Menschen interessierten. 31 % der jungen Menschen in dieser Studie glaubten sogar, dass die Positionen älterer Generationen durch die Politik der Meinung der jungen Generation vorgezogen würden.<sup>12</sup>

Vermutlich nicht zuletzt deswegen gaben wiederum 85 % der in der Studie befragten jungen Europäer\_innen an, sich eine bessere Einbindung junger Menschen in die politischen Entscheidungen der Europäischen Union zu wünschen.<sup>13</sup> 89 % der jungen Europäer\_innen wünschten sich in der Studie zudem eine bessere Kommunikation der Politik darüber, was die EU tut und wie ihre Entscheidungen das tägliche Leben jedes\_r Einzelnen beeinflussen.<sup>14</sup>

Zugleich ist in diesem Kontext auch erwähnenswert, dass in Deutschland leicht weniger Jugendliche mit ihrem Leben in der EU zufrieden sind, als dies bei der deutschen Gesamtbevölkerung der Fall ist (86 % gegenüber 89 %). Dies sind zwar grundsätzlich recht hohe Zustimmungswerte, zugleich bedeuten sie jedoch auch, dass jeder siebte deutsche Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren mit seinem Leben in der EU unzufrieden ist.<sup>15</sup>

Wie können nun also Lösungen gefunden werden, diesen Teufelskreis aus niedriger Wahlbeteiligung junger Menschen und der mindestens subjektiv niedrigen Wertschätzung der jungen Generation zu durchbrechen und so zu verhindern, dass eine geringe Wahlteilnahme der jungen Generation auch zu einer geringen Repräsentanz junger Menschen innerhalb der EU führt?

Einige Antworten liefern dafür die bereits oben beschriebenen Antworten junger Menschen selbst. Sie wollen echte Beteiligung an den politischen Prozessen innerhalb der EU und eine bessere Kommunikation von europapolitischen Entscheidungen und deren Auswirkungen durch die Politik. Dabei könnte zumindest die Umsetzung der letzteren Forderung auch in der Gesamtbevölkerung allgemein zur Steigerung der Akzeptanz im Hinblick auf die Europäische Union führen. Auch mehr Transparenz der europäischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindung würde mit Sicherheit ihr Übriges tun.

Im Kontext der Forderung nach mehr Wertschätzung und Teilhabemöglichkeiten junger Menschen innerhalb der Europäischen Union könnte zudem über die Absenkung des Wahlalters nachgedacht werden, für die sich z. B. die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (aej) und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) als Dachverband der deutschen Jugendverbände einsetzen.

---

## **„89 % der jungen Europäer\_innen wünschen sich eine bessere Kommunikation darüber, was die EU tut.“**

---

Weiterhin sollten auch die inhaltlichen Forderungen junger Menschen in Europa wahr- und ernst genommen werden, denn junge Menschen haben oft strukturell andere Bedürfnisse als die Gesamtbevölkerung. Ausdruck dessen sind beispielsweise die Wahlergebnisse der vergangenen Europawahl im Jahr 2014. Hier zeigte sich, dass die jungen Wähler\_innen zwischen 18 und 29 Jahren deutlich weniger stark CDU/CSU (28 % gegenüber 35,3 %) und SPD (20 % gegenüber 27,3 %) gewählt haben. Auch das Wahlergebnis der FDP fiel in der jungen Wäh-

## „Junge Menschen haben oft strukturell andere Bedürfnisse als die Gesamtbevölkerung.“

---

ler\_innengruppe leicht schwächer aus (2 % gegenüber 3,4 %). Demgegenüber fiel das Wahlergebnis der Grünen in der jungen Wähler\_innengruppe deutlich stärker aus als in der Gesamtbevölkerung (17 % gegenüber 10,7 %). Auch die Linke (8 % gegenüber 7,4 %) und die kleineren Parteien (18 % gegenüber 8,8 %) konnten in der jungen Zielgruppe stärkere Ergebnisse einfahren. Das Wahlergebnis der AfD war mit 7,1 % bei den Jugendlichen genauso hoch wie innerhalb der Gesamtbevölkerung.<sup>16</sup>

Noch drastischer fällt die positionelle Veränderung gegenüber der Gesamtbevölkerung aus, betrachtet man die Daten der vergangenen deutschlandweiten U18-Wahl, einer vom Deutschen Bundesjugendring veranstalteten Wahl, bei der junge Menschen unter 18 zu einer simulierten Wahl aufgerufen sind.<sup>17</sup> Hierbei zeigte sich bei der vergangenen Europawahl 2014, dass die Parteien CDU/CSU (24,31 % gegenüber 35,3 %), SPD (18,89 % gegenüber 27,3 %) und AfD (2,60 % gegenüber 7,1 %) drastische Verluste gegenüber dem Ergebnis der Gesamtbevölkerung erlitten haben. Auch die FDP musste leichte Verluste erleiden (2,6 % gegenüber 3,4 %). Deutliche Gewinner waren in der Gruppe der unter 18-Jährigen hingegen die Grünen (18,77 % gegenüber 10,7 %) und sonstige Parteien (25,4 % gegenüber 8,8 %). Auch die Linke (7,79 % gegenüber 7,4 %) konnte leichte Gewinne verzeichnen.<sup>18</sup>

Ansprache und Mobilisierung sind ein weiterer wichtiger Punkt, der dazu beitragen könnte, die Wahlbeteiligung junger Menschen zu erhöhen. Dies hat sich auch die EKD-Synode mit ihrem Beschluss zur Europawahl vom 14. November 2018 auf die Agenda geschrieben. Hier heißt es, die EKD und ihre Gliedkirchen seien dazu aufgerufen, sich aktiv an der Debatte um die Zukunft der EU zu beteiligen und innerhalb der Kirchen Foren für Diskussionen über die Frage zu schaffen, welches Europa vor dem Hintergrund christlicher Grundüberzeugungen vorstellbar ist. Außerdem sollen insbesondere junge Wähler\_innen zur Teilnahme an der Europawahl motiviert werden.

Ein Ausblick auf die kommenden Europawahlen im Mai 2019 verspricht mit Bezug auf die Wahlbeteiligung junger Menschen leichte Besserung. Dies lassen zumindest die Ergebnisse der Foundation For European Progressive Studies (FEPS-Studie) vermuten. Hierbei zeigte sich, dass zum Befragungszeitraum 27. August bis 12. September 2018 bereits 68,5 % der befragten jungen Menschen wussten, dass es im darauffolgenden Jahr die Europawahl gibt. Des Weiteren gaben 76,4 % der Befragten an, zur Wahl gehen zu wollen. Weitere 14,9 % der Befragten waren noch nicht sicher, ob sie teilnehmen würden. Allerdings gaben auch 6,6 % der Befragten an, nicht zur Wahl gehen zu wollen.<sup>19</sup>

Dabei wird es gerade bei der Europawahl 2019 auf jede Stimme ankommen, denn die Wahlprognosen zeichnen derzeit ein Bild vom Aufschwung populistischer und euroskeptischer

Parteien in Europa, was zukünftig die Arbeit innerhalb der Europäischen Union deutlich verändern könnte. Außerdem könnte es zu neuen Mehrheitsverhältnissen im Europäischen Parlament kommen (auch wenn genaue Prognosen der zukünftigen Sitzverteilung im Europäischen Parlament auf Grund verschiedener Unsicherheitsfaktoren wie z. B. der Zuordnung der nationalen Parteien zu den europäischen Fraktionen schwer zu treffen sind). Neue Koalitionen werden in der parlamentarischen Zusammenarbeit erprobt werden. Zudem ist noch nicht klar, welche Partei zukünftig den Präsidenten der Europäischen Kommission stellen wird.

---

## „Gerade bei der Europawahl 2019 kommt es auf jede Stimme an.“

---

Dies könnte auch ein Anknüpfungspunkt für die Arbeit im Bereich der Demokratiebildung und -förderung vor Ort sein. Die veränderte politische Lage in Europa könnte nämlich z. B. zum Anlass genommen werden, um den Aufbau und die Funktionsweise der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments näher in den Blick zu nehmen. Einige Leitfragen hierfür könnten sein: Was passiert eigentlich nach der Wahl im neuen Parlament? Wie kommt es dazu, dass sich aus nationalen Parteien europäische Fraktionen bilden? Wie kommt eine mehrheitsfähige Koalition zustande und wofür ist diese überhaupt nötig? Welche Rolle spielt die Wahl des\_r neuen Kommissionspräsident\_in in diesem Kontext?

Als Fazit kann also festgehalten werden, dass bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 viel Raum für neue politische Weichenstellungen in der EU gegeben ist. Diesmal gilt, vielleicht mehr als jemals zuvor: „Jede Stimme zählt!“ Deswegen wird es insbesondere diesmal auch von besonders großer Bedeutung sein, vom eigenen Recht auf politische Mitbestimmung Gebrauch zu machen und junge Menschen zur Wahl aufzurufen! //

**Die Autorin:**

Dorothee Ammermann arbeitet als Referentin für europäische Jugend- und Bildungspolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend Deutschland e. V.

Kontakt: [Dorothee.Ammernann@Evangelische-Jugend.de](mailto:Dorothee.Ammernann@Evangelische-Jugend.de)

Anmerkungen:

<sup>1</sup> European Parliament, Post Election Survey, National Factsheet.

<sup>2</sup> Frantescu 2018.

- 
- <sup>3</sup> Europäisches Parlament 2014 Review, S. 3.
- <sup>4</sup> Europäisches Parlament – Wahlbeteiligung.
- <sup>5</sup> Statistisches Jahrbuch 2018, S. 32; FEPS, Think Young 2018, S. 23.
- <sup>6</sup> Europäische Kommission 2018, S. 120.
- <sup>7</sup> Europäische Kommission 2018, S. 176.
- <sup>8</sup> Europäische Kommission 2017, S. 116.
- <sup>9</sup> Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung 2017, S. 12.
- <sup>10</sup> Europäische Kommission 2018, S. 159.
- <sup>11</sup> In dieser Studie wurden zwischen dem 27. August 2018 und dem 12. September 2018 insgesamt 10.138 junge Menschen zwischen 18 und 35 Jahren aus zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu ihren Ansichten u. a. zu den Europawahlen 2019 befragt.
- <sup>12</sup> FEPS, Think Young 2018, S. 97.
- <sup>13</sup> FEPS, Think Young 2018, S. 15.
- <sup>14</sup> FEPS, Think Young 2018, S. 103.
- <sup>15</sup> Europäische Kommission 2017, S. 77.
- <sup>16</sup> Forschungsgruppe Wahlen 2014, S. 1; Europäisches Parlament – Ergebnisse nach Land.
- <sup>17</sup> An der U18-Wahl zur Europawahl 2014 nahmen knapp 37.000 Kinder und Jugendliche teil.
- <sup>18</sup> Deutscher Bundesjugendring 2014.
- <sup>19</sup> FEPS, Think Young 2018, S. 89.

young: „Millennial Dialogue on Europe – Shaping the new EU Agenda“, November 2018.

Frantescu, Doru: „Youth Participation in EU Elections is Falling – Differences Across Member States“, The Progressive Post, 5, November 2018, <https://progressivepost.eu/youth-participation-eu-elections-falling-differences-across-member-states/>.

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V.: „Jugend in Brandenburg 2017 – Kurzdarstellung der Untersuchungsergebnisse“, Potsdam 2017, [https://mbjs.brandenburg.de/media\\_fast/6288/122-18\\_anhang\\_studie\\_jugend\\_in\\_brandenburg\\_2017-kurzfassung.pdf](https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/122-18_anhang_studie_jugend_in_brandenburg_2017-kurzfassung.pdf).

Statistisches Bundesamt (Destatis): „Statistisches Jahrbuch – Deutschland und Internationales“, Oktober 2018.

#### Literatur:

- Deutscher Bundesjugendring: „U18 – Ergebnisse für Deutschland“, Berlin 2014, <https://www.u18.org/vergangene-wahlen/2014-europawahl/ergebnisse/deutschland>.
- Europäische Kommission: „Spezial Eurobarometer 467 – Die Zukunft Europas“, November 2017, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/83297>.
- Europäische Kommission: „Standard-Eurobarometer 89 – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union“, März 2018, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/83547>.
- Europäisches Parlament: „Ergebnisse der Europawahl 2014 – Ergebnisse nach Land“, <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/country-results-de-2014.html>.
- Europäisches Parlament: „Ergebnisse der Europawahl 2014 – Wahlbeteiligung“, <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html>.
- Europäisches Parlament: „Review – European Elections figured out“, 2014, [www.europarl.europa.eu/pdf/elections\\_results/review.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/elections_results/review.pdf).
- Forschungsgruppe Wahlen e. V.: „Europawahl – 25. Mai 2014“, Mannheim 2014, [www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News\\_Euro\\_2014\\_1.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News_Euro_2014_1.pdf).
- Foundation for European Progressive Studies (FEPS), Think

# DAS YES FORUM

– Ein Netzwerk, das Jugendlichen in Europa Chancen eröffnet



Das Youth and European Social Work Forum (YES Forum) versteht sich als Netzwerk, das die gesellschaftliche Teilhabe von allen jungen Menschen in Europa fördern möchte. Junge Menschen, die von Ausgrenzung und Stigmatisierung betroffen sind, dabei mitzunehmen, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Sicht auf die Dinge zu erzählen und Gehör zu finden, ist ein Hauptziel des YES Forums.

Sophie Brandes und Annett Wiedermann

Das YES Forum wurde 2002 gegründet und vereint 39 Mitgliedsorganisationen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit aus ganz Europa.<sup>1</sup> Koordiniert wird die Arbeit vom Sekretariat des Netzwerks in Stuttgart. Junge Menschen als Expert\_innen ihrer Lebenswelt stehen im Mittelpunkt des YES Forums und gestalten die Arbeit maßgeblich mit. Mit diesem partizipativen Ansatz werden junge Menschen ermutigt, sich für ihre Interessen einzusetzen, politisch mitzumischen und als aktive Bürger\_innen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Besonders wichtig ist dem YES Forum stets, diejenigen jungen Menschen zu vernetzen, die sonst nicht die Möglichkeit oder die Motivation haben, neuen Menschen, Ländern und Kulturen zu begegnen.

„Mein Name ist Nora Schroeder, ich bin 26 Jahre alt und gerade in den Endzügen meines Masters in Soziologie an der Uni Freiburg. In diesem Rahmen muss ich auch ein eigenes Studienprojekt durchführen. Durch das YES Forum habe ich die Möglichkeit, eine Evaluationsforschung für das Projekt YourEP (<https://goo.gl/SPPkHs>) durchzuführen. Das Besondere daran ist für mich, dass es mir ermöglicht, eine Brücke zu schlagen zwischen meinen Kompetenzen als Sozialpädagogin aus meiner ersten Ausbildung, den neuen Kenntnissen aus dem Masterstudium und der praktischen Sozialforschung.“  
(Nora Schroeder, Deutschland, Studienprojekt in Kooperation mit dem YES Forum)

# „Jungen Menschen, die selbst von Armut betroffen sind, aktiv zuhören.“

Darüber hinaus versteht sich das YES Forum als Forum für den Austausch von „Good Practice“, also erfolgreichen Methoden und Inhalten der Jugendarbeit und Sozialen Arbeit in Europa. Mit dem Ziel, bessere Lebenschancen für junge Menschen in Europa zu ermöglichen, interagiert das YES Forum im Rahmen seiner Lobbyarbeit mit (politischen) Entscheidungsträger\_innen auf regionaler, nationaler und besonders der EU-Ebene und fordert mit frischen und unkonventionellen Ideen, meist präsentiert durch die Jugendlichen selbst, die dort vorherrschenden Sichtweisen heraus.

„YES Forum provided me with the opportunity of getting to know what is youth policy and what the EU does for its youth. I could actively participate in the preparation of projects, meet several organizations dedicated to youth from different countries and understand the differences and similarities of the challenges that each country's youth is facing. As a young person I felt like my opinion was taken into account and mattered, something which is still not a common practice in my home country at least. YES Forum inspired me [...].“ (Carolina Blom, Portugal, 3 Monate Erasmus+ Praktikum beim YES Forum)

## EU-Rahmenbedingungen von Jugendbeteiligung

Gesellschaftliche Teilhabe sollte für alle Mitglieder einer Gesellschaft möglich sein. Gemäß Artikel 165 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) kann die EU Maßnahmen ergreifen, um die Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa zu fördern (vgl. Franke/Hériard 2018, o.S.). Mit der EU Jugendstrategie 2019–2027 gibt die Europäische Union den Mitgliedsstaaten eine Richtung für die Umsetzung nationaler Jugendpolitik vor. Ihre drei Kernpunkte „Engage. Connect. Empower.“ (auf Deutsch: Beteiligung. Begegnung. Befähigung) machen den Stellenwert der Beteiligung junger Menschen in diesem Dokument deutlich<sup>2</sup> (vgl. European Commission, 2018).

## Jugendbeteiligung im YES Forum

Becker (2011) kam in einer Untersuchung von Angeboten der politischen Bildung in Deutschland zu dem Schluss, dass besonders die Angebote erfolgreich waren, die es schafften, die lebenspraktischen Fragen der Menschen als politische Fragen

zu „dechiffrieren“ (ebd., S. 103). Genau an dieser „Dechiffrierung“ setzen das YES Forum und seine Mitgliedsorganisationen an, um die gesellschaftliche Beteiligung von jungen Menschen zu fördern.

Welche Themen die jungen Menschen bewegen, womit sie sich auseinandersetzen möchten und was in den internationalen Projekten des YES Forums und seiner Partner aufgegriffen werden sollte, wird dabei von jungen Menschen und Fachkräften gemeinsam entschieden. Dafür beraten sich Fachkräfte und junge Menschen aus den unterschiedlichen Mitgliedsorganisationen auf den jährlichen Projektplanungstreffen.

In den daraus entstehenden Projekten eröffnet das YES Forum jungen Menschen aus den Partnerorganisationen sowie begleitenden Fachkräften der Jugend(sozial)arbeit die Möglichkeit, ihre Themen national und transnational zu bearbeiten, neue Erfahrungen zu sammeln und daran zu wachsen. Für die meisten teilnehmenden Jugendlichen ist es das erste Mal, dass sie in ein anderes Land reisen. Für den Großteil ist es auch das erste Mal, dass sie mit ihren Themen Gehör finden. Diese Themen bei Politiker\_innen, lokalen und regionalen Entscheidungsträger\_innen und auf europäischer Ebene vorzustellen, ist eine prägende Erfahrung der Selbstwirksamkeit. Eine der Teilnehmerinnen des Projektes „Level Up!“, welches jungen Menschen verschiedene Zugänge zu gesellschaftlicher Partizipation aufzeigte<sup>3</sup>, formuliert es so:

„YES Forum gave me the opportunity to believe in myself, to travel, to learn, to fight for my ideas, to be a better person. Society tends to exclude people, which are not perfect. YES Forum listens to this people and show them that there nothing's wrong with them, but with their standards. So if I hadn't participated to any youth exchange probably I was still thinking ‚I am a loser‘ but now I know that I can be everything I want.“ (Giulia B.)

Wie das Dechiffrieren lebenspraktischer Fragen zu einer politischen Auseinandersetzung mit diesen Fragen führen und schließlich die Weitergabe des erlangten Wissens aussehen kann, soll nun am Beispiel zweier Projekte des YES Forums exemplarisch dargestellt werden.

## Das YourEP Project

Ausgangspunkt des Projektes YourEP (EP = Europäisches Parlament) war die von Mitgliedsorganisationen geteilte Beobachtung, dass aktive gesellschaftliche Mitwirkung einen weiteren Bereich der Exklusion benachteiligter junger Menschen dar-

# „Mehr als 30 % der zwischen 18- und 24-Jährigen waren 2014 in der EU von Armut betroffen oder gefährdet.“

stellt.<sup>4</sup> Auch in vermeintlich niederschweligen Angeboten wie lokalen Jugendräten sind diese kaum präsent. Denn die Erfahrungen der Mitgliedsorganisationen des YES Forums zeigen, dass fehlendes bürgerschaftliches Engagement, ein geringes (EU-)politisches Bewusstsein und soziale Benachteiligung oft Hand in Hand gehen.

„Coming out of university and without professional experience in international [...] coordination, YES Forum not only allowed me to do my first steps in this field and to have real responsibilities during different meaningful European youth projects across Europe, but also to discover new parts of me and develop self-confidence. Thanks to this experience [...], ‚European citizenship‘, ‚solidarity‘, ‚pedagogy‘, ‚feeling useful and meaningful‘ are concrete concepts to me now [...]. I had the chance to meet and work with people more and more inspiring that led me to write my own European Youth Project [...].“ (Simon Frischbach, Frankreich, 8 Monate Europäischer Freiwilligendienst beim YES Forum)

Dieser Zusammenhang wird im Fall politischer Planspiele umso deutlicher. Politische Planspiele und Simulationen haben zum Ziel, „die Komplexität von Politik – gerade auch bezüglich des politischen Prozesses – zu reduzieren und verstehbar zu machen, und zur Einsicht in die Schwierigkeiten politischer Kompromissfindung bei[z]utragen. Sie sollen das Politische mit der Lebenswelt der Lernenden verknüpfen und einer nachhaltigen, da erfahrungsbasierten Wissensvermittlung dienen. Nicht zuletzt wird davon ausgegangen, dass Planspiele die Lernenden zur Auseinandersetzung mit dem Gegenstand motivieren und ihr Interesse an Politik wecken bzw. erhöhen.“ (Leunig/Oberle 2018, S.217)

Junge Menschen, die aus verschiedenen Gründen von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind, stehen vor der Teilnahme an solchen Planspielen, durchgeführt u. a. von Organisationen wie Model European Union<sup>5</sup> oder im Parlamentarium,<sup>6</sup> vor einigen Zugangsbarrieren<sup>7</sup>. Dabei würden gerade sie wohl am meisten von solchen lebensweltnahen, non-formalen Lernangeboten profitieren.

Das Ziel des YourEP-Projektes, welches über einen Zeitraum von zwei Jahren lief, bestand daher darin, politische Planspiele einem diversen Publikum zugänglich zu machen. Junge Menschen aus dem Umfeld der Mitgliedsorganisationen des YES Forums entwickelten daher selber ein Planspiel.

Um sicherzustellen, dass das entwickelte Planspiel tatsächlich den Bedürfnissen junger Menschen entspricht, waren diese aktiv in den gesamten Entwicklungsprozess sowie in die

Durchführung des Planspiels involviert. Dieses partizipative Design war ein Kernelement des Projektes. Insgesamt waren 24 junge Menschen aus sieben EU-Mitgliedsstaaten am Projekt YourEP beteiligt. So diskutierten die jungen Beteiligten, welche Themen sie in ihrem Planspiel bearbeiten wollten. Heraus kamen eine mit viel Spaß verhandelte „Regulation of the Protection of European Fantastic Creatures“ (Verordnung zum Schutze der Europäischen Magischen Fabelwesen) sowie eine „Resolution on True Equality in High School“ (Verordnung über die echte Gleichberechtigung in weiterführenden Schulen) – ein Thema, das vielen Teilnehmenden am Herzen lag.

Doch die jungen Menschen führten nicht nur erfolgreich ihr Planspiel als Simulation des Europäischen Parlaments durch, sie teilten ihre Erfahrungen auch mit anderen jungen Menschen: im Rahmen des European Youth Events in Straßburg und auf nationaler Ebene in Treffen mit lokalen Politiker\_innen und Entscheidungsträger\_innen sowie auf der Abschlusskonferenz des Projektes in Brüssel in Diskussionen mit Vertreter\_innen des Europäischen Parlaments, der Kommission und weiteren Institutionen. Die zahlreichen positiven Rückmeldungen der jungen Beteiligten und der Fachkräfte lassen vermuten, dass auch individuell bei allen jungen Menschen Entwicklungsprozesse stattgefunden haben.

Ob und was die beteiligten Jugend(sozial)arbeiter\_innen aus dem Projekt an Stärkung ihrer professionellen Arbeit mitnehmen konnten, wird nun von zwei Studierenden der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg untersucht.

## Das Projekt „Our Life. Our Voice. Young people and poverty.“

Mehr als 30 % der jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren und 27,8 % der Kinder unter 18 Jahren waren 2014 in den Mitgliedsstaaten der EU von Armut betroffen oder gefährdet (vgl. Eurostat 2016, S. 138 ff.). Diese Zahlen waren es, die dem Projekt „Our Life. Our Voice. Young people and poverty.“ den Anstoß gaben.

In dem zweijährigen Projekt gingen junge Menschen aus fünf Partnerländern diesen Zahlen nach und wurden so zu Expert\_innen zum Thema Armut. Unter Zuhilfenahme eines für alle Gruppen einheitlichen Rahmens untersuchten sie Einstellungen und Haltungen junger Menschen (ihrer Peergroup) und was es bedeutet, Teil einer Familie zu sein, die tagtäglich darum kämpft, über die Runden zu kommen.

# „Für die meisten teilnehmenden Jugendlichen ist es das erste Mal, dass sie in ein anderes Land reisen.“

Je eine Projektgruppe pro Partnerland, die aus 12 bis 15 jungen Menschen bestand, beschäftigte sich näher mit einem Teilbereich von Armut und erarbeitete aufgrund der Ergebnisse ihrer Nachforschungen Vorschläge und Lösungen, welche sie den entsprechenden lokalen Entscheidungsträger\_innen vorlegten und diskutierten.

Die Länder wiesen dabei ganz verschiedene Voraussetzungen in Bezug auf ihr Sozialsystem, ihre Geschichte und wirtschaftliche Entwicklung auf. Aufgrund der Ergebnisse ihrer interaktiven und partizipativen Recherchen kamen die jungen Menschen ins Gespräch über verschiedene Blickwinkel auf Armut und formulierten sodann ihre eigenen Ideen und Empfehlungen gegen Armut und für gute Unterstützungsleistungen.

Indem jungen Menschen, die selbst von Armut betroffen sind, aufmerksam und aktiv zugehört wurde, konnte im Rahmen des Projektes die Distanz zwischen politischen Entscheidungsträger\_innen einerseits und jungen Menschen andererseits verringert werden. Das Projekt konnte so aufzeigen, wie Akteur\_innen im Feld der Jugendarbeit und Sozialen Arbeit sowie Entscheidungsträger\_innen auf politischer Ebene junge Menschen in Armut besser unterstützen sowie präventiv aktiv werden können. Des Weiteren konnte gezeigt werden, wie Ressourcen besser verteilt werden können, um den Bedürfnissen von jungen Menschen, die von Armut betroffen sind, gerecht zu werden.

„Thanks to the YES Forum network, even regional organizations such as ours have the matchless possibility of comparing, on a European level, methodologies, approaches and concrete cases with social workers doing our own work. The young people who took part in the YES Forum exchanges, events and meetings [...] had an extra boost [...] and have certainly shown greater mind openness when they are back home.

The lobbying work we can do at European level is invaluable; we have realized over time that our actionable point of view is equally precious for the political decision-makers themselves. Being part of [...] YES Forum is like being part of a family: it makes us feel more confident, it allows us to share joys and sorrows but above all it makes us feel stronger and more European.“ (Mirco Trielli, Italien, Director Zefiro and Chair of the YES Forum)

Die hier vorgestellten Projekte als exemplarische Einblicke in die Arbeit des YES Forums zeigen, dass Begegnungen und Austausch mit jungen Menschen aus ganz Europa für diese unglaublich motivierend sind. Gepaart mit einem gemeinsamen Thema und der Chance, dieses bedeutsamen Entscheidungsträger\_innen vorstellen zu können, ermöglicht das YES Forum jungen Menschen, ihre Ideen und Wünsche voranzubringen

und ernst genommen zu werden. Gleichzeitig ermutigt das YES Forum Entscheidungsträger\_innen, ihre tägliche Politiker\_innen-Welt zu verlassen und authentische Einblicke in die Lebenswelt junger Menschen zu erhalten. Es braucht keine besonderen Vorkenntnisse, keine eleganten Formulierungen oder fehlerfreie, selbstbewusste Präsentationen. Die meist ungehörten Anliegen junger Menschen in Europa sind oft ähnlich und sie sind wichtig. So, wie sie sind. //

## Die Autorinnen:

Sophie Brandes studiert im Master Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und ist beim YES Forum als Werkstudentin tätig.

Annett Wiedermann arbeitet als Geschäftsführerin beim YES Forum.

Kontakt: [sophie.brandes@yes-forum.eu](mailto:sophie.brandes@yes-forum.eu)  
[annett.wiedermann@yes-forum.eu](mailto:annett.wiedermann@yes-forum.eu)

## Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Die Trennung zwischen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, wie sie in Deutschland üblich ist und sich auch im SGB VIII widerfindet, ist in anderen europäischen Ländern so nicht vorhanden (vgl. Naddaf/Thimmel 2018, S. 19; JUGEND für Europa/SALTO Training & Cooperation 2016, S. 14).
- <sup>2</sup> Einschränkung ist hier jedoch zu nennen, dass Jugendpolitik ein nationaler Politikbereich ist. Die EU kann ihre Mitgliedsstaaten lediglich in der Koordination der nationalen Jugendpolitiken unterstützen sowie diese ergänzen.
- <sup>3</sup> Weitere Informationen über das Projekt „Level up!“ sind über die Webseite des YES Forums erhältlich: <https://www.yes-forum.eu/projects/detail/project/youth-political-participation-level-up-2016/action/show/ctrl/Project/>.
- <sup>4</sup> Der folgende Abschnitt basiert auf den von Projektleiter Elie Demerseman auf Englisch formulierten Beschreibungen des Projektes, die auf der Webseite des YES Forums nachlesbar sind: <https://www.yes-forum.eu/projects/detail/project/yourep-2017-2018/action/show/ctrl/Project/>.
- <sup>5</sup> Jährliche, internationale Simulation im Europäischen Parlament in Straßburg: <https://meu-strasbourg.org/>.
- <sup>6</sup> Offizielles Planspiel des Europäischen Parlaments: <http://www.europarl.europa.eu/visiting/en/brussels/role-play-game>.
- <sup>7</sup> Hierzu gehören u. a. Kosten für die Teilnahme und Anreise, das sichere Beherrschen von Englisch und oft auch die Voraussetzung, Student\_in zu sein.

## Literatur:

Becker, Helle (2011): Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln – Studie zur Gewinnung und Nutzarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bil-



***Jugendliche verschiedener Mitgliedsorganisationen des YES Forum auf dem Europäischen Jugendevent 2018 in Straßburg***

derung in Deutschland. Teil 1: Auswertungsbericht. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten für den Bundesausschuss Politische Bildung.

European Commission (2018): Engaging, Connecting and Empowering young people: a new EU Youth Strategy. [https://ec.europa.eu/youth/sites/youth/files/youth\\_com\\_269\\_1\\_en\\_act\\_part1\\_v9.pdf](https://ec.europa.eu/youth/sites/youth/files/youth_com_269_1_en_act_part1_v9.pdf) (Zugriff zuletzt am 20.02.2019).

JUGEND für Europa/SALTO Training & Cooperation (2016): European Training Strategy: A Competence Model for Youth Workers to Work Internationally. [https://www.salto-youth.net/downloads/4-17-3460/CompetencemodelForYoutworker\\_Online-web.pdf.pdf](https://www.salto-youth.net/downloads/4-17-3460/CompetencemodelForYoutworker_Online-web.pdf.pdf) (Zugriff zuletzt am 20.02.2019).

Leunig, Johanna/Oberle, Monika (2018): Wirkungen politischer Planspiele auf Einstellungen, Motivationen und Kenntnisse von Schülerinnen und Schülern zur Europäischen Union. In: Béatrice Ziegler / Monika Waldis (Hrsg.): Politische Bildung in der Demokratie: Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer.

Naddaf, Zijad / Thimmel, Andreas (2018): Internationalität für

alle Jugendlichen – ein nicht eingelöstes Versprechen. In: Dreizehn – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Heft 20. S.17–21.

Franke, Michaela / Hériard, Pierre (2018): Jugendpolitik. Kurzdarstellungen zur Europäischen Union. <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/141/jugendpolitik> (Zugriff zuletzt am 20.02.2019).



# *Jugendarbeitslosigkeit in Europa*

*– Aktuelle Herausforderungen für mehr Chancengleichheit und soziale Inklusion in der EU*

---

**Obwohl die Jugendarbeitslosigkeit nach ihrem Höchststand während der Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU deutlich zurückgegangen ist, stellt sie nach wie vor ein ernsthaftes Problem dar und gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Europa.**

---

Barbara Tham und Isabella Waldorf

**I**m Dezember 2018 lag die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bei 14,9% in der EU.<sup>1</sup> Die Jugendarbeitslosigkeit fällt damit wieder deutlich geringer aus als in den Jahren zuvor, als die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem hohen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. Allerdings sind immer noch rund 3,4 Millionen junge Menschen in der EU erfolglos auf der Suche nach einer Arbeitsstelle. Die Integration junger Menschen im Arbeitsmarkt scheint hierbei nicht nur in Zeiten wirtschaftlicher Krisen ein Problem darzustellen, sondern eine grundsätzliche Herausforderung in der EU. Insgesamt gesehen fällt die Jugendarbeitslosigkeit in der EU doppelt so hoch aus wie die Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung. In einigen Mitgliedsländern gestaltet sich der Zugang zum Arbeitsmarkt für junge Menschen noch deutlich schwieriger. Während in Tschechien, Deutschland und den Niederlanden niedrige Quoten zu verzeichnen sind, fallen diese in Griechenland, Spanien und Italien sehr viel höher aus.

Die Quoten verdeutlichen die unterschiedlichen Ausgangslagen von Jugendlichen in der EU. Während in einigen Ländern günstige Beschäftigungsaussichten für junge Menschen bestehen, zeigen sich in Teilen Süd- und Osteuropas große Hürden für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Auch die individuellen Voraussetzungen spielen bei der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen eine große Rolle. Gut ausgebildete Jugendliche finden eher einen Arbeitsplatz als gering qualifizierte Jugendliche. Allerdings sind in den von ökonomischen Krisen erschütterten Regionen in der EU zunehmend auch höher qualifizierter Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen. Jugendliche ohne Aussichten auf Beschäftigung sind zugleich stärker Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. Der EU-Jugendbericht von 2015 warnt deshalb auch vor der wachsenden Kluft zwischen jungen Menschen in der EU, die infolge ihrer individuell positiven Voraussetzungen sicher sein können, eine Arbeitsstelle zu finden, und denjenigen, die kaum Chancen auf ein sicheres

# „Jugendliche ohne Aussichten auf Beschäftigung sind zugleich stärker Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt.“

Arbeitsverhältnis haben und deshalb von Ausgrenzung und Benachteiligung bedroht sind.<sup>3</sup>

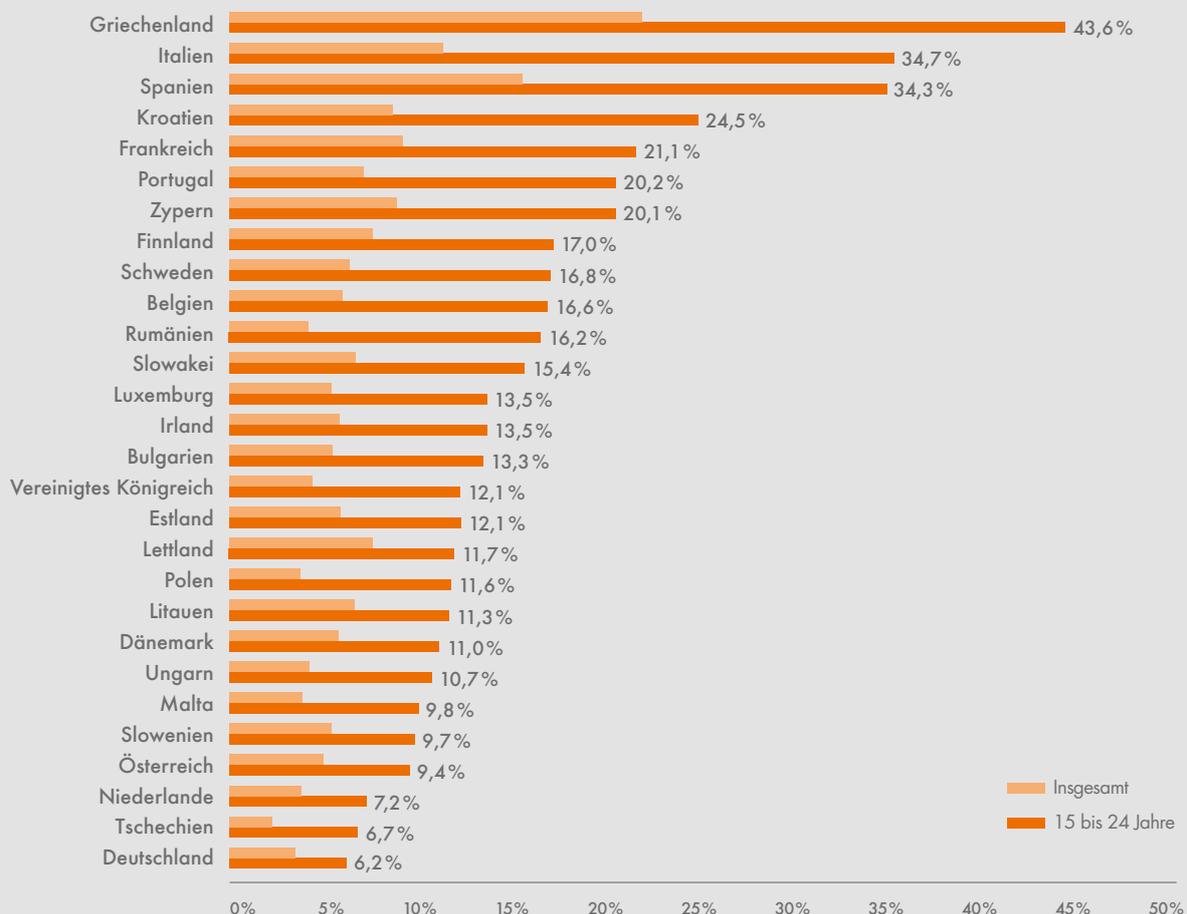
## Migrationshintergrund, Bildungsniveau und Arbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit ist ein komplexes Problem und hat ganz unterschiedliche Ursachen. Die Höhe von Jugendarbeitslosigkeit in einem Land ist dabei maßgeblich von zwei Faktoren abhängig. Zuerst spielen die ökonomischen Rahmenbedingungen wie wirtschaftliches Wachstum und Nachfrage nach Arbeitskräften eine entscheidende Rolle<sup>4</sup>. Die Situation von jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt ist dabei noch stärker durch Konjunkturschwankungen gefährdet als die Erwachsener. Das zeigt sich darin, dass die Jugendarbeitslosigkeit in ökonomischen Krisenzeiten stärker zunimmt als die Arbeitslosigkeit bei Erwachsenen<sup>5</sup>. So lässt sich für die Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008–2014 in Europa eine starke Korrelation zwischen der Entwicklung des Brutto sozialprodukts und der Jugendarbeitslosigkeit herstellen<sup>6</sup>. Die Zahlen für Jugendar-

beitslosigkeit sind also besonders sensitiv in Zeiten wirtschaftlicher Rezession. Das lässt sich damit erklären, dass junge Menschen oft noch keine Referenzen vorweisen können, was den Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert<sup>7</sup>, und zusätzlich aufgrund befristeter Verträge häufiger von friktioneller Arbeitslosigkeit, also der Arbeitslosigkeit zwischen zwei nicht aneinander anschließenden Beschäftigungen, betroffen sind.<sup>8</sup>

Die Divergenz der Werte für Jugendarbeitslosigkeit lässt sich aber nicht alleine durch die wirtschaftliche Lage der Länder erklären. Zusätzlich spielen auch strukturelle Aspekte eine wichtige Rolle. Besonders relevant zur Erklärung von Jugendarbeitslosigkeit sind hier die sogenannten Übergangsregime von Ausbildung zum Beruf<sup>9</sup>. Berufspraktisch orientierte Berufsbildungssysteme, wie sie in Deutschland Tradition haben, vereinfachen den Übergang in den Arbeitsmarkt im Vergleich zu rein schulischen Ausbildungssystemen. Besonders stark ist der Gegensatz zu Ländern wie Spanien, wo die Ausbildung stark schulisch und weniger betrieblich orientiert ist. Zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage für Jugendliche wird deshalb empfohlen, vor allem bei den Berufsausbildungssystemen anzusetzen und mit diesen Berufserfahrungen und Referenzen zu fördern.<sup>10</sup>

Arbeitslosenquote in der EU 2018 (Daten für Griechenland, Italien, das Vereinigte Königreich, Estland, Dänemark und Ungarn von 2017)



# „Jugendarbeitslosigkeit in ökonomischen Krisenzeiten nimmt stärker zu als bei Erwachsenen.“

## Maßnahmen und Instrumente der EU

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat die EU eine Reihe von Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung sowie zur Unterstützung der Jugendarbeit ergriffen. Vor allem Angebote in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Jugend sollen junge Menschen die auf dem Arbeitsmarkt benötigten Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, Schlüsselqualifikationen stärken, Benachteiligungen überwinden und so zur Förderung von Chancengleichheit und sozialer Inklusion in Europa beitragen.<sup>11</sup>

Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Instrumente und Programme:

### ● EU-Jugendstrategie (2010–2018)<sup>12</sup>

Die EU-Jugendstrategie wurde bereits 2009 beschlossen und hat zum Ziel, mehr und bessere Chancen für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen sowie deren gesellschaftliches Engagement, soziale Inklusion und Solidarität zu fördern. In acht Aktionsfeldern wurden Verbesserungen hinsichtlich der allgemeinen und beruflichen Bildung, Beschäftigung und sozialer Inklusion in der EU und den Mitgliedsländern angeregt.

### ● EU-Jugendgarantie<sup>13</sup>

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die 2013 einen Höchststand von 24 % erreicht hat, verabschiedete die EU im gleichen Jahr die sogenannte „Jugendgarantie“. Allen jungen Menschen unter 25 Jahren sollen danach innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz angeboten werden. Im Rahmen der EU-Jugendgarantie werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, strategischer und innovativer gegen Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen, Strukturreformen voranzutreiben, Partnerschaften zwischen allen relevanten Akteuren zu schaffen und sich stärker auf die jungen Menschen zu konzentrieren, die am schwersten zu erreichen sind. In nationalen Umsetzungsplänen erläutern die Mitgliedsstaaten, wie sie die Jugendgarantie umsetzen wollen und wie die Finanzierung geregelt ist. Die Jugendgarantie soll so auch zu strukturellen Reformen in den Ländern führen und Fördermaßnahmen sollen auch aus nationalen Budgets mitfinanziert werden.

### ● Europäische Beschäftigungsinitiative<sup>14</sup>

Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ist das Instrument der EU, um Aktionen und Programme der Mitgliedstaaten

zur Umsetzung der Jugendgarantie finanziell zu unterstützen. Konkret handelt es sich dabei um Ausbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen, um jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern, sowie Anreize für Unternehmen, junge Menschen auszubilden und einzustellen. Die Beschäftigungsinitiative zielt dabei ausschließlich auf Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 Prozent ab. Mit den Mitteln sollen junge Menschen, die sich weder in der Schule noch in Beschäftigung oder Ausbildung befinden (young people neither in employment nor in education and training, Abkürzung NEET), gefördert werden. Dadurch werden in den Teilen der EU, wo die Probleme am größten sind, junge Menschen mit besonderen Bedürfnissen gefördert. Die Initiative unterstützt vorrangig Ausbildungsplätze, Praktika, Stellenangebote und Fortbildungsmaßnahmen, die zu einer Qualifikation führen.

### ● Europäische Ausbildungsallianz<sup>15</sup>

Ein weiterer Ansatz zur Verbesserung der beruflichen Bildung ist die Vernetzung verschiedener Akteure auf Plattformen wie der Europäischen Ausbildungsallianz. Diese wurde 2013 durch eine gemeinsame Erklärung der Sozialpartner, der EU-Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission gestartet. Die Europäische Ausbildungsallianz soll einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten, indem sie die Qualität der Berufsbildung und das Angebot an Ausbildungsplätzen EU-weit verbessert. Besonderer Schwerpunkt liegt auf der Ermittlung von den erfolgreichsten Ausbildungssystemen in der EU und der Umsetzung von geeigneten Lösungen für die einzelnen Mitgliedsstaaten. Im Sinne von „best practice“ sollen Modelle transferiert und transformiert werden. Austausch- und Lernplattformen wie die Ausbildungsallianzen können so die Chance bieten, erfolgreiche Modelle an nationalstaatliche Strukturen anzupassen.

### ● ERASMUS+ (2014–20)<sup>16</sup>

Mit dem EU-Programm werden Kooperationsprojekte und Mobilitätsmaßnahmen im Bereich Bildung, Jugend und Sport gefördert. Das Programm verfügt über ein Budget von knapp 15 Milliarden Euro, mit dem bis 2020 mehr als vier Millionen Menschen erreicht werden sollen. Mit Hilfe von strategischen Partnerschaften, Modellprojekten und Netzwerkbildung wird der Austausch und die Weiterentwicklung in diesen Bereichen unterstützt. Insbesondere der Teilbereich Jugend in Aktion trägt zur Qualifizierung der Jugendarbeit, von Freiwilligentätigkeiten und zur Teilhabe am demokratischen Leben bei.

### ● Europäisches Solidaritätskorps<sup>17</sup>

Das Europäische Solidaritätskorps ist eine neue Initiative der Europäischen Union. Es schafft Möglichkeiten für junge Menschen, an Freiwilligenprojekten oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen, die Menschen und der Gesellschaft in ganz Europa zugutekommen. Mit dem Programm sollen Jugendliche die Möglichkeit

# „Die Zusammenarbeit von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik soll die Situation junger Menschen verbessern.“

erhalten, Kompetenzen für ihre persönliche, soziale, staatsbürgerliche und berufliche Entwicklung zu erwerben, die ihnen auch den Einstieg in das Berufsleben erleichtern können.

## Soziale Integration aller junger Menschen

Die EU hat mit diesen Zielen und Maßnahmen ihre Absicht bekräftigt, entschlossen gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa vorzugehen. Nicht ein einziger Politikbereich, sondern ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik soll dazu führen, die Situation junger Menschen in Europa zu verbessern und ihre Integration in das gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leben zu erleichtern. Die EU und die Mitgliedstaaten sollen dabei gemeinsam die Jugendgarantie umsetzen. Hierfür stehen Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds<sup>18</sup> und den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI)<sup>19</sup> zur Verfügung, um gezielt Beschäftigung und Wachstum zu fördern und qualifizierte Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen. Bildungs- und Ausbildungsprogramme der EU können dabei helfen, die Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen zu fördern, während europäische Jugendprojekte Jugendliche insgesamt zu aktiven und selbständigen Bürgerinnen und Bürgern empowern.<sup>20</sup>

Das Leitbild eines sozialen Europas nimmt bei der EU seit ihrer Gründung eine zentrale Stellung ein. Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Fortschritt sollen den Zusammenhalt und die Annäherung in Europa fördern. Chancengleichheit für alle und in allen Ländern ist ein Ziel, das bereits in den Römischen Verträgen festgehalten wurde. Zum 60-jährigen Jubiläum wurde diese Ausrichtung in der Erklärung von Rom nochmals explizit zum Ausdruck gebracht und sowohl im „Weißbuch zur Zukunft der EU“<sup>21</sup> und dem diesbezüglichen „Diskussionspapier zur sozialen Dimension“<sup>22</sup> wie auch in der „Europäischen Säule sozialer Rechte“<sup>23</sup> fortgeschrieben. Chancengleichheit im Hinblick auf Beschäftigung, Bildung, sozialen Schutz und damit die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden in diesen politischen Verlautbarungen besonders hervorgehoben. Im Hinblick auf die Situation junger Menschen in Europa nimmt insbesondere Punkt 4b „aktive Unterstützung für Beschäftigung“<sup>24</sup> der europäischen Säule sozialer Rechte nochmals die Inhalte der EU-Jugendgarantie auf.

## Fehlende Verbindlichkeit und begrenzte Mittel

Trotz der ambitionierten Zielsetzung der EU-Politik scheinen die Programme und Maßnahmen allerdings alleine nicht aus-

reichend zu sein, um allen jungen Menschen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bieten. Insbesondere in den süd- und osteuropäischen Ländern bleibt die Jugendarbeitslosigkeit deutlich höher als in anderen Mitgliedstaaten. Die Mittel fließen nur zögernd ab, da die Planungs- und Umsetzungskapazitäten fehlen und in Krisenregionen die Betriebe eher Personal abbauen, als neue Arbeitskräfte einzustellen. Hinzu kommt, dass Strukturreformen, wie die Einführung von dualen Ausbildungssystemen, wenn überhaupt nur langsam vorankommen.<sup>25</sup> Der Europäische Rechnungshof kommt in einer Evaluierung 2017 zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigungsinitiative in den fünf untersuchten Ländern nur begrenzt zum Erreichen der Ziele der Jugendgarantie geführt hat.<sup>26</sup> Insbesondere die Gruppe der NEETs (Not in Education, Employment or Training) konnte nur unzureichend in den Arbeitsmarkt integriert werden.<sup>27</sup> Dabei spricht der Rechnungshof einen entscheidenden Punkt an: Da die Jugendgarantie für die Mitgliedstaaten nicht rechtlich verbindend ist, sondern auf sogenanntem „Soft Law“ basiert, hängt ihre Umsetzung vom guten Willen und Vermögen der Länder ab.<sup>28</sup> Ob und wie strukturelle Reformen passieren, verbleibt in der Zuständigkeit der einzelnen Nationalstaaten, die nicht immer im Sinne der Jugendgarantie handeln. So gibt es Fälle, in denen nationale Beschäftigungsprogramme um das Geld gekürzt wurden, das aus Europa kommt, und dieses Geld somit die nationalen Mittel ersetzt.<sup>29</sup>

Die Förderung von nationalstaatlichen Reformen durch EU-Gelder im Rahmen der Jugendgarantie scheint zwar im Großen und Ganzen positive Resultate hervorgebracht und zu einem Sinken der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen zu haben. Es bleibt aber das Problem der mangelnden Verbindlichkeit, der zu verbessernden Kontrolle und der insgesamt zu niedrigen Mittel, um noch effizienter gegen das Problem der Jugendarbeitslosigkeit vorgehen zu können.

Auch am Institut der deutschen Wirtschaft bezweifelt man die Wirkung der EU-Jugendgarantie.<sup>30</sup> Zwar ist die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren stark zurückgegangen, aber die Beschäftigungsquote junger Menschen hat nicht in gleichem Maße zugenommen wie bei der Erwachsenenpopulation. Zudem handelt es sich bei den Arbeitsverhältnissen oftmals um befristete Stellen oder Teilzeittätigkeiten. Damit bleibt die Beschäftigungssituation vieler Jugendlicher in Europa auch weiterhin prekär.

## Verstärkte Zusammenarbeit im Jugendbereich

Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt ein komplexes Problem. Es braucht auf verschiedenen Ebenen Lösungsansätze, damit Jugendliche mehr Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt und im Hinblick auf soziale Inklusion erhalten. Der EU kommt dabei die Aufgabe zu, sowohl durch eigene

Politik und Maßnahmen die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt in Europa zu verbessern als auch den Austausch und die Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern, um die Ausgangsbedingungen für alle Jugendlichen in Europa anzugleichen.

Mit Blick auf die bisherigen Maßnahmen und deren Wirkungen lassen sich konkrete Handlungsempfehlungen für die Zukunft ableiten. Auf EU-Ebene müssen mehr Gelder im Rahmen der Jugendstrategie und der Ausbildungsallianz bereitgestellt werden, um effektive Reformen zu ermöglichen. Diese Reformen müssen aber rückgebunden werden an Benchmarks, um eine größere Verbindlichkeit zu erzielen und den Reformdruck bei den Mitgliedstaaten zu erhöhen. Insgesamt gilt es, die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa weiterzuentwickeln und zu stärken. Die politischen Entscheidungsträger auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten müssen dabei mit allen betroffenen Akteuren vor Ort zusammenarbeiten, um Ressourcen und Mittel zu mobilisieren, damit möglichst viele Jugendliche erreicht werden. Hierbei sind innovative Lösungen für die Schaffung von mehr Chancengleichheit und soziale Inklusion für alle jungen Menschen in Europa erforderlich. In diesem Sinne müssen jetzt den politischen Verlautbarungen Taten folgen, damit junge Menschen in Europa auch reale Möglichkeiten haben, ihre Zukunft in Europa positiv zu gestalten. //

#### Die Autorinnen:

Dr. Barbara Tham ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Kontakt: [b.tham@lrz.uni-muenchen.de](mailto:b.tham@lrz.uni-muenchen.de)

Isabella Waldorf ist wissenschaftliche Hilfskraft am Centrum für angewandte Politikwissenschaft und Mitglied der studentischen Forschungsgruppe zur Zukunft der EU.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Vgl. Eurostat (2019).
- <sup>2</sup> <https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tps00203> (letzter Zugriff April 2019).
- <sup>3</sup> Vgl. Europäische Kommission (2016), S. 9.
- <sup>4</sup> Vgl. Dingeldey (2017), S. 40.
- <sup>5</sup> Vgl. Hernanz (2017), S. 3.
- <sup>6</sup> Vgl. Bosch (2015), S. 8.
- <sup>7</sup> Vgl. Brenke (2017), S. 994.
- <sup>8</sup> Vgl. Hernanz (2017), S. 6.
- <sup>9</sup> Vgl. Dingeldey (2017), S. 41.
- <sup>10</sup> Vgl. Brenke (2017), S. 985.
- <sup>11</sup> Vgl. Europäische Kommission (2012).
- <sup>12</sup> [https://europa.eu/youth/de/article/51/20996\\_de](https://europa.eu/youth/de/article/51/20996_de)
- <sup>13</sup> <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>

<sup>14</sup> <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1176&langId=de>

<sup>15</sup> <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1147&langId=de>

<sup>16</sup> <https://www.erasmusplus.de>

<sup>17</sup> <https://www.solidaritaetskorp.de>

<sup>18</sup> <https://www.esf.de/portal/DE/Startseite/inhalt.html>

<sup>19</sup> <http://www.eib.org/de/efsi/index.htm>

<sup>20</sup> Vgl. Europäische Union (2016), insbesondere S. 8–16.

<sup>21</sup> Vgl. Europäische Kommission (2017-1).

<sup>22</sup> Vgl. Europäische Kommission (2017-2).

<sup>23</sup> Vgl. Interinstitutionelle Proklamation (2017).

<sup>24</sup> [https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles\\_de](https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de)

<sup>25</sup> Vgl. Bosch (2015), S. 9–10.

<sup>26</sup> Vgl. Europäischer Rechnungshof (2017), S. 8.

<sup>27</sup> Vgl. Ebd., S. 72–76.

<sup>28</sup> Vgl. Ebd., S. 71.

<sup>29</sup> Vgl. Ebd., S. 112–116

<sup>30</sup> Vgl. Brenke (2017), S. 986 f.

#### Literatur:

Bosch, Gerhard: Jugendarbeitslosigkeit in Europa – warum versagen milliardenschwere Hilfsprogramme? IAQ-Report 06/2015, S. 1–12.

Brenke, Karl: Jugendliche in Europa: rückläufige Arbeitslosigkeit, aber weiterhin große Probleme auf dem Arbeitsmarkt. In: DIW Wochenbericht, 44 (2017), S. 985–995.

Dingeldey, Irene u. a.: Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Ein komplexes Problem – verschiedene Antworten. In: APuZ 26 (2017), S. 40–46.

Europäische Kommission: EU Youth Report 2015. Brüssel 2016.

Europäische Kommission: Weißbuch zur Zukunft Europas. COM (2017-1) 2025, COM(2017) 2025, 2017.

Europäische Kommission: Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas. COM (2017-2) 205, 2017.

Europäischer Rechnungshof: Jugendarbeitslosigkeit – Haben die Maßnahmen der EU Wirkung gezeigt? Sonderbericht 5 (2017), Luxemburg 2017.

Eurostat: Pressemitteilung 21/2019 v. 31.1.2019.

Hernanz, Virginia u. a.: Youth Unemployment in the EU. In: CE-Sifo Forum, 18(2) (2017), S. 3–10.

Interinstitutionelle Proklamation zur europäischen Säule sozialer Rechte. In: Amtsblatt der Europäischen Union C 428 (2017), S. 10–15.

Möller, Joachim: Youth Unemployment in Europe from a Regional Perspective. In: CESifo Forum 18(2) (2017), S. 11–18.

Pressemitteilung der EU-Kommission vom 10.12.2012 zum Jugendbericht 2012.

Tham, Barbara: Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union. Integration oder Marginalisierung? Schriftenreihe der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Bd. 7. Bonn 1999.



# *Europa im Rückwärtsgang*

*– Zur Form und Rolle von Jugendpartizipation*

---

Das Brexit-Votum und die US-Wahlen 2016 haben gezeigt, wie wichtig die politische Stimme junger Menschen ist: Wäre ihre Wahlbeteiligung nicht geringer als die älterer Bevölkerungsgruppen gewesen, wären nicht nur beide dieser zurückliegenden Wahlen anders ausgegangen – auch die Zukunft sähe anders aus. Wie aber erklärt sich etwa das Fernbleiben vieler junger Brit\_innen vom Brexit-Referendum? Welche Zukunft verspricht Europa jungen Menschen (noch)?

---

Marie Rosenkranz

## Die Jugend in der Unterzahl

In vielen westlichen Demokratien, besonders aber in Deutschland sind junge Menschen nicht nur demografisch, sondern auch politisch stark unterrepräsentiert. Die Wahlberechtigten unter 30 beteiligten sich – abgesehen von den Erstwähler\_innen – unterdurchschnittlich an der letzten Bundestagswahl (Statistisches Bundesamt, 2018). Die ohnehin viel größeren Wählergruppen über 30 beteiligen sich viel mehr – ein Trend, der sich fortsetzt. Die demografische Schieflage nimmt zu und wird durch den participationsunterschied politisch verstärkt. Das wirkt sich auch auf politische Inhalte aus: Zukunftsthemen werden vernachlässigt, und die Frage, was die politischen Belange junger Menschen sind, gar nicht erst thematisiert. Was dabei hinten runterfällt ist – so zeigt es am eindrücklichsten der Brexit – vor allem das Projekt Europa.

## Neue Formen des Politischen

Wer an dieser Stelle denkt: „Selber schuld, sollen die jungen Leute doch wählen gehen!“, mag vielleicht teilweise recht haben, macht es sich aber auf jeden Fall zu einfach. Während junge Menschen häufig als unpolitisch, anspruchsvoll und bequem bezeichnet werden, zeigt etwa die Shell-Jugendstudie (2015): Das politische Interesse junger Menschen ist groß – und es wächst. Das Politische junger Menschen zeigt sich jedoch in neuen Formen: Kritischer Konsum, nachhaltige Lebensstile, Online-Petitionen und Engagement in sozialen Bewegungen, NGOs oder internationalen Organisationen liegen vielen jungen Menschen näher als Parteipolitik – vor allem nationale.<sup>1</sup> All diese Formen politischen Engagements werden aber weder von der Öffentlichkeit richtig ernst genommen, noch von der Demokratie institutionell abgefangen. Die Unterrepräsentation junger Menschen bei Wahlen, in Parteien und im öffentlichen Diskurs geht auf Kosten aller Generationen und verzerrt das politische Klima. Doch wie kann man die politischen Tätigkeiten junger Menschen fördern und wertschätzen und gleichzeitig bisherige Institutionen erhalten? Wie moderiert man diesen Wandel; indem vor allem seine Potentiale erkannt werden?

## Digitale Strukturen, vergessene Grenzen

Ein Ausdruck dessen, was sich junge Menschen unter Politik vorstellen, ist der Grassroots-Thinktank Polis180, der Teil eines internationalen Netzwerks von offenen Denkfabriken zur Außen- und Europapolitik ist. Die Mitglieder von Polis180 organisieren sich zu Themen, die sie umtreiben, und arbeiten gemeinsam an Politikvorschlägen für den öffentlichen und po-



litischen Diskurs. Dabei steht immer der Versuch im Zentrum, sowohl die Vorschläge als auch den Prozess in „innovative Formate“ (Polis180, 2019) zu gießen. Gemeint sind damit partizipative Veranstaltungsformate abseits der klassischen Panel-Diskussion: etwa eine Policy Kitchen zu Digitalisierungspolitik oder eine Tea-Time, bei der man Politiker\_innen in kleiner Runde trifft und befragen kann. Die Polis180-Community organisiert sich dabei weitgehend digital. Diese Form der Partizipation ermöglicht unkompliziert und dezentral Erfahrungen politischer Wirksamkeit.

Die Außenpolitik, die viele Menschen sehr beschäftigt, kennt solche Formen der Beteiligung bisher nicht. Junge Menschen wollen aber direkt dort ansetzen, wo es brennt.<sup>2</sup> Es gibt einige von jungen Menschen aufgebaute Initiativen, Netzwerke und Parteien, wie zum Beispiel The European Moment, European Alternatives, Volt, Diem25, die verdeutlichen, was es braucht, um politische Beteiligung für junge Menschen attraktiv und mit ihrem Alltag kompatibel zu machen. Diese unterschiedlichen Organisationen haben gemeinsam, dass sie sich weitgehend digital organisieren und nationale Grenzen nicht nur programmatisch, sondern auch organisatorisch keine große Rolle spielen. Fast selbstverständlich wachsen etwa neue europäische Parteien wie Diem25 und Volt entlang digitaler Kommunikationsnetzwerke, die es Menschen mit den unterschiedlichsten Wohnorten, Berufen, Lebenswirklichkeiten und Arbeitszeiten ermöglichen, miteinander zu kommunizieren.<sup>3</sup> Deshalb müssen sie sich der oftmals stark durch Mobilität geprägten Lebenswirklichkeit junger Menschen gar nicht erst anpassen – sie bilden sie direkt ab. Erst Förderlogiken und das nationale Vereinsrecht weisen die Kreativität und politische Arbeit dieser Initiativen in ihre Schranken.<sup>4</sup>

## Gesucht: Ein Zukunftsentwurf für Europa

An der Vielzahl der durch junge Menschen vorangetriebenen europäischen Initiativen wird neben dem Wunsch nach dezent-

---

ralen politischen Organisationsformen, einem inklusiven politischen Diskurs und nachhaltigen politischen Lösungen auch der Wunsch nach einer gemeinsamen Vision, einem Gesamtentwurf für Europa deutlich – einer Utopie. Ein Zukunftsentwurf, der Aufbruchsstimmung stiftet und die Proeuropäer\_innen vereint, wird dringend gesucht. Ein mobilisierendes Beispiel ist dabei die Europäische Republik, für die sich die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot mit dem European Democracy Lab einsetzt. Als Utopie und „Diskussionsangebot“ (Guérot, 2016) verdeutlicht die Republikidee, was ein zukünftiges Europa zusätzlich zum wackeligen Status quo verspricht: gleiche politische und soziale Rechte für Bürger\_innen in ganz Europa, eine gemeinsame Demokratie und Öffentlichkeit, starke Städte und Regionen und die Überwindung von gemeinwohlschädlichem Nationalismus. Die Idee greift eine Frustration mit dem stagnierenden europäischen Integrationsprozess auf, in dem nationale Interessen und Marktüberlegungen eine Debatte über Demokratie als Versprechen Europas verhindern. Die Europäische Republik schafft ein Bild, wie die Zukunft Europas aussehen könnte, und irritiert dabei auch atmosphärisch den europapolitischen Diskurs – steht sie im Raum, wird plötzlich über Zukunft gestritten, Nationalstaaten infrage gestellt und die Europäische Union erscheint auf einmal nicht mehr als gesetzt. Die Diskussion über die Europäische Republik greift damit viele Wünsche junger Menschen über den Modus und Inhalt des politischen Diskurses auf und wird deshalb auch in unterschiedlichem Maße von einigen der genannten Organisationen thematisiert.

## Kultur als Raum politischer Imagination

Die Republik verdeutlicht auch – und damit sind wir wieder bei der Frage, welche Formen Politik annehmen kann –, dass nicht nur Politiker\_innen Politik machen, sondern auch Bürger\_innen, die öffentlich ein Manifest verlesen und diskutieren oder sich mit künstlerischen Strategien für ein anderes Bild von Europa einsetzen. Im Rahmen des European Balcony Projects hat das von Ulrike Guérot gegründete European Democracy Lab am 10. November 2018 in einer europaweiten Kunstperformance gemeinsam mit über 150 Theatern und Kulturinstitutionen die Europäische Republik von Balkonen und öffentlichen Plätzen ausgerufen. Ähnlich wie bei der Aktion Skoghall Konsthall des chilenischen Künstlers Alfredo Jaar, in der er in der norwegischen Stadt Skoghall ein Museum aus Papier aufbaute, um es nach ein paar Tagen wieder abzubrennen (vgl. hierzu Fritz, 2018), sollte so symbolisch und für einen kurzen Moment ein anderes politisches System ins Leben gerufen werden. Die Bürger\_innen von Skoghall ließen wenig später selbst ein echtes Museum bauen, denn die Papierkunsthalle hatte ihnen den Wert eines solchen Museums aufgezeigt. Noch dazu konnten sie das

echte Museum dann so gestalten, wie sie es sich wünschten. Die Analogie: Das Bedürfnis nach einem geeinten Europa ist bereits da, man muss es nur erwecken und zeigen, dass es möglich ist, Europa anders zu denken, etwa als Republik, die auf das Drängen der Bürger\_innen gegründet wird.

## Wenn man sich politisch nicht repräsentiert fühlt, dann eben in der Kultur?

Es gibt einen wachsenden Bereich sozial engagierter und aktivistischer Kunst, der künstlerische Strategien der Repräsentation und Partizipation auch politisch geltend macht. Letztendlich ist Kultur im Anschluss an die britischen Cultural Studies, in denen Kultur als „a whole way of life“ (Williams, 1958) verstanden wird, längst der Raum, in dem thematisiert wird, wie wir leben wollen. In der vor allem durch das Internet international und rund um die Uhr verfügbaren Popkultur lassen sich politische Ängste verarbeiten und andersherum im Sinne des Vorpolitischen (vgl. Gramsci, 2014) auch wieder Visionen und Aktionshorizonte formulieren.

Die britische Rapperin Kate Tempest in ihrem Song „Europe is Lost“ (2016):

---

*Europe is lost, America lost, London is lost  
Still we are clamouring victory  
All that is meaningless rules  
And we have learned nothing from history  
People are dead in their lifetimes  
Dazed in the shine of the streets  
But look how the traffic keeps moving  
The system's too slick to stop working  
...  
I am quiet  
Feeling the onset of riot  
But riots are tiny though  
Systems are huge  
The traffic keeps moving, proving there's nothing to do*

---

## Das Versprechen Europas ist eine Union der Menschen von morgen

Nicht alle jungen Menschen werden auf die Frage, wie oder wo sie in Zukunft leben wollen, Europa erwähnen. Formen der

# „Europa hat neben einer sozialen mit einer generationalen Spaltung zu kämpfen.“

---

Jugendbeteiligung sind aber vor allem vor dem Hintergrund der Debatte über die Zukunft Europas von Bedeutung, weil gerade das Brexit-Referendum deutlich gemacht hat, dass Europa neben einer sozialen mit einer generationalen Spaltung zu kämpfen hat, und diese hängt stark damit zusammen, dass die Demokratie ihren Nachwuchs ignoriert.

Junge, künstlerische und experimentelle Formate des Politischen sind nicht zu unterschätzen, da sie Ausdruck eines Wunsches nach politischer und institutioneller Veränderung sind. Wer in der institutionalisierten Demokratie kein Gehör findet, verschafft es sich anderswo. Es ist deshalb mindestens genauso wichtig, diese Gegenbewegung zu verstehen und öffentlich zu thematisieren wie den Hang westlicher Demokratien zum Populismus. Mehr noch: Die junge Gegenbewegung versteht sich als produktiv und „konstruktiv“ (Polis180), sie serviert ihre Gedanken auf einem Silbertablett! Junge Politik ist deshalb, anders als oft vermutet, kein leichtfertiger „Exodus“ (Mouffe, 2016) aus dem System. Ihr veränderndes Potential ist wertvoll für die europäische Demokratie und sollte gehört und aufgegriffen werden. Und zwar schnell. //

## Die Autorin:

Marie Rosenkranz ist Projektmanagerin beim European Democracy Lab in Berlin. Zuvor co-leitete sie die Kampagne „Demokratie braucht Dich“ bei Polis180, einem Grassroots-Think-tank für Außen- und Europapolitik. Das Ziel von Polis180 ist, die Stimme der jungen Generation im politischen Diskurs zu stärken. Sie forscht und arbeitet zum Verhältnis von Kultur und Politik, etwa der Rolle von Künstler\_innen im Brexit.

Kontakt: [marie.rosenkranz@eudemlab.org](mailto:marie.rosenkranz@eudemlab.org),

Twitter: [M\\_\\_Rosenkranz](#)

## Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Kurz vor den Europawahlen 2019 zeigt sich, dass gerade neue paneuropäische Parteien wie Volt und Diem25 maßgeblich von jungen Menschen aufgebaut werden.
- <sup>2</sup> Gleichzeitig ist neben globaler auch lokale Politik zunehmend wichtig. Das Ankommen an einem Ort erfolgt für viele aber erst nach den ersten paar Jahren im Berufsleben. Internationale Mobilität wird in vielen Berufen nicht nur gefördert, sondern auch verlangt. Das betrifft natürlich vor allem eine Bildungselite.
- <sup>3</sup> Zumindest theoretisch – oft bleiben diese Organisationen eher sozial homogen. Dennoch steckt in diesen Ansätzen viel Potential.
- <sup>4</sup> Dabei ist es im Übrigen eine Krux, diese Initiativen an dieser Stelle gerade vor dem Hintergrund des „Jung-Seins“ zu thematisieren, da viele von ihnen durchaus auch damit ringen, richtig ernst genommen zu werden. Auch wenn etwa Polis180 schon in Leitlinien des Auswärtigen Amtes zitiert wurde benötigt es viel Engagement, bevor Inhalte durchdringen und Gehör finden.

## Literatur:

Fritz, Elisabeth: Wirksame Kunst. Spektakel als kritische Form und soziale Praxis, Zeitschrift für Kunstgeschichte, Band 81, Heft 4, S. 499–518, 2018.

Gramsci, Antonio: Gefängnisbriefe. 2014.

Guérot, Ulrike: Warum Europa eine Republik werden muss. Frankfurt am Main 2016.

Mouffe, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken, 2. Aufl. Frankfurt am Main 2016.

Polis180: Mission. Abgerufen via [www.polis180.org](http://www.polis180.org) am 14. Februar 2019.

Thompson, Nato (Hrsg): Living as Form. Socially Engaged Art from 1991–2011, Cambridge 2011.

Shell Jugendstudie 2015. Verfügbar unter [www.shell.de/jugendstudie](http://www.shell.de/jugendstudie).

Statistisches Bundesamt (2018), Pressestatement von Dr. Georg Thiel: „Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2017“, Berlin/Wiesbaden, 26. Januar 2018. Verfügbar unter [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2018/Repr\\_Wahlstatistik\\_2017/Statement\\_ReprW-Stat\\_PDF.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2018/Repr_Wahlstatistik_2017/Statement_ReprW-Stat_PDF.pdf?__blob=publicationFile).

Tempest, Kate: Europe is Lost. 2016.

Williams, Raymond: Culture is Ordinary. 1958.

*„Es sind die  
jungen Menschen,  
die unseren  
Kontinent  
für die Zukunft  
gestalten.“*



*Im Gespräch mit:*

*Dr. Franziska Giffey, Bundesfamilienministerin im  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

# „Mir geht es besonders darum, dass noch mehr junge Menschen auch mit weniger guten Startchancen an einem europäischen Projekt teilnehmen können.“



**D**ie EU-Jugendstrategie ist Ende 2018 abgeschlossen, doch die neue mit der Laufzeit 2019–2027 bereits vereinbart. Wir befinden uns also an einer Umbruchstelle, an der wir Bilanz ziehen wollen. Wie sind die Entwicklungen in den vergangenen zehn Jahren zu bewerten, und was brauchen wir in den nächsten Jahren für Veränderungen im Bereich der europäischen Jugendpolitik. DREIZEHN befragte Dr. Franziska Giffey in einem schriftlichen Interview zu diesem Thema.

**1. DREIZEHN: Die EU-Jugendminister\_innen haben sich 2009 auf verschiedene Ziele für eine jugendpolitische Zusammenarbeit verständigt. Danach sollten mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen in Europa im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt geschaffen sowie das gesellschaftliche Engagement, die soziale Eingliederung und die Solidarität aller jungen Menschen gefördert werden. Im November 2018 wurde die EU-Jugendstrategie abgeschlossen. Ein Blick auf das Europa der Gegenwart zeigt, mehr denn je scheinen diese Ziele in weiter Ferne zu liegen, driftet Europa auch in diesen Fragen auseinander. Wie bewerten Sie die Entwicklungen in den vergangenen zehn Jahren? Hat sich Europa zu hohe Ziele gesetzt?**

Dr. Franziska Giffey: Ich finde, wir müssen uns zunächst immer vor Augen führen, welche Vorteile Europa hat – und darüber sprechen. Weil Vieles für uns selbstverständlich geworden ist, was es ohne Europa gar nicht gäbe: offene Grenzen, keine Passkontrollen, in vielen Staaten die gleiche Währung, die Möglichkeit, ohne große Umstände in einem anderen europäischen Land zu arbeiten, sich ohne Probleme in den Zug setzen zu können und Freundschaften in Frankreich, Polen oder Italien zu pflegen. Einfach so. All das ist Europa! Und das ist nicht über Nacht entstanden, sondern über Jahrzehnte erarbeitet worden – nach zwei Weltkriegen, die Europa schwer erschüttert haben.

Europa ist nicht nur eine politische Verabredung. Europa ist auch nicht nur Bürokratie. Davon bin ich überzeugt. Dia-

log, Aussöhnung, gegenseitiges Verständnis – dafür braucht es nicht nur Verträge, sondern Menschen, die das im Alltag leben. Menschen, die aufeinander zugehen. Menschen, die zusammenarbeiten wollen und wissen, was sie an einem geeinten, friedlichen und demokratischen Europa haben. Menschen, die untereinander solidarisch sind. Die sich einbringen, weil ihnen Europa und seine Werte am Herzen liegen.

Europa und die Europäische Union hatten in den vergangenen zehn Jahren große Aufgaben zu meistern. Neben der EU-Jugendstrategie mussten wir auch Antworten auf aktuelle Herausforderungen finden, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern und die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenhang mit Flucht und Migration. Das ist an vielen Stellen gelungen, an einigen anderen Stellen werden wir weiterarbeiten müssen.

Es muss in einer globalisierten Welt auf diese Fragen gemeinsame europäische Antworten geben. Daran dürfen wir keinen Zweifel zulassen. Der Rückfall in Nationalismus und Kleinstaaterei wird uns nicht weiterbringen. Außerdem – und so erlebe ich unsere Kinder und Jugendlichen – denken gerade junge Menschen bei vielen politischen Themen nicht national, sondern europäisch und global.

**2. DREIZEHN: Schaut man sich die Aktionsfelder an, in denen die Mitgliedstaaten eigene jugendpolitische Schwerpunkte setzen und Maßnahmen durchführen wollten, ist das schon eine umfängliche Liste. Welche dieser Aktionsfelder bewerten Sie für die EU insgesamt sowie speziell für Deutschland als besonders bedeutsam?**

Dr. Franziska Giffey: Die EU-Jugendstrategie bildet das breite Spektrum der Jugendpolitik in ganz Europa ab. Nicht alles ist überall gleich wichtig. Manche Themen haben in einigen Ländern eine größere Bedeutung als zum Beispiel in Deutschland.

Mir geht es besonders darum, dass noch mehr junge Menschen auch mit weniger guten Startchancen an einem europäischen Projekt teilnehmen können. Für manche ist es schon schwierig, die eigene Stadt oder das eigene Viertel zu verlassen. Da ist ein europäischer Austausch nicht der erste Gedanke. Aber an einer Jugendbegegnung teilzunehmen, das fördert das interkulturelle Verständnis und trägt ganz erheblich zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Mit dem Kinder- und Jugendplan des Bundes und den EU-Jugendprogrammen wird das für viele Menschen möglich.

Außerdem haben wir viel unternommen, um das Thema „Europa“ noch stärker in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe zu verankern. So hat sich eine Bund-Länder-

## „Wir verstehen Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe.“

Arbeitsgruppe zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie von 2014 bis 2018 schwerpunktmäßig damit beschäftigt, was die Jugendsozialarbeit vor Ort tun kann, um junge Menschen mit schlechten Startchancen – im wahrsten Sinne des Wortes – auf der Reise nach Europa gut zu begleiten. Daraus sind wichtige Orientierungshilfen für die Praxis in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entstanden.

3. DREIZEHN: Auch wenn die EU-Jugendstrategie als abgeschlossen gilt, kann es sich Europa mit Sicherheit nicht leisten, die Hände in den Schoß zu legen. Was sind aus Ihrer Sicht weitere Aktionen und Maßnahmen, die folgen sollten, und welche Rolle kann und sollte dabei Deutschland einnehmen?

Dr. Franziska Giffey: Beim EU-Jugendministerrat im vergangenen November haben wir die neue EU-Jugendstrategie für die Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2027 angenommen. Die gute Nachricht lautet also: Die EU-Jugendstrategie wird weitergeführt.

Die drei Schwerpunkte der nächsten Jahre lauten „Beteiligen – Begegnen – Befähigen“. Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft innehaben und damit auch dem EU-Jugendministerrat vorsitzen. Wir möchten diesen Vorsitz nutzen, um drei Themen in Europa starkzumachen:

Erstens wollen wir uns im neuen „EU-Jugenddialog“ mit möglichst vielen jungen Menschen austauschen. Und: Wir werden eine große EU-Jugendkonferenz ausrichten. Denn die Beteiligung junger Menschen an europäischen Vorhaben ist uns besonders wichtig. Auch der EU-Jugendministerrat soll sich unter deutschem Vorsitz mit dem Thema „Jugend und Demokratie“ ernsthaft auseinandersetzen und gemeinsame Schlussfolgerungen ziehen.

Zweitens werden wir zum 1. Januar 2021 die neuen EU-Jugendprogramme „Erasmus+“ und „Europäisches Solidaritätskorps“ bekommen. Wir möchten unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft über die Herausforderungen für junge Freiwillige innerhalb der EU diskutieren. Dabei soll es auch und ganz besonders darum gehen, wie wir neue Zielgruppen für unsere Programme erreichen können. Und drittens wird das Thema „Youth Work“ ein Schwerpunkt sein. Damit ist auch die Jugendsozialarbeit gemeint.

Wir wollen eine EU-Agenda entwickeln und im Dezember 2020 die dritte „European Youth Work Convention“ ausrichten. Davon verspreche ich mir viele Impulse für die Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit in Deutschland und in Europa.

4. DREIZEHN: Für benachteiligte junge Menschen, die Zielgruppe der Jugendsozialarbeit, ist Europa weit entfernt, hat nichts mit ihrer Lebenswirklichkeit zu tun. Daran haben auch die acht Aktionsfelder der EU-Jugendstrategie wenig geändert. Was würden Sie diesen jungen Menschen sagen, was haben sie von Europa und wie wirkt sich europäische Jugendpolitik auf ihre Situation aus?

Dr. Franziska Giffey: Europa ist für jeden jungen Menschen in Deutschland Teil des Alltags. Auch wenn es ihnen – genauso wenig wie den Erwachsenen – nicht ständig bewusst ist. Wenn ich durch Berlin laufe, sehe ich jede Menge junger Menschen mit ganz unterschiedlicher Herkunft. Diese Vielfalt ist auch ein Ergebnis der europäischen Integration und der europäischen Politik.

Mir ist natürlich bewusst, dass viele Jugendliche die europäische Idee hinterfragen. Sie fragen sich, ob Europa ihnen überhaupt nützen oder helfen kann. Es stellt sich also die Frage, wie wir die Errungenschaften und Werte Europas wieder erlebbar machen. Ein wichtiger Weg ist, möglichst vielen Jugendlichen Erfahrungen von Austausch und Begegnung zu ermöglichen. Und das sollen sie weitertragen, so können sie selbst zu Botschafterinnen und Botschaftern der europäischen Idee der Einheit in Vielfalt, der Toleranz und des demokratischen Handelns über Grenzen hinweg werden.

Wir haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, den Jugendaustausch weiter zu stärken und besonders die jungen Menschen zu gewinnen, die wir bisher nicht erreicht haben. Erste wichtige Schritte dafür haben wir gemacht. Es gibt mehr Geld für den Jugendaustausch und mit Israel und Griechenland haben wir die Gründung von Jugendwerken vereinbart.

Wir wollen auch gemeinsam mit jungen Menschen die Angebote von Jugendorganisationen, Vereinen, Kirchen, Städten und Gemeinden, Schulen und Austauschorganisationen noch sichtbarer machen. Viele dieser Angebote werden gefördert vom Bund, von den Ländern, den Kommunen und

---

bekommen Unterstützung durch europäische Programme oder von Jugendwerken. In 14 Projekten werden von Jugendlichen für Jugendliche neue Wege der Information und Beratung zum europäischen und internationalen Jugendaustausch entwickelt.

Es sind die jungen Menschen, die unseren Kontinent für die Zukunft gestalten: In einer Welt, in der nur ein einziges, starkes und solidarisches Europa eine Chance auf Frieden, Wohlstand und ein gutes Leben bietet. Deshalb werde ich mich weiter für den Ausbau des internationalen Jugendaustauschs einsetzen. Ich tue dies auch, weil ich der Überzeugung bin, dass junge Europäer\_innen im Hier und Jetzt ein Recht darauf haben, Europa für sich zu entdecken und zu gestalten. Mein Ziel ist es, den europäischen und internationalen Jugendaustausch von einem Angebot für wenige zu einer Chance für alle jungen Menschen machen.

**5. DREIZEHN: Auch wenn die EU-Jugendstrategie 2010–2018 abgeschlossen ist, steht weder national noch europaweit alles zum Besten. Was sind Ihre weiteren Planungen und Schritte, was sind Ihre wichtigsten Anliegen für die neue EU-Jugendstrategie? Wie wollen Sie dabei die Beteiligung von Jugend und Zivilgesellschaft sicherstellen?**

Dr. Franziska Giffey: Ein wichtiger Meilenstein in den nächsten Wochen werden die Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 sein. Hier kann jeder Jugendliche ab 18 seine Stimme für die Zukunft Europas abgeben. Das ist für jeden jungen Menschen eine ganz praktische Möglichkeit, sich einzubringen und Europa mitzugestalten. Mir ist es wichtig, dass dabei auch die Interessen und Bedürfnisse der Jugend berücksichtigt werden. Wir brauchen auch in Europa eine eigenständige Jugendpolitik, die das Besondere dieser Lebensphase anerkennt, die über Freiräume für Jugendliche, über Perspektiven und über Partizipation spricht. Das bedeutet nicht nur, den Jugendlichen Angebote zu machen, an denen sie teilnehmen können, sondern auch, von Seiten der Politik auf junge Menschen zuzugehen. Wir wollen Jugendliche nach ihren Erwartungen und Vorschlägen fragen und uns ernsthaft damit auseinandersetzen.

Wir verstehen Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe. Unter der Federführung meines Ministeriums entwickeln derzeit alle Bundesministerien eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung. Auch die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Kommunen ist mir wichtig. Gleiches gilt für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie und die Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen in der EU. Junge Menschen aus ganz Europa haben im Rahmen von EU-Jugendkonferenzen ihre Ziele formuliert: mehr Informationen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten, die Stär-

kung der Jugend in ländlichen Räumen, Zugang zu Jugendorganisationen und europäischen Jugendprogrammen und vieles mehr. Diese „EU Youth Goals“ und den neuen EU-Jugenddialog werden wir nutzen. Wir werden diskutieren, welche Rolle die beiden europäischen Förderprogramme „Erasmus+ JUGEND IN AKTION“ und das im Oktober 2018 von mir in Berlin gestartete „Europäische Solidaritätskorps“ bei der Umsetzung europäischer Jugendpolitik spielen können.

Zum Thema Jugendbeteiligung will ich noch ein ganz konkretes Beispiel geben: Wir fördern unter anderem das internationale Programm „Generation Europe“. Das ist eine Initiative des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB). 30 Jugendeinrichtungen aus 14 europäischen Ländern sind vernetzt und wirken mit. Jugendliche aus jeweils drei Ländern arbeiten dabei über einen Zeitraum von drei Jahren kontinuierlich zusammen, um sich politisch einzumischen. Ganz wichtig ist mir, dass bei „Generation Europe“ junge Menschen aller Zielgruppen mitmachen: unabhängig von Herkunft, Einkommen der Eltern und ihrem bisherigen Erfolg in Schule oder Ausbildung. Die jungen Menschen benennen Probleme vor Ort, treffen sich zu internationalen Begegnungen und unterstützen einander bei lokalen Projekten, um diese Probleme anzugehen. Sie vernetzen sich digital und diskutieren auch die europäische Relevanz ganz konkreter Herausforderungen. Dabei suchen sie auf allen Ebenen auch den Dialog mit der Politik. Ich halte das für einen guten Weg, junge Menschen für europäisches Denken und Engagement zu gewinnen und sie ernsthaft zu beteiligen.

Das Interview führte Birgit Beierling, Referentin für Jugendsozialarbeit in der Abteilung Soziale Arbeit beim Paritätischen Gesamtverband und Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit.

Kontakt: Dr. Franziska Giffey ist  
Bundesministerin im Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
mb@bmfjsfj.bund.de

# *Partizipation ist mehr, als alle fünf Jahre wählen zu gehen*

*– Junge Menschen für Europa zu gewinnen heißt, es für sie erfahrbar zu machen*

Diesmal wähle ich! Das ist nicht nur Vorsatz, sondern auch Titel der Kampagne des Europäischen Parlaments für die anstehenden Europawahlen.<sup>1</sup> Die eindeutige Wortwahl unterstreicht, dass ein hoher Anteil der Wahlberechtigten sich nicht an den EU-Wahlen beteiligt, und richtet sich explizit an jene, die es vor fünf Jahren unterlassen haben, wählen zu gehen.

Kathleen Wabrowetz

Die Kampagne setzt auf Sichtbarkeit, Präsenz in den sozialen Medien und freiwilliges Engagement, das darin unterstützen soll, insbesondere junge Leute für die europäische Sache zu gewinnen und durch die Abgabe ihrer Stimme zu unterstützen. Bürger\_innen und lokale Gruppen in ganz Europa sollen als Kampagnenhelfer auf die Wahl aufmerksam machen und so einen leichten Zugang zum komplexen Thema EU schaffen. Es ist bemerkenswert, dass eine parlamentarische Institution parteiübergreifend über Kampagnenarbeit auf deren demokratische Neubestellung aufmerksam macht – schaut man sich die Wahlbeteiligung der letzten Europawahlen an, wird schnell klar, warum dies notwendig ist.

Die Wahlbeteiligung der Europawahlen in 2014 lag bei 42,5 % mit der höchsten Wahlbeteiligung in Belgien (89,6 %) und der niedrigsten in der Slowakei (13,1 %). Deutschland liegt mit 48,1 % etwas über dem Mittelwert, die Beteiligung der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen fiel im EU-Durchschnitt mit 28 % aber deutlich geringer aus. Dies erscheint besonders paradox, da die Zustimmungsrate unter jungen Europäer\_innen zur Europäischen Union am höchsten liegt – in Deutschland

schätzen 71 % der jungen Leute die EU-Mitgliedschaft als etwas Positives ein und liegen damit deutlich über dem Mittelwert von 64 %.<sup>2</sup> Wie erklärt sich dann die geringe Wahlbeteiligung und was kann getan werden, um das Interesse nicht nur an den Wahlen, sondern auch an Europa zu steigern?

Die Frage, warum junge Menschen sich nicht an der Wahl zum Europäischen Parlament beteiligen, lässt sich nicht von der Frage nach politischer Partizipation im Allgemeinen trennen. Wer nicht zur Bundestagswahl geht oder sich nicht für nationale Politik interessiert, wird sich schwerlich für das noch weiter vom Lebensalltag entfernte Brüssel begeistern können.

Aber ist es so einfach? Junge Menschen interessieren sich nicht für Politik, deswegen gehen sie nicht wählen! Die Problematik beginnt damit, dass sich die Politik, allen voran die Parteien diese Frage vor allem vor Wahlen stellt. Dabei ist Beteiligung an Wahlen nicht als kurzfristiger Ausdruck von Parteipräferenz, sondern als gesellschaftliche und politische Teilhabe zu verstehen.

Diese Teilhabe ist aber nicht für alle gleich und vor allem vom Bildungsgrad und sozialen Komponenten abhängig. Das Pro-



A LA VAGA GENERAL!!!

Federació del Metall de Catalunya - FEMEC

TERRA

GEOX

P

M

BU

ILIONS

# „Gerade bei verschärften Problemlagen gibt es Ansatzpunkte für politische Partizipation.“

---

gressive Zentrum hat sich der Frage der gleichen politischen Teilhabe von jungen Menschen gewidmet, indem mit Schüler\_innen in „sozialen Brennpunkten“ in Berlin politische Gespräche geführt wurden. Die Befragungen haben ergeben, dass es Ansatzpunkte für politische Partizipation gerade wegen der verschärften Problemlagen und den unmittelbaren eigenen Erfahrungen gibt. Dabei bleibt das politisch-gesellschaftliche Denken aber nicht auf das eigene Umfeld beschränkt, sondern wird im Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklungen und internationaler Zusammenhänge reflektiert. Es zeichnet sich ein Bild von jungen Bürger\_innen, die in der Mitte gesellschaftlicher Entwicklungen stehen und von denen niemand Politik für verzichtbar hält.<sup>3</sup>

Die zwei Fragen, die es also zu klären gilt, sind die folgenden: Inwieweit werden insbesondere jungen Menschen Möglichkeiten zur Partizipation an Europa gegeben? Und inwieweit ist die Teilhabe aller Jugendlicher an diesen Prozessen gesichert?

---

## „Ohne Erfahrung bleibt die EU etwas Abstraktes.“

---

Es sind vor allem junge Menschen, die von der europäischen Freizügigkeit im Bildungs- und Forschungsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt profitieren. Im Jahr 2019 ein Studium abzuschließen, ohne jemals vom europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ gehört zu haben, scheint mittlerweile fast unmöglich. Mindestens eine, eher zwei Fremdsprachen zu sprechen, für eine Jugendbegegnung, einen Freiwilligendienst, ein Praktikum oder auch ein komplettes Studienprogramm im europäischen Ausland gewesen zu sein – fast schon normal dieser Tage. Und doch ein Privileg! Europa ist Realität für viele, erreicht aber bei weitem nicht jeden. Eindrücklich belegen dies Statistiken zu den europäischen Mobilitätsprogrammen: Während mittlerweile jeder dritte Studierende im Laufe des Studiums für mehrere Monate ins Ausland geht, sind es bei Auszubildenden gerade einmal 5 % (auch wenn der Anteil in den letzten Jahren gesteigert werden konnten).<sup>4</sup>

Befindet man sich nicht auf dem höheren Bildungsweg, kann nicht auf ein gut situiertes Elternhaus zurückgreifen, wohnt nicht in einer Großstadt, ist nicht an einer gut vernetzten Schule, muss man schon sehr großes Glück haben, um von Europa irgendetwas mitzukriegen. Dieses Glück erscheint dann oft in Form von engagierten Lehrer\_innen, Jugendvereinen oder Sozialarbeiter\_innen, die mit großem Engagement Jugendbegegnungen ermöglichen oder europäische Projekte durchführen. Bleibt dies aus, wird man nicht viele von den Vorteilen, die Europa bietet, zu spüren bekommen. Eine Eurobarometer-

Umfrage zur Abschaffung der Roaming-Gebühren offenbarte, dass mehr als ein Drittel aller Europäer\_innen noch nie in einem anderen europäischen Land war. In Deutschland sind es immerhin 18 %, also fast ein Fünftel!<sup>5</sup> Es liegt keine Differenzierung nach Altersgruppen vor, aber die Dimension und der Mangel an Daten zeigt, wie wenig wir uns mit der Gruppe an Menschen beschäftigen, die keinen konkreten Nutzen von ihrer EU-Bürgerschaft haben.

Mobilität und die Begegnung mit anderen Europäer\_innen sind aber von entscheidender Bedeutung, um den Mehrwert des europäischen Integrationsprojektes zu erkennen. Ohne diese Erlebnisse bleibt Europa und die EU etwas Abstraktes außerhalb des eigenen Erfahrungshorizonts. Die Schlussfolgerung kann nicht sein, dass nur, wer regelmäßig durch europäische Länder reist, sich für europäische Politik interessiert und sich an der Wahl zum Europa-Parlament beteiligt. Aber die Auswertungen zu europäischen Mobilitätsprogrammen belegen klar den Zusammenhang der Begegnung mit anderen Europäer\_innen und einem gesteigertem Interesse an europäischer Politik sowie der Wahrnehmung der EU-Bürgerschaft.<sup>6</sup> Um an Europa teilhaben zu können, muss es also erleb- und erfahrbar werden.

Wie können europäische Erfahrungsräume und Bezugsmöglichkeiten geschaffen werden? Hierzu sollen drei Ansatzpunkte näher ausgeführt werden:

- **Stärkere strukturelle Verankerung von Mobilitätsangeboten**

Lernaufenthalte und Jugendbegegnungen fördern die persönliche und soziale Entwicklung von jungen Menschen. Allerdings stehen diese Möglichkeiten bei weitem noch nicht allen jungen Menschen in gleicher Weise offen. Haupt-, Real- und Berufsschüler\_innen sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im internationalen Austausch deutlich unterrepräsentiert.<sup>7</sup> Aber insbesondere für diese Gruppen öffnen Mobilitätsangebote und grenzüberschreitende Maßnahmen Erfahrungsräume und Lernumgebungen, die sich außerhalb ihres Lebenskontexts befinden. So kommen Hans Brandtner und Ulrike Wisser in ihren Untersuchungen zu dem Schluss, dass „grenzüberschreitende Angebote verstärkt Eingang in Maßnahmen des § 13 SGB VIII Jugendsozialarbeit finden [sollten].“<sup>8</sup> Denn leider spielen solche Angebote in den Maßnahmen der Jugendhilfeträger noch eine untergeordnete Rolle. Aus organisationaler Sicht besteht hier noch viel Handlungsbedarf: Fachkräfte der Jugendhilfe sind für Beantragung und Durchführung solcher Maßnahmen nicht ausreichend qualifiziert, den Trägereinrichtungen fehlt es an europäischen Netzwerken und Partnerorganisationen, der Mehrwert von Auslandserfahrungen für die Jugendlichen wird nicht gesehen. Ohne eine stärkere strukturelle Verankerung und zielgerichtete Förderung wird sich daran zeitnah wenig ändern.

# „Städtepartnerschaften leiden zunehmend an Mitgliederschwund.“

Auch wenn mittlerweile europäische und internationale Arbeit bspw. im Kinder- und Jugendplan des Bundes zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe prägender sind, so wäre vor allem von den Sozialverbänden ein stärkeres Engagement in diesem Bereich wünschenswert, da sie weit in die Gesellschaft reichen und damit jungen Menschen diese Erfahrungen ermöglichen können, die noch immer zu wenig davon profitieren.

Der Ausbau und die Verstärkung von Mobilitätsangeboten in Lehrberufen vor allem im sozialen Bereich wäre ein weiterer wichtiger Punkt. Mobilitätsmaßnahmen in der Pflege oder der Kinder- und Jugendbetreuung flächendeckend anzubieten, könnte die Teilhabe ausweiten und sich zudem auch auf die Attraktivität dieser Ausbildungsberufe positiv auswirken.

## ● Sichtbarkeit von Europa vor allem auf kommunaler Ebene stärken

Europäische Förderprogramme, vernetzte Wirtschaftsräume, Infrastrukturaufbau – Länder und Kommunen profitieren zum Teil in sehr starkem Maße von der europäischen Integration. Dies sollten sie auch klar benennen und sichtbar machen, indem sie ihr europäisches Profil schärfen! Europäische Begegnungs- und Erfahrungsräume, insbesondere für junge Menschen, müssen die Vorteile der europäischen Integration auch vor Ort erlebbar machen.

Es gibt für Kommunen zahlreiche Möglichkeiten, dies zu tun. So sollten Städtepartnerschaften und kulturelle Aktivitäten, beispielsweise mit Partnerregionen, ausgebaut und insbesondere jungen Menschen die Möglichkeit zur Partizipation ermöglicht werden. Und hier ist nicht die Teilnahme von jungen Menschen an Maßnahmen gemeint, sondern die Einbindung in die Organisation und Planung von Aktivitäten. Städtepartnerschaften werden zum Großteil über Vereinsstrukturen organisiert und leiden zunehmend unter Mitgliederschwund. Die Vereine könnten für junge Menschen attraktiver werden, indem sie sich für flexiblere Formen des Engagements öffnen oder verstärkt über Netzwerke arbeiten.

Über Informationsangebote wie die Europe-Direct-Zentren oder kommunale Europa-Beauftragte können Anlaufpunkte geschaffen werden. Über intensive Netzwerkarbeit und Kooperation mit Schulen oder anderen Bildungs- und Jugendhilfeträgern können gezielte Angebote für junge Menschen, Fachpersonal und Engagierte gemacht werden. Einen guten Ansatz für diese Netzwerkarbeit hat die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB e. V.)

entwickelt. Mit ihrem Netzwerk Kommune goes International (KGI) möchte sie Kommunen dabei unterstützen, ihre Angebote in der internationalen Jugendarbeit gezielt auszubauen, strukturell zu verankern und nachhaltig zu stärken. In vier Jahren konnte die IJAB so bereits 21 Kommunen dazu qualifizieren, ihre Angebote für den internationalen Jugend- und Fachkräfteaustausch auszubauen und zu verstetigen.<sup>9</sup>

Verschiedene EU-Förderprogramme wie der Europäische Sozialfonds oder das Erasmus-Programm können hierfür die nötige finanzielle Unterstützung bieten. Besonders der Europäische Sozialfonds könnte bspw. in den Länderprogrammen noch weit mehr dazu genutzt werden, transnationale Angebote an jene Zielgruppen heranzutragen, die noch immer zu wenig von Mobilitätsangeboten profitieren.

## ● Partizipationsmöglichkeiten ausbauen und Teilhabe aller ermöglichen

Es sind vor allem die EU-Jugendstrategie und der Strukturierte Dialog, die hier gute Ansätze der Einbindung bieten und die Partizipationsräume für junge Menschen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene ausgeweitet haben.

Allerdings sind sie in ihrer Umsetzung viel zu komplex und zu sehr von oben nach unten gerichtet, um umfassende Teilhabe zu ermöglichen. Die Nachfolgestrategie setzt entsprechende Akzente, die es aber noch umzusetzen gilt. Prinzipiell ist es um die Partizipation Jugendlicher und junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen nicht gut bestellt. Es reicht ein Blick auf die unmittelbarste Form politischen Engagements, um dies zu verdeutlichen: Das Durchschnittsalter der Mitglieder in deutschen Parteien liegt zwischen 50 (Grüne) und 60 (CDU) Jahren.

Auch aus meiner eigenen Erfahrung sowohl aus der Arbeit in Jugendverbänden als auch in meiner jetzigen Tätigkeit in einem Sozialverband kann ich sagen: Man spricht vornehmlich über junge Menschen und lässt diese selten für sich selbst sprechen. Von der Einbindung „schwer erreichbarer“ Gruppen gar nicht zu sprechen.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kann zudem nachweisen, dass es ein deutliches Bildungsgefälle unter politisch engagierten Jugendlichen gibt. Demnach ist bei Jugendlichen mit einem geringeren Bildungsgrad die Chance für eine politisch-gesellschaftliche Teilnahme im weiteren Sinn um 38 % niedriger als für Jugendliche mit höherer Bildung.<sup>10</sup> In den Gesprächen an Berliner Problemschulen geben die Jugendlichen an, eine große Distanz zwischen der eigenen Lebenswelt und der politischen Ebene wahrzunehmen, und bestätigen damit

---

diese Erkenntnis. Aber wie die Gespräche auch gezeigt haben, ist es nicht haltbar, dass sich die Befragten nicht für politische Themen und gesellschaftliche Entwicklungen interessieren. Es mangelt ihnen lediglich an Raum und Möglichkeiten, sich entsprechend zu artikulieren und einzubringen.

Politische Akteure müssen das Potential und die Motivation (an)erkennen, welche junge Menschen bereithalten, die auf soziale Problematiken mit eigenen Erfahrungswerten blicken können. Sie müssen nicht nur aktiv auf sie zugehen und ihren Standpunkten wertschätzend begegnen, sondern ihnen die Möglichkeiten bieten, sich mit ihren Erfahrungen und Ansichten aktiv am politischen Diskurs zu beteiligen. Hierfür müssen neue Wege gefunden werden, verschiedene Gruppen Jugendlicher und junger Menschen für die Arbeit in Parteien und politischen oder sozialen Organisationen zu interessieren – dafür bedarf es einer Öffnung der Strukturen und flexibler Engagementformen. Vor allem lokale Akteure können viel Raum geben und über Handlungs- und Entscheidungsräume für Jugendliche niedrigschwellige Möglichkeiten der Partizipation eröffnen. Ein Beispiel hierfür bietet der Jugend-Demokratiefonds im Berliner Bezirk Neukölln.<sup>11</sup> Hier entscheidet eine Gruppe von 13- bis 19-Jährigen über die Vergabe von Mitteln für kleine Projekte im Jugendbereich.

Die laufenden Schülerproteste für einen besseren Klimaschutz zeigen jedoch sehr deutlich, dass dort, wo Jugendliche ihre Interessen artikulieren, ihnen von politischer Seite oft nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit begegnet wird. Anstelle die berechtigten Bedenken der jungen Generation über das Versagen der Politik in Klimafragen ernst zu nehmen und einen Dialog auf Augenhöhe einzuleiten, werden die Bemühungen kleingeredet und beiseitegeschoben. Dabei haben die Schüler\_innen hier etwas geschafft, was etablierter Politik bis heute noch schwerfällt. Sie haben sich im Handumdrehen europaweit vernetzt und beweisen damit, dass sie viel besser in der Lage sind, europäisch zu denken und zu agieren. Es liegt vor allen an den Entscheidungsträger\_innen, an politischen Parteien, Vereinen und Repräsentationsstrukturen, dieses Potential zu erkennen und sich dafür zu öffnen, es aktiv zu fördern und vor allem davon zu lernen und zu profitieren. //

#### Die Autorin:

Kathleen Wabrowetz arbeitet als EU-Referentin für den Jugend- und Wohlfahrtsbereich des Deutschen Roten Kreuzes.  
Kontakt: [K.Wabrowetz@drk.de](mailto:K.Wabrowetz@drk.de)

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Kampagnenseite „Diesmal wähle ich“ ist abrufbar unter: [diesmalwaehleich.eu](http://diesmalwaehleich.eu).

<sup>2</sup> European Parliament: Post-election survey. European Election 2014 – Analytical overview, abrufbar unter: <http://www.euro->

[parl.europa.eu/at-your-service/en/be-heard/eurobarometer/post-election-survey-2014](http://parl.europa.eu/at-your-service/en/be-heard/eurobarometer/post-election-survey-2014).

<sup>3</sup> Gagné, Jérémie, Schluss mit halben Sachen – wie lässt sich gleiche politische Teilhabe für alle fördern? Fünf Lehren aus politischen Gesprächen an Berliner Schulen in sozialen „Brennpunkten“, Berlin, 2018.

<sup>4</sup> Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB), Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung. Mobilitätsstudie, Bonn 2018.

<sup>5</sup> Eurobarometer, Haushaltsumfrage zur E-Kommunikation und zum Binnenmarkt für Telekommunikation. Bericht, Brüssel, 2014. <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/SPECIAL/survey-Ky/2021>.

<sup>6</sup> Siehe u.a. Europäische Kommission, Studie über die Auswirkungen grenzüberschreitender Freiwilligenarbeit im Kontext des Europäischen Freiwilligendienstes, Brüssel 2017.

<sup>7</sup> Transfer e. V., Warum nicht? Studie zum Internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren, es handelt sich um ein breit angelegtes Forschungsprojekt, das aufschlussreiche Erkenntnisse zu Barrieren in der internationalen Jugendarbeit identifiziert. Die Ergebnisse sind abrufbar unter: [zugangsstudie.de](http://zugangsstudie.de).

<sup>8</sup> Brandtner, Hans / Wisser Ulrike: Grenzüberschreitungen. Europäische Mobilitätsangebote für sozial benachteiligte Jugendliche, 2016.

<sup>9</sup> Weitere Informationen zu dem Netzwerk Kommune goes International findet man unter: <https://www.ijab.de/kgi>.

<sup>10</sup> FES-Studie zur politisch-gesellschaftlichen Teilnahme Jugendlicher, Bonn, 2016.

<sup>11</sup> <http://www.neukoelln-jugend.de/redsys/index.php/partizipation-demofonds/ag-demokratiefonds>

# DEMOKRATIE – WAS IST DAS?

*Das Projekt „Neuland.Wahl“ will junge Menschen mit Migrationshintergrund für Politik interessieren*

Josefine Janert

Isst es in Ordnung, Wolfgang Schäuble zu fragen, was er seinem Attentäter heute sagen würde, wenn er ihn treffen würde?“ Der dunkelhaarige junge Mann denkt laut nach. Seine Familie stammt aus der Türkei. Er besucht heute zum ersten Mal in seinem Leben das deutsche Parlament. Er durchläuft die Sicherheitskontrolle, steigt die Stufen zum Bundestag hinauf, fährt im Fahrstuhl zur Besuchertribüne. Dort wird er gemeinsam mit der Gruppe Neuland.Wahl zunächst einen Vortrag über die Arbeitsweise des Parlaments hören. Anschließend, in etwa einer Stunde, werden sie Wolfgang Schäuble treffen.

Der CDU-Politiker und Bundestagspräsident hat seinen Wahlkreis in Ortenau, dort, wo die Gruppe beheimatet ist. Die neun Männer und drei Frauen im Alter zwischen 16 und 26 Jahren leben in und in der Nähe der Stadt Kehl in Baden-Württemberg. Sie stammen aus Afghanistan, Syrien, Algerien, Tunesien, Mazedonien, Polen, der Ukraine, haben einen türkischen Migrationshintergrund. Alle sprechen sehr gut Deutsch. Seit Oktober 2018 nehmen sie an dem Projekt „Neuland.Wahl“ teil, das sie für politische Mitbestimmung begeistern soll. Neun Monate wird es dauern. Höhepunkt ist die Europa- und Kommunalwahl am 26. Mai 2019.

Jetzt ist die Gruppe auf dreitägiger Exkursion in Berlin. Gestern hat ihnen ein Geflüchteter aus Syrien die Spuren des Kalten Krieges in der Innenstadt gezeigt. Sie haben die Überreste der Berliner Mauer gesehen, von Soldaten und Stacheldraht gehört, von Fluchtversuchen und Schüssen. Der Stadtführer hat Parallelen zu seiner Heimat gezogen, zu Stacheldraht und Schüssen in Syrien. Nun steht der Bundestag auf dem Programm, die deutsche Demokratie heute. Und Wolfgang Schäuble. „Wir haben Filme über ihn gesehen, uns mit seinem Leben beschäftigt, Fragen vorbereitet“, sagt der dunkelhaarige junge Mann. Er fragt Felix Neumann, was er von der Frage nach dem Attentat hält. Der beruhigt ihn: Die Schüsse auf Schäuble fielen 1990 und der Politiker hat seitdem sicher viele Male über das Attentat gesprochen.

Neumann hatte 2016 die Idee zu „Neuland.Wahl“ und betreut mittlerweile den dritten Jahrgang. Der 35-Jährige hat Sozialpädagogik und Politikwissenschaft studiert. Er ist beim Jugendmigrationsdienst Kehl angestellt, dessen Träger das Diakonische Werk im Evangelischen Kirchenbezirk Ortenau ist. Neben diesem Job macht er erfolgreich Musik. Mit seinem Zwillingbruder Till und weiteren Personen hat er 2012 die Hip-Hop-Gruppe „Zweierpasch“ gegründet. Sie rappen zweisprachig – Deutsch und Französisch, das sie fließend beherrschen. Im Auftrag des Goethe-Instituts und seines Pendant, des Instituts Français, war Zweierpasch schon in Westafrika, Kasachstan und der Ukraine für „Projekte der Völkerverständigung“ unterwegs, wie Felix Neumann es nennt: Konzerte und Rap-Werkstätten mit jungen Menschen, Gespräche über Texte, die sich mit politischen Themen befassen.

Jugendmigrationsdienste gibt es landesweit. Die Angestellten unterstützen 12- bis 27-Jährige dabei, sich in Deutschland zu integrieren. Felix Neumanns Vorstellung von Integration geht weit über Hilfen im Alltag und bei der Jobsuche hinaus. Er will, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich selbstbewusst in die Politik einmischen – und von dieser gehört werden. Das ist auf vielerlei Weise möglich, hat er den Teilnehmenden von „Neuland.Wahl“ deutlich erklärt. Menschen aus früheren Jahrgänge nutzen das Gelernte jetzt auch. So bat ein Kosovare eine Landtagsabgeordnete um Unterstützung, als er abgeschoben werden sollte. Dank einer Härtefallregelung ist er noch in Deutschland.

Zur jetzigen Gruppe gehört Denys Shaposhnikov, der an diesem Tag 18 Jahre alt geworden ist. „Ich habe mich schon in der Ukraine für Politik interessiert“, sagt der hochgewachsene Mann. „Aber wenn man in ein anderes Land kommt, sieht alles anders aus.“

Vor zwei Jahren siedelte Denys nach Deutschland über. Die erste Zeit sei schwierig gewesen, erzählt er. Die Sprache zu erlernen, erforderte viel mehr Mühe, als er anfangs gedacht hatte.

## *„Das politische System der Bundesrepublik mit seinen abstrakten Begriffen ist für viele Neuland.“*



### **Neuland.Wahl samt drei Betreuern im Bundestag auf der Besuchertribüne**

Doch dann knüpfte er Kontakte zu Deutschen, was ihm nicht nur beim Büffeln half. Jetzt ist er am Wirtschaftsgymnasium in Kehl, will sein Abitur machen, vielleicht Wirtschaft studieren. Sein Leben ist leichter, und auch sein Nebenjob als Kellner gefällt ihm. Dass er sich heimisch fühlt, hat auch mit „Neuland.Wahl“ zu tun. „Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich teilnehmen darf“, sagt Denys.

Das Parlament tagt heute nicht. Die Gruppe aus Kehl nimmt auf der Besuchertribüne hoch über den leeren Bänken der Abgeordneten Platz, zusammen mit einer Gruppe deutscher Schüler, mit Touristen, Berlinern. Eine Mitarbeiterin des Besuchsdienstes erklärt, wie das Parlament arbeitet und wie sich Besucher während seiner Sitzungen zu verhalten haben: „Der Bürger setzt sich hier oben mitteleuropäisch aufrecht hin, atmet und hat ansonsten nichts zu sagen.“

Wie bitte? Die Frau meint die Hausordnung, klar. Sie will sagen, dass sich Besucher während der Sitzungen neutral verhalten müssen. Sie dürfen nicht dazwischenrufen, Transparente hochhalten. „Der Bürger setzt sich mitteleuropäisch aufrecht hin, atmet und hat ansonsten nichts zu sagen“: Das ist Ironie für deutsche Bildungsbürger. Bei diesem Publikum kommt sie nicht an – und auch nicht der hastige, mit vielen Fakten gespickte Vortrag der Mitarbeiterin. Die deutschen Schüler fangen an zu schwatzen. Auch die Gruppe aus Kehl wird unruhig. „Mitteleuropäisch aufrecht hinsetzen“ klingt in ihren Ohren

komisch, weil die meisten von ihnen nicht in Mitteleuropa geboren wurden.

Der Satz weist auf die Bruchstellen hin, wegen derer es „Neuland.Wahl“ überhaupt gibt. Immer mehr Jugendliche in Deutschland stammen aus Familien, die ihre Wurzeln im Ausland haben. Das politische System der Bundesrepublik mit seinen abstrakten Begriffen und den über Jahrzehnten entwickelten Formen der Mitbestimmung ist für sie Neuland. Es zu verstehen, fällt ja schon vielen gleichaltrigen Deutschen schwer.

Die Menschen aus der Kehler Gruppe stammen zum Teil aus Ländern mit autokratischen Herrschern. „Viele kannten zu Beginn des Projekts nicht einmal das deutsche Wort für Demokratie“, sagt Felix Neumann. „Auch die Bedeutung war ihnen nicht klar.“ Dass Bürger\_innen Abgeordnete persönlich treffen, ihnen unter ihrem Klarnamen kritische Mails schicken und Antworten einfordern, ist in vielen Staaten nicht üblich. „Dort kann man unter Umständen für einen kritischen Blogbeitrag verhaftet werden“, sagt Neumann. Frauen könnten sich vielerorts nicht öffentlich über politische Themen äußern.

Er erzählt, wie er vor dem Start von „Neuland.Wahl“ an Schulen und Jugendeinrichtungen in und um Kehl um Teilnehmende geworben hat. Er und seine Kolleg\_innen vom Jugendmigrationsdienst wollen erreichen, dass sich auch Frauen anmelden. Doch für manche Familie ist die Vorstellung, dass ihre Tochter

---

auf Exkursion geht und dabei in einer anderen Stadt übernachtet, befremdlich. In solchen Fällen redet Felix Neumann mit den Eltern, erklärt genau, was sie vorhaben. Manche kann er überzeugen, andere nicht: „Es braucht mehr solche Projekte wie unseres, damit es für die Familien normaler wird, dass junge Frauen sich einbringen.“

Die zwölf Teilnehmenden haben ein Seminar der Landeszentrale für politische Bildung in Freiburg besucht. Sie haben mit dem Gemeinderat von Kehl gesprochen, waren auf einer Konferenz für junge Menschen in Baden-Württemberg. Viele Themen, die sie dort diskutiert haben, bewegen auch gleichaltrige Deutsche, zum Beispiel: Warum sind Tickets für den Nahverkehr so teuer? Warum sind viele Fahrradwege so schlecht beleuchtet? Auf der Konferenz haben sie Landtagsabgeordnete getroffen, auch einen von der AfD. Sie haben mit dem Mann debattiert, was Heimat ist, was Zugehörigkeit bedeutet: Wer gehört zu Deutschland, wer nicht – und warum nicht? Diese Fragen sind für viele in der Gruppe immer noch offen.

Um Asylrecht und Integration geht es oft in ihren Gesprächen. Auch mit Wolfgang Schäuble wollen sie darüber reden. Doch der Politiker lässt sich durch seine Mitarbeiterin entschuldigen: Er ist krank. Immerhin springt Beate Wurmbach spontan ein, Referentin der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Sie will die Fragen der Gruppe so gut wie möglich beantworten.

Sie nehmen in einem großen, dunklen Raum Platz. Die Tische sind zu einem Viereck zusammengestellt. Weil sie so lang sind, wirken Beate Wurmbach und Schäubles Mitarbeiterin weit weg von den Jugendlichen. Trotzdem entwickelt sich rasch ein Gespräch. „Mein Vater kam mit 16 Jahren aus der Türkei nach Deutschland“, sagt ein Mann. „Weil er keinen deutschen Pass hat, kann er immer noch nicht an der Bundestagswahl teilnehmen.“ Warum das so sei? „Wir haben ein Interesse daran, dass Menschen, die lange hier leben, sich auch zu Deutschland bekennen“, antwortet Beate Wurmbach in Anspielung auf die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu beantragen.

Er sei vor neun Monaten über den Familiennachzug nach Deutschland gekommen, sagt ein 24-jähriger Syrer: „Ich möchte so schnell wie möglich mein Studium fortsetzen.“ Doch seine Studienzertifikate aus der Heimat seien immer noch nicht anerkannt worden. Wortreich gibt er seiner Enttäuschung Ausdruck. Wurmbach entgegnet, dass „in den vergangenen Jahren viele Menschen zu uns gekommen sind“, die Behörden deswegen sehr viel zu tun hätten. „In Deutschland ist alles geregelt“, sagt sie. „Unsere Behörden arbeiten bisweilen langsam, aber dafür genau.“ Wie lange es noch dauern wird, hakt der Syrer nach. Darauf weiß Wurmbach keine Antwort und rät, die Zeit sinnvoll zu nutzen.

Einer der Betreuer der Gruppe klagt darüber, dass Mitarbeiter\_innen von Behörden Geflüchteten manchmal in Berufe zu drängen versuchten, wo ein Mangel an Fachkräften besteht, etwa in die Pflege. „Viele Geflüchtete wollen das eigentlich nicht, sondern viel lieber studieren“, sagt er. Ein junger Mann erzählt, dass er Polizist werden wollte, aber abgelehnt worden sei. „Ich hatte sowieso keine Chance“, mutmaßt er, wohl wegen seiner hippen Frisur. Im Dialog mit Beate Wurmbach stellt sich heraus, dass es wohl eher an der Staatsbürgerschaft lag.

In schnellem Ritt gehen sie verschiedene Konflikte in Deutschland und der Welt durch – den Abfall, den manche Menschen an Badeseen nahe Kehl zurücklassen, den Krieg in der Ukraine, die Frage, warum Alkohol in Deutschland so billig ist. Das sei doch eine Verlockung für junge Menschen, argumentiert ein Mann. Eine Frau erkundigt sich, ob Beate Wurmbach die Vergewaltigung einer jungen Frau in Freiburg durch mehrere syrische Männer im Herbst 2018 mit dem Islam in Verbindung bringe. Wurmbach verneint. Der größte Teil der Muslime, die in Deutschland leben, würden unsere Grundwerte respektieren. „Alles andere ist für uns inakzeptabel“, sagt sie mit Nachdruck. Dann wird sie noch gefragt, wie viel Bundestagsabgeordnete einen Migrationshintergrund haben. Diese Zahl wird nicht erhoben, was sie bedauert.

60 Minuten dauert die Runde. Dann muss die sichtlich erschöpfte Beate Wurmbach fort. Die Gruppe bleibt in dem großen, dunklen Raum zurück. Viele sind immer noch enttäuscht über das Fernbleiben von Wolfgang Schäuble. Andere reden über die nächsten Programmpunkte. Demnächst werden sie Berlin auf eigene Faust erkunden. In Kehl steht bald eine Rap-Werkstatt an, die Felix Neumann leiten wird. Außerdem ein Ausflug zum Europaparlament nach Straßburg.

Denys Shaposhnikov steht mit Adel Alchawa zusammen, einem 20-Jährigen aus Syrien. Das Gespräch mit Beate Wurmbach habe ihnen fast nichts Neues gebracht, sagen die beiden jungen Männer. Denys betont, dass er es trotzdem „schön“ fand: „Sie hat ja unsere Fragen beantwortet.“ Adel erzählt, dass er dank „Neuland.Wahl“ inzwischen eine recht klare Vorstellung von den Parteien in Deutschland habe. Auch er habe anfangs Schwierigkeiten gehabt, sich hier einzuleben. Er kam in eine Klasse, wo er sich wegen des Altersunterschieds nicht wohlfühlte, brach die Schule ab. Jetzt lernt er mit Denys auf dem Wirtschaftsgymnasium, will später vielleicht eine Ausbildung beginnen. Adel lächelt: „Ab und zu haben wir Probleme mit der Bürokratie“, sagt er, „aber wir geben nicht auf.“ //

Die Autorin:

Josefine Janert ist freie Journalistin.

Kontakt: [josefine.janert@web.de](mailto:josefine.janert@web.de)



# DIE FLAMME WEITERTRAGEN

– Im Haus der offenen Tür Sinzig werden junge Leute für Europa begeistert

Caroline Schäfer

**N**ils, Maurice, Denise, Julian und Jason haben sich um eine große Europakarte herum versammelt. Aber es sind keine Reisen, die heute hier im Haus der offenen Tür (HOT) in Sinzig geplant werden. Die jungen Leute wollen vielmehr Europa von Aliens befreien. So gibt es das Strategiespiel vor, das Ehrenamtlar Carsten Fischer selbst zusammen mit anderen Kreativen aus Deutschland, Portugal und Italien ausgedacht und entwickelt hat.

„Es begann alles vor ein paar Jahren“, beginnt Carsten in seiner Rolle als Spielmoderator mit der Einführungsgeschichte von „Europalien“. „Es war ein schöner Sommertag...“, und entwirft dann eine Szenerie, in der Aliens die Welt heimsuchen und die Idylle gründlich zerstören. Europas ganze Hoffnung konzentriert sich nun auf eine Gruppe aus mutigen jungen Leu-

ten, die – wenn sie im Team bestimmte Missionen meistern – ihren Kontinent vor der Katastrophe retten können.

Was im Spiel gefragt ist – seinen Charakter kennen und dessen Stärken klug einsetzen, auf andere achten und solidarisch handeln –, das ist auch sonst Trumpf in der zweiflügeligen Begegnungsstätte mitten in dem malerischen Städtchen am Mittelrhein. Und auch Europa selbst wird gerade in der offenen Jugendarbeit „bei allen Aktivitäten mitgedacht“, betont Petra Klein, Leiterin des HOT.

„Europäisch, auch global denken, lokal handeln“, nennt die burschikose Frau mit den langen dunklen Haaren ein Motto des Hauses in katholischer Trägerschaft. Das ist auch deswegen selbstverständlich, weil die überwiegend benachteiligten

Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die hier ein und aus gehen, von der Begegnung mit Europa ungemein profitieren.

## Als Freiwilliger über Grenzen gehen

Nils zum Beispiel. Der 28-Jährige, der im Projekt „Smarts Up“ des HOT Unterstützung auf seinem Weg in Beschäftigung erhält, war gerade fünf Wochen in Finnland. „Ich bin allein dahingefahren und war dort Teil einer Gruppe von Freiwilligen. Unser Projekt hieß ‚Elf around‘. Wir haben für Kinder einen Elfenpfad aufgebaut und dekoriert. Aus Tannenzweigen haben wir Elfen gebaut, die wir am Pfad entlang aufgestellt haben, dann haben wir Kerzen aufgehängt. Und einige von uns mussten sich als Elfen verkleiden und die Kinder unterhalten.“ Der junge Mann mit den sensiblen Zügen bekennt, dass er sich im Umgang mit den Kindern ein bisschen schwergetan hat. „Aber alles drum herum, das Aufbauen und so, war gut.“ Der Aufenthalt in Finnland habe ihn weitergebracht, sagt Nils.

„Ich habe so gewisse Probleme, in neuen Situationen oder mit fremden Menschen klarzukommen. Und weil ich in Finnland komplett auf mich allein gestellt war und mich da zurechtfinden musste, ist das besser geworden mit der Zeit. Jetzt fahre ich nochmal für vier Tage nach England, nach Liverpool. Da mache ich ein Seminar für Leute, die vorher so ein Projekt wie ich in Finnland gemacht haben. Es soll uns beigebracht werden, wie man solche Projekte wieder anderen vermittelt, als eine Art Botschafter.“

---

## „Europäisch denken, lokal handeln.“

---

Jason ist als Freiwilliger aus Luxemburg ins HOT gekommen. „Ich fange später im Jahr eine Ausbildung an und wollte die Zeit bis dahin überbrücken“, erzählt der 19-Jährige, den man sich mit seiner rauen dunklen Stimme und dem leichten, französisch anmutenden Akzent auch gut als Chansonnier vorstellen könnte. Jason ist froh, dass man beim Freiwilligendienst nicht auf den sozialen Bereich festgelegt ist. „Mir liegt eher das Handwerkliche, und deswegen bin ich jetzt hier so eine Art Hausmeister“, lächelt er. Auch dass er seinen Freiwilligendienst in Westdeutschland, nicht weit von seinem grenznahen Heimatort Echternach leisten kann, kommt ihm entgegen. „Man hat mir auch Griechenland vorgeschlagen. Aber ich wollte nicht direkt dahin, weil ich noch nie so weit weg von zu Hause war. Da dachte ich, Sinzig ist gut, um anzufangen.“



### Das Spiel Europalien, das vom HOT Sinzig entworfen wurde

Alle in der Runde interessieren sich dafür, andere Länder über den Urlaubshorizont hinaus kennenzulernen. Dennoch sei es gar nicht so einfach, junge Leute für eine europäische Begegnung oder gar ein Training oder einen Freiwilligendienst zu begeistern, weiß Einrichtungsleiterin Petra Klein.

„Nein“, lacht sie, „das ist aber genauso schwer, wie erwachsene Jugendleiter dafür zu begeistern. Da kommen dann so Einwände wie: ‚Ich kann nicht genug Englisch.‘ Aber man muss gar nicht supergut Englisch sprechen können, um da zurechtzukommen! Was wir können, reicht meistens aus. Außerdem gibt es auch Übersetzer, die einem im Zweifel helfen. Irgendwie verständigt man sich immer.“

Im HOT gehen die Jugendsozialarbeiter\_innen mit gutem Beispiel voran und vermitteln den jungen Leuten auf diese Weise: Man kann sich den Schritt ins Unbekannte trauen, und es lohnt sich.

## Türöffner

„Kollegen aus anderen Einrichtungen sagen oft: ‚Was eure Jugendlichen können, schaffen unsere nicht. Eure sind ‚besser‘. Die müssen besser ausgebildet sein. Wir können unseren das nicht zumuten. Die kriegen das nicht hin.‘ Dann sagen wir: ‚Nein, unsere sind genauso aus dem Gefängnis entlassen, haben Drogenprobleme, keinen Schulabschluss. Aber der Punkt

# „Aber man muss gar nicht supergut Englisch sprechen können, um zurecht zu kommen!“

ist: Wir, die Erwachsenen, die mit den Jugendlichen arbeiten, müssen selbst die Möglichkeiten zur europäischen Begegnung nutzen. Ich kann nicht zu dem jungen Menschen sagen: Fahr du jetzt mal nach Armenien, ich nicht! Ich kann kein Englisch, oder: Ich will das nicht!.“

Um den Jugendlichen Europa erfahrbar zu machen, nutzt die Sinziger Einrichtung verschiedene europäische Programme. „Wir arbeiten mit dem Erasmus+-Programm oder mit Interreg, mit unterschiedlichen europäischen Programmen, die Mittel dafür haben. Wie jeder weiß, gibt es in der Jugend- und Jugendsozialarbeit nicht so sehr viel Geld, dass man solche Begegnungen über Grenzen hinweg sonst überhaupt machen könnte. Und über diese Programme, für die wir Anträge stellen und Partner in anderen europäischen Ländern gewinnen, geht das dann. Das macht unseren Europa-Botschaftern übrigens immer Spaß, in den Schulen zu erzählen, dass diese Reisen die jungen Teilnehmenden außer Taschengeld nichts kosten, weil das von der EU bezahlt wird.“

Gemeinsam mit den Jugendlichen fahren Petra Klein und ihre Kolleg\_innen zu Jugendbegegnungen z. B. in Italien oder Slowenien. Bei einem anderen Programm begleitet jeweils nur ein\_e junge\_r Teilnehmer\_in eine Fachkraft zu einem speziellen Training in ein europäisches Land. „Da sind dann die Erwachsenen zusammen in einem Training, und die jungen Leute machen gemeinsam ein anderes. Themen sind da z. B. Selbstfindung, Persönlichkeitsentwicklung, Ausbildungen zum Gruppenleiter oder Sprachtrainings.“

Aylin, die heute nur eine Stippvisite im HOT macht, war mit den europäischen Förderprogrammen bereits in Polen, Bulgarien und Italien. „In Polen haben wir eine Woche Outdoor-Surviving gemacht“, erzählt die 25-Jährige. Da mussten wir schwierige Situationen als Team bewältigen. Danach haben wir zwei Wochen lang in der Kantine des Hostels mitgearbeitet und in der letzten Woche konnten wir verschiedene Kurse belegen. Ich habe einen Kosmetikkurs gemacht.“ Eine kleine Einführung in die polnische Sprache und Ausflüge sorgten für weitere Einblicke in das fremde europäische Nachbarland. „Man konnte sehen, wie die Leute da leben und hat auch die Armut kennengelernt. Da geht es uns richtig gut im Vergleich.“

## Wie wird man Europäer\_in?

Ziel des Förderprogramms Erasmus-Plus ist es, jungen Menschen wichtige Schlüsselkompetenzen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung zu vermitteln. „Junge Europäerinnen und Europäer sollen Lust bekommen, die Zukunft der EU mitzugestalten“, heißt es weiter unter der Überschrift „Jugend in Aktion“. Und: „Solidarität und Toleranz über Grenzen hinweg

will das Programm wecken und jungen Menschen somit das Gefühl einer aktiven europäischen Bürgerschaft vermitteln.“

Zukunft gestalten, das ist auch die Aufgabe im Strategiespiel „Europalien“, das Nils, Jason und die anderen jungen Leute gerade im HOT spielen. Klar, seine Entwicklung ist ja auch von Erasmus+ gefördert worden. Carsten konnte dafür 2015 auf Kosten der EU nach Portugal reisen. Mit den europäischen Partner\_innen hat er sich dort den Plot ausgedacht, nach dem die Spieler\_innen sich zusammenschließen müssen, um unterirdische Verbindungen zwischen den europäischen Staaten zu schaffen. Denn die Oberfläche des Kontinents – und der Erde überhaupt – wird von den Aliens beherrscht. Für die Spieler\_innen gilt es, die Kommunikation wiederherzustellen und den Widerstand Europas und seiner Länder zu organisieren. Gerade hat Denise einen Energiepunkt eingesetzt, um einen Tunnel von Frankreich nach Italien zu bauen. Das wird es Julian in der nächsten Runde ermöglichen, seinen Charakter näher an das gemeinsame Hauptquartier in Slowenien heranzubringen.

Denise, eine angehende Erzieherin mit klaren blauen Augen, sieht Europa nicht nur positiv. Mit dem Euro sei vieles teurer geworden, moniert sie. Und vorsichtig fügt sie hinzu: „Zusammenleben in Europa ist eine große Sache, da muss man an vieles denken. Ich bin nicht sicher, worauf es hinauslaufen wird.“ Trotzdem wünscht sich die 30-Jährige, die gerade ein Praktikum im HOT absolviert, keinen Rückfall in nationale Egoismen. „Ich finde es zum Beispiel wichtig, dass alle zusammenarbeiten. Man



Jugendliche beim Spiel Europalien

*„Ich glaube, wenn man ein anderes Land so richtig kennenlernen kann, das verändert den Blick.“*

---



**Petra Klein, Leiterin des HOT Sinzig**

merkt ja, dass es auch bei uns hier viele rechtsradikale Tendenzen gibt, das finde ich furchtbar. Es gibt so viele Vorurteile, z. B. gegenüber ausländischen Mitbürgern. Da muss man versuchen, gegenzusteuern. Auch über Grenzen hinweg.“

Auch Maurice betont, wie nützlich er Kooperation in Europa findet. „In der heutigen Zeit sollte man zusammenarbeiten können, auch mit verschiedenen Ländern. Es gibt viele Probleme, die man so in Angriff nehmen könnte.“ Zum Beispiel den Umweltschutz, ein Thema, das der 23-Jährige in der Berufsfindung soeben in seiner Smarts-Up-Gruppe mit Gleichaltrigen ausführlich diskutiert hat.

Da ist es nützlich, wenn man sich ein bisschen in Europa auskennt und weiß, wie die anderen „ticken“. Denise würde auch gern einmal ein Begegnungsprogramm mitmachen. „Ich glaube, wenn man ein anderes Land so richtig kennenlernen kann, das verändert den Blick“, sagt sie – das Signal für den sonst so zurückhaltenden Nils, spontan noch mehr von seiner Finnland-Erfahrung zu erzählen. Finnland sei toll und die Bevölkerung dort angenehm entspannt gewesen, erzählt er. Aber besonders gefallen hat ihm: „In dieser Freiwilligengruppe waren 18 Leute aus vielen verschiedenen Ländern, von der Türkei über Polen bis hin zu Österreich und eben Deutschland. Man muss gar nicht mal in jedes einzelne Land reisen, um die Leute kennenzulernen.“ Was nicht heißt, dass Nils seine Mitstreiter\_innen aus dem Solidaritätskorps nicht doch demnächst besuchen könnte. In der Facebook-Gruppe gebe es schon entsprechende Pläne, verrät er.

## Wählen gehen!

Auch Julian schwört auf Austausch und Kooperation. Der Student der Sozialarbeit möchte irgendwann unbedingt ein Auslandssemester einlegen. „Die Welt ist so vielfältig, und man sollte seine Kompetenzen und Kenntnisse immer weiter ausbilden.“ Auch Jason und seine Heimat Luxemburg interessieren Julian. „Davon musst du mir mal mehr erzählen“, fordert er den Freiwilligen auf. Die Verbundenheit untereinander in Europa sichere außerdem den Frieden, ist der junge Mann überzeugt. „In Europa hat es, wie die Geschichte zeigt, immer wieder gekracht. Und wenn das wieder so kommen würde, fände ich das schon dramatisch. Nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt.“ Deswegen sei es wichtig, wählen zu gehen und das Feld nicht spalterischen Parteien zu überlassen, appelliert der Student an die anderen in der Runde. Die nicken nachdenklich.

Wenn es nach Petra Klein geht, wird dieses Thema im Hause demnächst noch eine größere Rolle spielen. Schon vor der letzten Europawahl habe man mit jungen Leuten aus anderen Ländern eine gemeinsame Kampagne entworfen. Damals gab es einen Flashmob in Berlin mit Plakaten und einem Rap, begleitet von einem Saxofon.

„Dieses Mal werden wir mit fünf jungen Leuten nach Slowenien fahren, wo weitere sieben Länder mit jeweils fünf Leuten vertreten sind. Und dann wird dort das Campaigning für diese anstehende Europawahl im Mai erarbeitet. Das wird wieder spannend“, freut sich die Leiterin der Jugendbegegnungsstätte. Wenn alle Beteiligten die Stärken ihrer Charaktere klug einsetzen und solidarisch miteinander arbeiten, kann eigentlich nichts schiefgehen. //

**Die Autorin:**

**Caroline Schäfer ist freie Journalistin.**

**Kontakt: [cornelia.schaefer@gmx.de](mailto:cornelia.schaefer@gmx.de)**

# Eine Strategie und zwei Programme

*Die EU erweitert ihren jugendpolitischen Handlungsrahmen – auch zugunsten benachteiligter Zielgruppen. Eine neue Generation europäischer Jugendpolitik.*

Manfred von Hebel

**D**as Zusammenwachsen Europas bestimmt die Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen. Es öffnet ihnen neue Chancen eines „grenzenlosen“ und kulturell vielfältigen Lebensraums. Zugleich gibt es gegenwärtig starke politische und soziale Bewegungen, die die Freiheiten und Chancen des europäischen Projekts insbesondere für junge Menschen in Frage stellen: Der Widerstand gegen den europäischen Integrationsprozess, der wachsende nationalistische Populismus und die zunehmende Fremdenfeindlichkeit.

Junge Menschen müssen sich darum nicht nur individuell auf vielfältige Herausforderungen in Europa vorbereiten und z. B. interkulturelle Kompetenzen erwerben, sie sind zunehmend herausgefordert, sich aktiv und politisch für das „Projekt Europa“ zu engagieren und es gegen rückwärtsgewandte nationalistische Strömungen zu verteidigen, um ihre eigenen Lebenschancen in einem offenen und bürgerschaftlich verfassten Europa zu sichern.

In diesem Sinne ist das Gesamtpaket, das jetzt mit der erneuerten Europäischen Jugendstrategie und den beiden Programmen Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps zur Verfügung steht, als deutliches gesellschafts- und jugendpolitisches Signal zu verstehen, und auch als Reaktion und Antwort der EU auf den aktuell fehlenden Zusammenhalt der Europäischen Union. Jugendstrategie und beide Programme fordern die Mitgliedstaaten auf, deutlich mehr Verantwortung für junge Menschen zu übernehmen. Mit der Einführung des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) als eigenständigem EU-Programm neben Erasmus+ JUGEND IN AKTION beginnt eine neue Phase in der Geschichte der europäischen Jugendförderprogramme. Und zusammen mit der neuen Europäischen Jugendstrategie unter dem Motto „Beteiligung, Begegnung, Befähigung“ von 2019 bis 2027 beginnt eine neue Generation jugendpolitischer Zusammenarbeit in Europa.

Individuell geht es für junge Menschen vor allem um die Stärkung von Eigenständigkeit und darum, europäische Handlungskompetenzen zu erwerben, Europa zu verstehen, darin zu leben und sich zu engagieren, zu lernen und zu arbeiten. Wer ein soziales, solidarisches Europa will, muss allen jungen Menschen Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität ermöglichen – als Normalität statt als Ausnahme.

Junge Menschen mit geringeren Chancen und besonderen Bedürfnissen stehen angesichts der beschriebenen Entwicklungen oft vor großen Herausforderungen, allerdings bieten gerade ihnen die europäischen Programme zur grenzüberschreitenden Mobilität erwiesenermaßen besonders viele positive Anreize und Entwicklungsmöglichkeiten. Sowohl Erasmus+ JUGEND IN AKTION als auch das Europäische Solidaritätskorps setzen deshalb aktuell und perspektivisch auf eine noch stärkere Unterstützung bei der Erreichung und Einbindung entsprechender Zielgruppen.

JUGEND für Europa hat gemeinsam mit dem Nationalen Beirat für das Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION eine nationale Inklusions- und Diversitätsstrategie vorgelegt, die auf eine diversitätsbewusste Haltung setzt und die Vielfalt junger Menschen als Chance hervorhebt. Sie will dazu beitragen, strukturelle Rahmenbedingungen so zu verändern und zu gestalten, dass die aktive Ansprache aller jungen Menschen in ihrer individuellen Unterschiedlichkeit besser als bisher erfolgen kann. Dabei schließt sie die Aktivierung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe ausdrücklich ein.

- **Eine inklusions- und diversitätsorientierte Nutzung beider Programme**

Sowohl Erasmus+ JUGEND IN AKTION als auch das Europäische Solidaritätskorps sollen Solidarität und Toleranz fördern, die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

# „Grenzüberschreitende Lernerfahrungen als Normalität statt als Ausnahme.“

nachhaltig unterstützen und Gegengewichte zum wachsenden Nationalismus in den Mitgliedsländern schaffen. Die Bereitschaft und Fähigkeit zum Engagement in der Gesellschaft, zur Beteiligung an Politik sowie zu einem positiven Engagement für die europäische Idee sollen unterstützt, das Bewusstsein und das Interesse an sowie das Engagement für Europa und die Welt gefördert werden.

Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps fördern ein breites Spektrum an Formaten der Lernmobilität junger Menschen und der Europäisierung der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Im Rahmen von Erasmus+ JUGEND IN AKTION geht es vor allem um Lernerfahrungen junger Menschen in nicht formalen und informellen Settings sowie um strukturelle und innovative Veränderungen von Lernstrukturen.

## ● Wie funktioniert eine „inklusive Jugendbegegnung“?

Jugendbegegnungen im Rahmen von Erasmus+ JUGEND IN AKTION bieten jungen Menschen nach wie vor Gelegenheit, internationale Mobilität in einem verlässlichen pädagogischen Rahmen zu erfahren. Für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf und Behinderungen ebenso wie für Träger und Einrichtungen, die mit diesen Zielgruppen junger Menschen arbeiten, sind Jugendbegegnungen ein geeignetes erstes Format für grenzüberschreitende Lernerfahrungen.

Jugendbegegnungen schaffen einen Rahmen, um Inklusion und Diversität als Grundprinzip und Haltung umzusetzen; indem sie jungen Menschen mit verschiedenen sozialen, ökonomischen und Bildungshintergründen, mit und ohne Behinderungen gemeinsam grenzüberschreitende Lernerfahrungen ermöglichen.

## ● Die Förderung der europäischen Mobilität von Fachkräften und deren Qualifizierung für europabezogene Arbeit

Was für junge Menschen im Kontext von Lernerfahrungen durch Mobilität gültig ist, trifft natürlich auch auf Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe zu. Durch Austausch und Begegnung entsteht Raum für neue Ansätze und alternative Möglichkeiten zur eigenen Praxis. Eigene grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen regen viele Fachkräfte erst dazu an, Mobilitätsangebote für ihre Teilnehmer\_innen zu entwickeln. Dadurch kommt Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe eine Schlüsselrolle bei der Konzipierung und Durchführung von Mobilitätsmaßnahmen für junge Menschen zu. Nur durch ihre Rolle als Multiplikator\_innen von Mobilitätserfahrungen können langfristig tatsächlich mehr Mobilitätsangebote für junge Menschen realisiert werden.

## ● Strategische Partnerschaften

Mit den Strategischen Partnerschaften eröffnet das Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION die Möglichkeit, über mehrere Jahre mit Partnern aus anderen Ländern intensiv an einem Thema zu arbeiten, Peer-Learning-Prozesse durchzuführen oder

zukunftsweisende Ideen und Ergebnisse zu entwickeln und zu erproben. Das kann dazu beitragen, bestehende Partnerschaften und Netzwerke im Bereich der Arbeit für junge Menschen mit geringeren Chancen zu stärken und auszubauen, die eigene Praxis weiterzuentwickeln, Angebote attraktiver zu machen und mehr Anerkennung für geleistete Arbeit zu gewinnen.

## ● Das Europäische Solidaritätskorps – ein Förderprogramm für ein solidarisches und soziales Europa

Mit dem Europäischen Solidaritätskorps hat die Europäische Union jetzt ein neues Förderprogramm für freiwilliges Engagement und aktive europäische Bürgerschaft junger Menschen ins Leben gerufen, das die bisherigen Möglichkeiten von Erasmus+ erheblich erweitert und ergänzt.

Das Förderprogramm verfügt bis 2020 über eine Mittelausstattung von 375,6 Mio. Euro. Dabei sind 90 % der Mittel für Freiwilligeneinsätze vorgesehen und 10 % für Praktika und Arbeitsstellen. Allein 2019 stehen in Deutschland mehr als 17 Mio. Euro für das Programm zur Verfügung.

Insbesondere sollen jungen Menschen leicht zugängliche Möglichkeiten geboten werden, sich solidarisch zu engagieren, um positive gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Gleichzeitig sollen sie Kompetenzen und Fertigkeiten für ihre persönliche, bildungsbezogene, soziale, zivile und berufliche Entwicklung sowie ihr bürgerschaftliches Engagement erwerben.

Für die drei Mobilitätsformate freiwillige Aktivitäten, Praktikum und berufliche Tätigkeit können junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf begründet mit zusätzlichen Mitteln gefördert werden. Das Europäische Solidaritätskorps eröffnet neben fachlichem vor allem persönlichkeitsbildendes und interkulturelles Lernen, das es gerade auch jungen Menschen mit geringeren Chancen erlaubt, nachhaltige Lernerfahrungen in einem grenzüberschreitenden Lernkontext zu machen. So werden eigene Kompetenzen entwickelt und die berufliche Anschlussfähigkeit verbessert.

## Die Fördermöglichkeiten im Europäischen Solidaritätskorps

### ● Individuelle Freiwilligendienste

Der individuelle Freiwilligendienst, bei dem sich junge Menschen über einen längeren Zeitraum in einem anderen Land für ein gemeinnütziges Projekt engagieren, verbindet in hervorragender Weise das Engagement für andere mit der Chance, vielfältige Lernerfahrungen zu machen und persönliche, interkulturelle, fremdsprachliche, bürgerschaftliche und berufliche Kompetenzen zu erwerben. Dieses Format deckt sich weitestgehend mit dem Europäischen Freiwilligendienst. Es wurden zusätzliche Förderpauschalen eingeführt und die Förderung hat sich insgesamt erhöht. Die größte Neuerung ist das ESK-

# „Das Europäische Solidaritätskorps eröffnet vor allem auch persönlichkeitsbildendes und interkulturelles Lernen.“

Portal, auf dem sich alle jungen Menschen, die am ESK teilnehmen wollen, registrieren müssen und über das ein direktes Matching zwischen Organisationen und jungen Menschen erfolgen kann. Allerdings können Organisationen nach wie vor im direkten Kontakt mit ihren Zielgruppen Projekte in bestehenden internationalen Partnernetzwerken planen.

Die Unterstützungsmöglichkeiten für junge Menschen mit geringeren Chancen wurden im Vergleich zum Europäischen Freiwilligendienst (EFD) erweitert. Wie bisher werden Projekte, die diese Zielgruppe einbeziehen, prioritär gefördert. Mit der neu eingeführten Inklusionspauschale ist die Beantragung von zusätzlichen Fördermitteln für erhöhten Betreuungsaufwand deutlich vereinfacht. Falls zudem außergewöhnliche Kosten anfallen, können diese weiterhin ergänzend beantragt werden.

## ● **Freiwilligenteams**

Das Format der Freiwilligenteams richtet sich insbesondere an junge Menschen mit geringeren Chancen und bietet ihnen eine leicht zugängliche Möglichkeit, sich solidarisch zu engagieren und dabei Lern- und Lebenserfahrungen für ihre persönliche Entwicklung zu sammeln. Im geschützten Rahmen einer Gruppe und mit entsprechender Vor- und Nachbereitung können hier über einen kürzeren Zeitraum erste Engagementenerfahrungen gesammelt werden, die im Idealfall Mut und Lust auf mehr machen. Die entsendenden Organisationen spielen bei Freiwilligenteams eine wichtige Rolle, da eine gute Vor- und Nachbereitung sowohl mit Blick auf die Zielgruppe als auch auf die relativ kurze Einsatzdauer entscheidend für das Gelingen des Projektes sein kann.

## ● **Solidaritätsprojekte**

Einen anderen Ansatz zur Erreichung der Ziele des ESK bietet das Format der Solidaritätsprojekte, das sich an Gruppen junger Menschen richtet, die Eigeninitiative für ihr lokales Umfeld übernehmen wollen und, ausgehend von der Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen, einen positiven gesellschaftlichen Wandel gestalten können. Falls notwendig und gewünscht, können die jungen Menschen von einer Organisation oder einem externen Coach unterstützt werden, die Initiative und Umsetzung des Projekts soll aber originär bei den Jugendlichen verbleiben.

## ● **Praktika und Arbeitsstellen im Solidaritätsbereich**

Mit dem ebenfalls neuen Format der Praktika und Arbeitsstellen schließlich wurde ein europäisches Angebot zur Orientierung und Integration junger Menschen im Übergangsbereich geschaffen. Es bietet interessierten jungen Menschen die Möglichkeit, erste Berufserfahrungen im Solidaritätsbereich zu sammeln, wie es auch Organisationen aus diesem Tätigkeitsfeld darin unterstützt, Europa in ihren Arbeitsalltag zu bringen.

Die Einführung der Formate Praktika und Arbeitsstellen neben dem Format Freiwilligendienste bietet bei allen Herausforderungen die Chance, das Profil von Freiwilligendiensten

zu schärfen. Abgrenzungskriterien zwischen diesen Formaten können fachliche Vorerfahrungen, Sprachkenntnisse wie auch der übertragene Verantwortungsgrad bilden. Einsatzstellen mit höheren Erwartungen an die jungen Menschen sollten entsprechend einen Praktikumsplatz oder eine Arbeitsstelle anbieten, während von Freiwilligen keine Vorerfahrungen zu erwarten sind und ihr Einsatz viel Raum zum Lernen und Ausprobieren bieten sollte.

## ● **Ausblick**

Die Vorschläge der Europäischen Kommission für eine Neuauflage der Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps für den Zeitraum von 2021 bis 2027 liegen seit Mai 2018 vor und werden derzeit im Rat der Europäischen Union und anschließend im Europäischen Parlament beraten. Bis auf wenige Aspekte kann man davon ausgehen, dass Struktur und Formate der laufenden Programme weitgehend erhalten bleiben und es im Ergebnis auf eine Verlängerung der derzeitigen Programme hinausläuft. Voraussichtlich stehen damit ab 2021 zwei finanziell sehr gut ausgestattete jugendspezifische Programme zu Verfügung, die gemeinsame mit der EU-Jugendstrategie gesellschafts- und jugendpolitisch wirksam eingesetzt werden können. Jugendstrategie und Programme richten sich unmittelbar an die Zivilgesellschaft, die beteiligten Organisationen, Träger und Einrichtungen vor Ort. Damit unterstützen die Programme die Vernetzung und den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft. Eine Herausforderung, denn wenn Europa sozial und lebensweltlich orientiert sein soll, dann müssen sich Träger und Einrichtungen im Bereich des freiwilligen Engagements, der Kinder- und Jugendhilfe und der politischen Bildung das Thema Europa weitaus mehr als bisher zu eigen machen. //

## Der Autor:

Manfred von Hebel, Jahrgang 1966, Bonn, Dipl.-Päd., Leiter Strategien und Projekte bei JUGEND für Europa, der deutschen Agentur für die EU-Programme Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps.

Kontakt: vonhebel@jfemail.de

# Europa in die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit holen

## – Praktische Ansätze der europapolitischen Jugendbildung für benachteiligte Zielgruppen

Im Folgenden werden zwei praxiserprobte Konzepte der europapolitischen Jugendbildung beschrieben, zum einen das eher klassische Bildungsangebot von Seminareinheiten „Europa für Zielgruppen“. Zum anderen ein Ansatz, „spielerisch“ mit dem Lernfeld Europa umzugehen.



Alexander Hauser

**W**enn der Berg nicht zu Europa kommt, kommt Europa halt zum Berg ...“. Warum denn nicht einmal das wichtige Thema Europa in die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit holen? Zweifellos sind internationale bzw. grenzüberschreitende Maßnahmen für junge (und erwachsene) Menschen die direkteste und wirkungsvollste Art, Europa zu erfahren und über Europa zu lernen. Dennoch, die Möglichkeiten und Chancen, vor Ort in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit über Europa und die Europäische Union zu lernen, sollten ebenso ein Bestandteil sozialer Arbeit mit jungen Menschen sein. Lernen über Europa und die EU, wenn es didaktisch adäquat aufgearbeitet ist, bedeutet immer auch die Vermittlung europäischer Werte und fördert die Demokratiebildung. Darüber hinaus bietet europapolitische Bildungsarbeit die Chance, auf ein internationales Mobilitätsangebot vorzubereiten bzw., noch wichtiger, für eine Teilnahme an einem grenzüberschreitenden Angebot zu sensibilisieren und zu motivieren. Damit würde sich der „Berg“ auch wieder mehr in Richtung „Europa“ bewegen ...

### Wir lernen Europa – „Europaseminare“

Ausgangsidee für dieses Angebot der europapolitischen Bildungsarbeit war eine Angebotsreihe des Kölner Diözesan- Caritasverbandes. Dort wurde vor ca. zwei Jahren damit be-

gonnen, in Caritaseinrichtungen für die Teilnehmenden an Maßnahmen, Angeboten und Projekten ein Seminar zu Europa anzubieten. Das heißt, sie erhielten im Rahmen eines einfach strukturierten, didaktisch wohldurchdachten und auf die verschiedenen Zielgruppen zugeschnittenen Seminarangebotes die Gelegenheit, sich mit dem Thema Europa und Europäische Union auseinanderzusetzen. In der konkreten Umsetzung bot eine europakompetente Lehrperson ein halbtägiges Seminarangebot vor Ort in Caritaseinrichtungen an. Struktur und Rahmenbedingungen des Bildungsangebotes sind grundsätzlich niederschwellig und orientieren sich prinzipiell an Grundsätzen non-formalen Lernens, das bedeutet unter anderem:

- Es gibt eine „zugehende“ Angebotsform – die Seminare finden in den Einrichtungen bzw. bestehenden Maßnahmen statt.
- Die Bezugspersonen/pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen sind die Brücke zu den Teilnehmenden und entscheidend für die Motivierung der Teilnehmenden.
- Didaktik und spezifische Inhalte werden immer wieder neu an den jeweiligen Voraussetzungen und Kompetenzen der Teilnehmenden des jeweiligen Seminarangebotes ausgerichtet (Lernbeeinträchtigungen, körperliche Einschränkungen, Sprachkompetenz, Altersgruppe, psychische Gesundheit, ...).
- Es gibt die Idee und das Ziel, dass in allen Phasen des Kurses flexibel mit dem Input der Teilnehmenden umgegangen wird und damit die interessenspezifische Schwerpunktset-

# „Entscheidend ist das ‚Herunterbrechen‘ eines komplexeren politischen Themas.“

zung im Vordergrund steht. Dies passiert natürlich immer mit einem roten Faden und „idealen“ Ablaufplänen, die als grobe Richtung dienen können.

- Ganz wichtig ist es, vertrauensbildenden und gruppendynamischen Methoden am Anfang viel Zeit einzuräumen. Das erleichtert die gemeinsame Arbeit im restlichen Verlauf sehr. Hürden und Widerstände seitens der Teilnehmenden gegenüber dem Thema werden ernst genommen und durch die Seminararbeit weitmöglichst abgebaut.
- Das Thema Europa und Europäische Union ist zwar gesetzt, orientiert sich aber an den Interessen und Erfahrungen der Teilnehmenden, welche zu Beginn der Seminareinheit abgefragt bzw. austariert werden. Der Seminar Aufbau zu unterschiedlichen Aspekten Europas und der EU ist modular. Je nach Möglichkeiten, Interessen und Vorerfahrungen können diese dann eingesetzt bzw. ausführlicher oder kürzer behandelt werden.
- Die Seminarinhalte werden in einfacher Sprache gehalten sowie nur einfache Texte verwendet.
- Der Einsatz von „unterhaltsamen“ Lehrmaterialien – Spiele, Quiz, Bilder, Video – ist wünschenswert.
- Wenn möglich, sollte eine lockere Seminarraum Atmosphäre geschaffen werden.

Es geht also in der Hauptsache darum, einen pädagogischen Rahmen zu schaffen, der Bildungsbenachteiligten eine Chance eröffnet, sich kritisch mit einem wichtigen politischen Thema zu beschäftigen. Dies fördert die Fähigkeit, politische Strukturen zu durchdringen und zu verstehen. Entscheidend ist das „Herunterbrechen“ eines komplexeren politischen Themas auf eine leicht zu vermittelnde Ebene, ohne aber die Vermittlung der sachlichen und politischen Inhalte aus den Augen zu verlieren. Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Verfügbarkeit von inhaltlich kompetentem und pädagogisch geeignetem Lehrpersonal. Zugegebenermaßen ist dies eine der größten Schwierigkeiten in der Vorbereitung und Organisation der Europaseminare. Denn viel mehr noch als die inhaltliche Expertise zur Thematik braucht es viel Erfahrung im Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen und einen durchweg wertschätzenden Ansatz, auch wenn man die Einheiten nicht „wie geplant“ durchführen kann.

Die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit bzw. die dort arbeitenden Fachkräfte sind ein unverzichtbares Bindeglied zwischen Bildungsanbietenden und den Zielgruppen. Sie schaffen den Zugang zur Zielgruppe und motivieren zur Teilnahme am Bildungsangebot. Das Bildungsangebot ist nicht kostenfrei, es entstehen in der Regel Fahrt- und Honorarkosten. Hier ist das Engagement und die Überzeugung der Träger von Jugendsozialarbeit gefragt, inwieweit sie wertvolle politische Bildungsarbeit für ihre Zielgruppe mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten.

Der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg hat 2018/2019 die Finanzierung von zehn Modellseminaren in den Mitgliedereinrichtungen ermöglicht. Im Bereich der Katholischen Jugendsozialarbeit konnten bisher drei solcher Europaseminare erfolgreich umgesetzt werden. Die Teilnehmenden, welche sich fast alle in Maßnahmen der Jugendberufshilfe befanden, waren nach anfänglicher Skepsis mit Interesse und schließlich auch mit Begeisterung dabei. Es hat sich gezeigt, dass über ein solches temporäres Angebot mit relativ wenig Aufwand das Thema Europa und europäische Werte jungen Menschen positiv vermittelt werden kann.<sup>1</sup>

## European Play Day – spielerisch Europa erfahren

Im Dezember 2018 organisierte die BAG Katholische Jugendsozialarbeit zusammen mit dem YES Forum<sup>2</sup> in Köln einen sogenannten „European Play Day“. Hier konnten Fachkräfte der Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit konkret erfahren, wie mit spielerischen Methoden und Mitteln politisches Lernen über die EU bzw. Europa möglich ist. Die Teilnehmenden haben sich mit Methoden der europapolitischen Bildung vertraut gemacht, die sich insbesondere an die Zielgruppen der Jugendsozialarbeit richten. Praxisbezogene Umsetzung und gute Beispiele von „spielerischer politischer Bildung“ (z. B. in der Anwendung von geeigneten Brettspielen) standen im Vordergrund des Trainings. Neben dem praktischen Ausprobieren wurde Raum zur fachlichen Diskussion und Reflexion gegeben, wie z. B. die erprobten Spiele im Alltag der Jugendsozialarbeit eingesetzt werden können. Zudem war das Training eine gute Einstimmung auf die anstehende Europawahl 2019.

In einer ersten Spielrunde wurde das Brettspiel „Legislativity“<sup>3</sup> vorgestellt. Dieses wurde vom Europazentrum Baden-Württemberg entwickelt und funktioniert nach klassischer Brettspielmethode, angelehnt an das Spiel „Monopoly“. Mit Würfeln und Kegelzügen bewegt man sich entlang der Institutionen und Vorgaben des EU-Gesetzgebungsverfahrens. Ereignis- und Aktivitätskarten beleben das Spiel. Gewonnen hat, wer als Erstes seinen/ihren „Gesetzesvorschlag“ bzw. seinen/ihren Kegel erfolgreich durch die unterschiedlichen Institutionen würfelt.

Das nächste Spiel aus der Sparte Planspiel war dem vom YES Forum von 2017 bis 2018 umgesetzten Erasmus+-Projekts „Your EP“<sup>4</sup> entlehnt. Hauptziel war auch hier, besonders jungen Menschen mit weniger Zugang zu politischer Bildung die Möglichkeit zu geben, sich mit Beteiligungsprozessen auf EU-Ebene auseinanderzusetzen, wobei Spaß und Unterhaltung nicht zu kurz kommen dürfen. Die Mitspielenden mussten als Vertreter\_innen verschiedener Interessengruppen für die

# „Spiele vermitteln viel Spaß und Leichtigkeit im Lernen über Europa.“

„Verordnung zum Schutze der europäischen magischen Fabelwesen“ werben oder diese ablehnen. Das Planspiel „Kleines Your EP“ war so weit vom ursprünglichen transnationalen Erasmus+-Zweijahresprojekt heruntergebrochen, dass es problemlos und mit wenig Zeitaufwand im Alltag der Jugendarbeit zur Anwendung kommen kann. In einer letzten Spielerunde wurde nochmals ein Produkt eines Erasmus+-Projektes erprobt. „EuropAlien“ ist ein Brettspiel, das von der katholischen Jugendeinrichtung „Haus der offenen Tür (HoT) Sinzig“<sup>5</sup> entwickelt wurde (siehe auch Artikel „die Flamme weitertragen“, Seite 35).

In der Bewertung und Auswertung durch die teilnehmenden Fachkräfte kam man zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen: Die Spiele vermitteln viel Spaß und Leichtigkeit im Lernen über Europa. Wichtig ist, die geeigneten Methoden und Formen zu kennen und auszuprobieren. Hinterfragt wurde, ob Jugendliche, die in ihrer Lesefähigkeit eingeschränkt oder entsprechend weniger sprachgewandt sind, für diese Spiele zu begeistern wären. Sind die „besonders benachteiligten“ jungen Menschen in der Jugendsozialarbeit für die Methode der Planspiele zu motivieren? Stellen solche Spielkonzepte nicht doch eine Überforderung für diese Zielgruppe dar? Dem entgegengehalten wurde, man müsse jungen und insbesondere sozial benachteiligten jungen Menschen bezüglich politischer Bildungsansätze grundsätzlich mehr zutrauen. Brettspielaffine Jugendliche, die es erfreulicherweise in fast jedem Jugendhaus gibt, sind mit Sicherheit über das Spiel „Legislativity“ zu gewinnen und werden mit Freude und ganz nebenbei in den Genuss politischer Bildung kommen. Spiele bzw. Planspiele sind eine geeignete Methode, um für politische Beteiligungsmöglichkeiten, wie z. B. die Europawahl 2019, zu informieren und zu sensibilisieren. Durch geeignetes Spielmaterial kann man auch im Rahmen von Angeboten der Jugendsozialarbeit komplexe politische Strukturen durchschaubar machen und junge Menschen für europapolitische Bildung erreichen. Europa spielend zu erfahren weckt Begeisterung für Europa und macht Spaß!

## Europapolitische Jugendbildung als pädagogischer Anspruch

Entscheidend für den Erfolg von europapolitischer Bildung in der Jugendsozialarbeit bzw. mit benachteiligten Jugendlichen sind zuallererst und eigentlich selbstverständlich die Anwendung zielgruppengerechter Methoden und die adäquate Gestaltung der Bildungsangebote. „Niedrigschwelligkeit“ sowie Verzicht auf akademisierte Bildungskonzepte sind auch hier das Gebot. Auf der Strukturebene liegt der Schluss nahe, dass sich die Sphären von politischer Bildung und Sozialer Arbeit wieder mehr aufeinander zuzubewegen haben. Angepasste,

zielgruppengerechte Bildungskonzepte und Angebotsstrukturen müssen von beiden Seiten gemeinsam weiterentwickelt werden. Es braucht Lehrpersonal, das politische Bildung ebenso beherrscht, wie den Umgang mit bildungsbenachteiligten Zielgruppen. Die Erprobung in der Praxis der Jugendsozialarbeit ist dann unbedingt notwendig und braucht wiederum Einrichtungen und Träger, die sich hierauf einlassen wollen. Im Idealfall ist europapolitische Jugendbildung Bestandteil eines Konzeptes von Jugendsozialarbeit, das europäische Dimensionen auf den unterschiedlichen Träger- oder Organisationsebenen berücksichtigt und sich praktisch in einer ausgeprägt europäisierten Angebotsstruktur zeigt. //

Der Autor:

Alexander Hauser arbeitet für die BAG KJS (Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit) als Fachreferent Jugendsozialarbeit & Europa beim Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V.

Kontakt: hauser@caritas-dicv-fr.de

Anmerkungen

<sup>1</sup> Weitere Informationen zu den Europaseminaren sind direkt beim Autor zu beziehen. Für die praktische Umsetzung der Seminare in der Erzdiözese Freiburg war die Bildungsfirma [www.gesellschaftsmacher.de](http://www.gesellschaftsmacher.de) zuständig.

<sup>2</sup> Das YES Forum ist ein europäisches Netzwerk von Organisationen, die hauptsächlich mit sozial benachteiligten oder diskriminierten jungen Menschen arbeiten. Derzeit hat das YES Forum 34 Mitgliedsorganisationen aus 18 Mitgliedsstaaten der EU. Die Geschäftsstelle des YES Forums hat ihren Sitz in Stuttgart [www.yes-forum.eu](http://www.yes-forum.eu).

<sup>3</sup> Das Brettspiel „Legislativity“ (2017) kann direkt beim Europa-Zentrum Baden-Württemberg bezogen werden: [www.europa-zentrum.de/projekte/legislativity-das-spiel-zur-eu-gesetzgebung](http://www.europa-zentrum.de/projekte/legislativity-das-spiel-zur-eu-gesetzgebung).

<sup>4</sup> „Your EP“ war ein vom YES Forum von 2017 bis 2018 umgesetztes sogenanntes strategisches Erasmus+-Projekt. Hauptziel war, dass bildungsbenachteiligte Jugendliche die EU-Institutionen kennenlernen und gemeinsam mit Jugendlichen aus unterschiedlichen Ländern, z. B. mittels Planspielen, die politischen Entscheidungsprozesse der EU erfahren. (<https://www.yes-forum.eu/projects/detail/project/yourep-2017-2018/action/show/ctrl/Project/>)

<sup>5</sup> [www.hot-sinzig.de](http://www.hot-sinzig.de)

# New Perspectives – Gender Sensitive Approaches in Youth Work

– Ein europäisches Gemeinschaftsprojekt



---

**Wir erleben heute eine größere Pluralität von Lebensformen, gleichzeitig reaktivieren sich geschlechtliche Ordnungswirkungen und Rollenklischees. Die Kategorie Geschlecht soll im Projekt „New Perspectives“ mit europäischen Partner\_innen in den Fokus genommen werden.**

---

Susanne Käppler, Christine Schubart, Annett Wiedermann

**F**ür Mädchen und Frauen sind die Themen geblieben: schlechtere Bezahlung auf dem Arbeitsmarkt, Armutsrisiko, Gewalt, Diskriminierung und Druck durch medial verbreitete Körperideale. Jungen und junge Männer dagegen stehen oft unter dem Druck, „Familienernährer“ zu sein, sie müssen einen Weg finden, „männlich“ zu sein, neuen Erwartungen gerecht werden, auch wenn sie keine Arbeit finden. Diese Entwicklung macht es notwendig, sich den damit verbundenen Phänomenen und Auswirkungen gendersensibel anzunehmen. Queere, intersektionale, heteronormative Perspektiven und neue Lebenslagen sowie gesellschaftliche Veränderungen sind Chancen und können zu einer Weiterentwicklung der sozialen Arbeit führen. Mit dem Projekt „New Perspectives – Gender Sensitive Approaches in Youth Work“ möchte die Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA e.V.) mit ihren Partner\_innen (s. u.) die Qualität der Jugendsozialarbeit fördern. In diesem partizipativen Projekt soll die geschlechterbezogene Arbeit weiterentwickelt, ausprobiert, genutzt und im Anschluss in Deutschland und anderen europäischen Ländern verbreitet werden. Wir wollen für Rollenbilder, Rollenerwartungen an junge Frauen gleichermaßen wie an junge Männer und geschlechterbezogene Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung sensibilisieren. Das Projekt bietet Methoden, um das Thema Geschlecht und Rollenerwartungen, Identität

und Persönlichkeitsentwicklung in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen bearbeitbar zu machen. Wir möchten voneinander erfahren wie Rollenklischees, Rollenerwartungen und ggf. auch Benachteiligung aufgrund von Geschlecht bei der Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung erlebt werden und welche Möglichkeiten auf Veränderungen gesehen werden. Den Erfahrungen der jungen Menschen und den daraus resultierenden Veränderungswünschen soll Gehör verschafft und professionelle pädagogische Fachkräfte davon in Kenntnis gesetzt werden, in Deutschland und auch in den beteiligten Partnerländern.

## ● Geplante Veröffentlichungen

### Ein Fachreader

Der Fachreader soll eine Handreichung und ein Toolkit für pädagogisches Fachpersonal in der Jugendsozialarbeit sein und wird länderübergreifende Mindeststandards, Konzepte und Methoden zusammenfassen. Damit soll er Anregungen für die konkrete pädagogische Praxis geben und darstellen, wie junge Menschen mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit in den Lebensbereichen wie Schule, Ausbildung, Arbeit, Familie etc. unterstützt werden können. Er wird darstellen, wie benachteiligenden, überfordernden Strukturen und gesellschaftlichen Veränderungen begegnet werden kann, und die Bedarfe von Jugendlichen bei Persönlichkeitsfindung und Geschlechts-

# „Wir wollen für geschlechterbezogene Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung sensibilisieren.“

rollenfindung aufzeigen. Der Fachreader soll pädagogischen Fachkräften helfen, die eigene Haltung zu reflektieren und überprüfen zu können, um Impulse in den eigenen Arbeitskontext zu übertragen.

## Ein Comic

In Zusammenarbeit mit den Jugendlichen entsteht eine Publikation in Form eines Comics (graphic narrative) in jugendgerechter Sprache und Bildern zum produktiven Umgang mit Geschlechterstereotypen und Rollenerwartungen unserer Gesellschaft. Dieses Produkt steht in engem Zusammenhang der Arbeit und der Auseinandersetzung der Fachkräfte mit dem Thema. Beide Produkte werden in Englisch erscheinen. Bevor im Folgenden über die ersten Aktivitäten und Erfahrungen in der gemeinsamen Projektarbeit berichtet wird, werden hier grundsätzliche Betrachtungen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in Europa vorangestellt.

## ● Daten, Fakten und Zahlen

Das Europäische Institut für Gender hat 2017 nun zum dritten Mal mit dem Gender Equality Index einen Bericht über die Geschlechtergerechtigkeit in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereitgestellt.<sup>1</sup> Das komplexe Thema wird dabei in acht verschiedenen Bereichen betrachtet, darunter Geld, Wissen, Zeit und Gesundheit. Insgesamt wird die Geschlechtergerechtigkeit in den einzelnen EU-Staaten und als EU-Durchschnittswert alle zwei Jahre anhand von 31 Indikatoren betrachtet.

## Gesamtergebnisse EU-Mitgliedsstaaten Geschlechtergerechtigkeit (Abb. 1)

Dabei schneiden die drei skandinavischen Mitgliedsstaaten und die Niederlande (NL) am besten ab und sind damit in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung EU-weit am weitesten fortgeschritten. Am wenigsten weit fortgeschritten ist die Gleichstellung in Griechenland (EL). Zu bedenken ist allerdings, und dies wird in dem Gender Equality Index nicht betrachtet, dass es innerhalb der Länder oft erhebliche Unterschiede zwischen urbanen Gebieten und ländlichen Regionen gibt. Wichtig zu beachten ist außerdem, dass die Werte keinerlei Auskunft über die Höhe von z.B. Einkommen im Ländervergleich angeben. Die Indikatoren messen lediglich, ob es einen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt, also z.B. ob das Durchschnittseinkommen bei Männern und Frauen gleich hoch bzw. niedrig ist. Exemplarisch seien nun zwei der untersuchten Bereiche des Gender Equality Index näher vorgestellt.

## Ergebnisse EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Geld (Abb. 2)

Der Bereich Geld wuchs am zweitschnellsten von allen im Gender Equality Index untersuchten Bereichen. Als Indikatoren für Geschlechtergerechtigkeit in diesem Bereich wurde dabei u.a. das durchschnittliche Monatseinkommen und die Armutsge-

fährdung gemessen. Die Großzahl der Mitgliedsstaaten der EU hat ihr Ergebnis für den Bereich Geld seit 2005 verbessern können, an der Spitze stehen dabei die Slowakei (SK) (+12,5 Punkte), Malta (MT) (+12,1 Punkte) und Polen (PL) (+11,9 Punkte). Nur Griechenland (EL) hat seinen Wert in den letzten zehn Jahren verschlechtert. Dies muss allerdings im Lichte ökonomischer Einsparungen gesehen werden, bei denen Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit schnell wegfallen.

## Ergebnisse EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Macht (Abb. 3)

Im Bereich Macht konnte der Gender Equality Index seit 2005 die größten Fortschritte in den Mitgliedsstaaten der EU feststellen. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten, mit Ausnahme von Tschechien (CZ), der Slowakei (SL), Finnland (FI), Litauen (LT) und Malta (MT), konnten ihre Ergebnisse im Bereich Macht verbessern. Zu diesem Bereich werden u.a. das Verhältnis von Männern und Frauen in den Vorständen der größten börsennotierten Unternehmen sowie das Geschlechterverhältnis im Parlament des jeweiligen Landes untersucht. Den größten Fortschritt verzeichnen dabei Italien (IT) (+29,2), Frankreich (FR) (+24,6) und Slowenien (SL) (+24,1).

Insgesamt ist die Entwicklung in Richtung Geschlechtergerechtigkeit in den Mitgliedsstaaten der EU langsam. Seit 2005 gab es kaum Verbesserungen. Dies unterstreicht den Bedarf an Bemühungen im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit, wie dies das Projekt „New Perspectives – Gender Sensitive Approaches in Youth Work“ für den Bereich Jugend(sozial)arbeit vorantreibt.

## ● Erste Aktivitäten

Die Kick-off-Veranstaltung für das Projekt „New Perspectives – Gender Sensitive Approaches in Youth Work“ fand am 20. und 21.09.18 in Stuttgart statt. Sie bot die Möglichkeit, erste Einblicke in den Stand gendersensibler pädagogischer Arbeit bei den Projektpartner\_innen in ihrem Länderkontext zu erhalten. Wesentliche Themen der Auftaktveranstaltung waren: Stand der gendersensiblen Pädagogik im jeweiligen Arbeitskontext, Gender in der Gesetzgebung, Schreibweisen, pädagogische Konzepte geschlechtsspezifischer Arbeit in allen Arbeitsfeldern und in Schule, Ausbildung und Berufswahl unter geschlechtsspezifischen Aspekten sowie die Erfahrungen aller teilnehmenden Organisationen. Alle hatten zur Vorbereitung der Auftaktveranstaltung einen Fragebogen beantwortet, bei dem es im Wesentlichen um die aktuellen Problemlagen von jungen Menschen in Bezug auf Sozialisation und Geschlecht im jeweiligen Land, um die Vorerfahrungen im Bereich geschlechtsspezifischer Arbeit jeder Organisation und Herausforderungen in diesem Themenfeld ging.

## ● Erste Ergebnisse

Sämtliche sozialen Medien haben einen sehr hohen Einfluss auf die Sozialisation von jungen Menschen. Leider brechen dadurch

Abbildung 1: Gesamtergebnisse EU-Mitgliedsstaaten Geschlechtergerechtigkeit

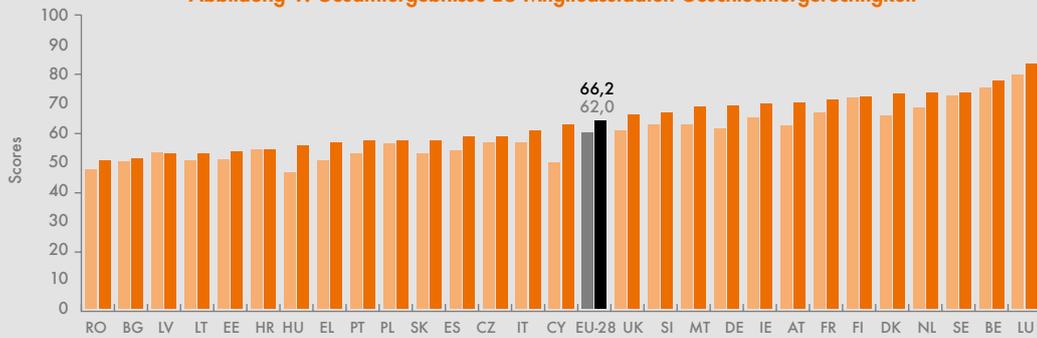


Abbildung 2: Ergebnisse EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Geld

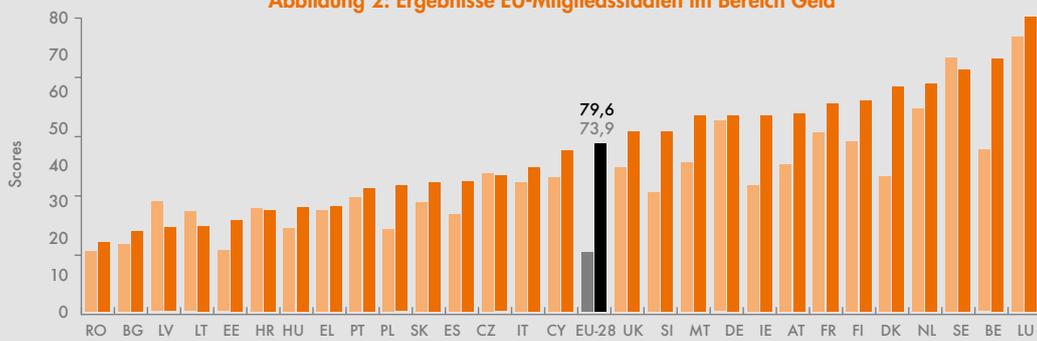
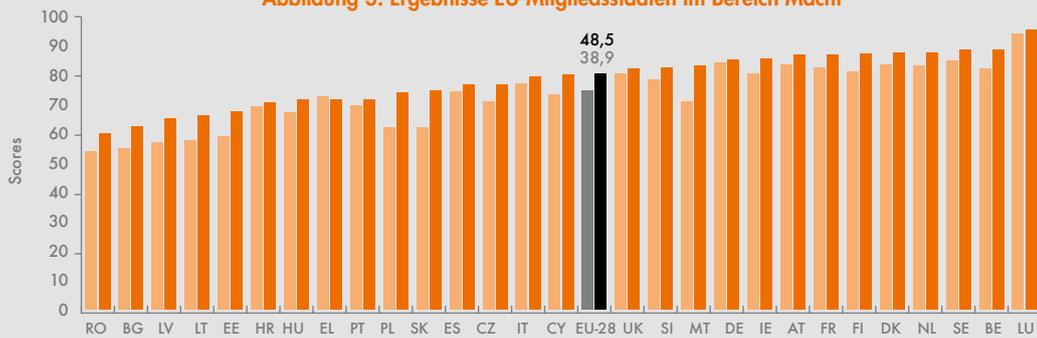


Abbildung 3: Ergebnisse EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Macht



Quelle: European Institute for Gender Equality, Research Communications

2005  
2015

traditionelle Rollenvorstellungen selten auf, sondern werden um ein Vielfaches reproduziert. Sexismus im Alltag und in der Sprache sind allgegenwärtig und nehmen der Umfrage zufolge zu. Äußerungen in Werbung, sozialen Medien, Musik, Politik und Alltag werden von allen Projektpartner\_innen als zunehmend sexistisch und mädchen-/frauenfeindlich wahrgenommen.

Mit Ausnahme der griechischen Partnerorganisation beschreiben alle eine starke Veränderung hinsichtlich rechter politischer Strömungen und damit einhergehend einen Rückschritt, nämlich eine Verbreitung traditioneller Rollenbilder, Ausgrenzungstendenzen von Frauen und LGBTIQ (lesbisch, gay, bi, trans, inter, queer), Polarisierung und Veränderungen der Demokratie. Damit einher gehen nationalistische Egoismen und allgemeine Ausgrenzung von Minderheiten sowie benachteiligten Gesellschaftsgruppen.

Das Aufwachsen in ländlichen Gebieten bedeutet, stärker traditionellen Familien- und Rollenvorstellungen ausgesetzt zu sein und weniger alternative Vorbilder für die eigene Sozialisation vorzufinden.

Bei diesem Kick-off wurden Fragen der Projektumsetzung miteinander diskutiert. Ein wesentliches Element des Projekts ist die Mitwirkung junger Menschen aus allen fünf Ländern. Dies wurde als eine große Herausforderung bewertet. Die Beteiligung junger Menschen aus den verschiedenen Ländern mit ihren Sichtweisen auf Geschlecht, das Zusammenwirken von Geschlechtern, das Aufwachsen in benachteiligenden Milieus sowie die unterschiedlichen Rollenerwartungen, der Alltagssexismus, der bereits viel zu häufig als ‚normal‘ empfunden und über den hinweggesehen wird, ist für alle Partner\_innen ein wichtiges Thema. Das Aufgezählte kann mit jungen Menschen pädagogisch bearbeitet werden und als Einstieg in das Projekt dienen. Aber wie ist es zu schaffen, dass die jungen Menschen über den gesamten Projektverlauf kontinuierlich teilnehmen, um mit den Fachkräften einzelne Ansätze und neue Methoden zu testen? Anknüpfend an diese Ausgangsfrage für die praktische Umsetzung war der Konsens, dass ein gemeinsames Verständnis zu ‚Gender‘ für die weitere Projektumsetzung benötigt wird. Alle Partner\_innen wünschen sich neben dem Austausch das Lernen guter Praxis voneinander, Möglichkeiten mit Rolemodels zu arbeiten sowie neue Methoden, um gendersensible

# „Insgesamt ist die Entwicklung in Richtung Geschlechtergerechtigkeit in der EU langsam.“

Pädagogik wirksam verbreiten zu können. Der Fragebogen des Auftaktes wird ein immer wieder auftauchendes Element sein. Dieser soll sich wie ein roter Faden durch das Projekt ziehen und alle Meetings durchgehend begleiten.

## ● Weitere Vorhaben

Sie Sensibilisierung für Rollenbilder, Rollenerwartungen und geschlechterbezogene Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung sind zentrale Aspekte des Projektes. Dabei steht im Fokus, neue Erkenntnisse und Methoden zu folgenden Aspekten zu gewinnen und zu entwickeln:

- Vielfalt jugendlicher Lebenslagen, insbesondere junger Menschen aus benachteiligten Milieus
- Entstehung und Reproduktion von Geschlechterrollen
- Überschneidung verschiedener Diskriminierungsformen.

Der entsprechende Fachdiskurs wird von den Partner\_innenorganisationen der fünf teilnehmenden Partner\_innenländern initiiert. Während des gesamten Projektverlaufs wird hierbei die Beteiligung junger Menschen ein Schwerpunkt sein.

Jugendliche aller Geschlechter und Fachkräfte erfahren voneinander, wie Rollenklischees, Rollenerwartungen und auch Benachteiligung aufgrund von Geschlecht bei der Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen erlebt werden. Sie erarbeiten Veränderungsmöglichkeiten, wie junge Menschen hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit in den Lebensbereichen Schule/Ausbildung/Beruf und Familie unterstützt werden können. Die gemeinsame (Weiter-)Entwicklung adäquater Methoden wird ein Ergebnis dieses Austauschprozesses sein. Zudem sollen im Verlauf des Projektes Mindeststandards für die geschlechtergerechte Jugendsozialarbeit formuliert werden.

Das Ziel ist, Gender bzw. geschlechterbezogene Pädagogik im Querschnitt zu etablieren, indem die Erkenntnisse, die neuen Methoden und die Mindeststandards im Praxisfeld Jugendsozialarbeit, in Verbänden und bei der Politik verbreitet und in der Praxis implementiert werden.

Zu den Aktivitäten und Methoden im Projekt gehören Planungstreffen in den Partner\_innenorganisationen der fünf beteiligten Länder, Mitarbeiter\_innen-Trainings, Workshops, Seminare und Referate. Digitale Tools sollen den Austausch der Jugendlichen untereinander, aber auch den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Fachkräften befördern.

Wie zu Beginn erwähnt, entsteht am Ende des Projektes ein Reader als fachliche Handreichung. Er soll darstellen, wie gesellschaftlichen Veränderungen und benachteiligenden sowie überfordernden Strukturen begegnet werden kann. Die Bedarfe von Jugendlichen bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung und

ihrer Geschlechterrollenfindung werden aufgezeigt. Außerdem wird in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen während der Projektlaufzeit ein Comicstrip (graphic narrative) in jugendgerechter Sprache und Bildern erstellt, der einen produktiven Umgang mit Geschlechter-Stereotypen und Rollenerwartungen in der heutigen Gesellschaft aufzeigen soll. Multiplikator\_innen-Veranstaltungen in den verschiedenen Kooperationsländern und eine finale Konferenz in Brüssel werden am Ende der Projektlaufzeit im Herbst 2020 stattfinden, um gemeinsam mit den Jugendlichen die Projektergebnisse einem europäischen Fachpublikum und politischen Entscheider\_innen zu präsentieren.

## Die Autorinnen:

Susanne Käßler, Referentin Mädchensozialarbeit und Gender Mainstreaming bei der Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit

Sophie Brandes (Werkstudentin), Annett Wiedermann (Geschäftsführerin) beim YES Forum

Christine Schubart (Geschäftsführerin), Sewit Haileab, Patricia Perez-Rodriguez beim Sozialkritischen Arbeitskreis (ska Darmstadt)

## Projektpartner\*innen:

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V., Deutschland

Sozialkritischer Arbeitskreis Darmstadt e. V., Deutschland

YES FORUM EWIV – Youth and European Social Work Forum Centro San Viator, Spanien

Institutou Ekpaideftikou Kai Epaggelmatikou Prosantolismou, Griechenland

Municipality of Skellefteå leisure office, Schweden

Stichtig CMO Stamm Groningen-Drenthe, Niederlande

## Anmerkung:

<sup>1</sup> Der Bericht ist online abrufbar unter: <https://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-index-2017-measuring-gender-equality-european-union-2005-2015-report>.

## Literatur:

BAG EJSA:

<https://www.bagejsa.de/handlungsfelder/modellprojekte/new-perspectives-gender-sensitive-approaches-in-youth-work/>  
YES FORUM:

<https://www.yes-forum.eu/projects/detail/project/towards-more-gender-sensitivity-in-youth-work-2018-2020/action/show/ctrl/Project/>

ska Darmstadt:

<https://www.ska-darmstadt.de/kinder-und-jugend/erasmusplus/>



# **EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK**

*– Die Kernherausforderungen und Erwartungen junger Menschen müssen im Mittelpunkt stehen*

Mit der EU-Jugendstrategie 2019–2027 haben sich die EU-Staaten erneut für eine jugendpolitische Zusammenarbeit zum Wohle junger Menschen in ressortpolitischen wie in politikfeldübergreifenden Anliegen ausgesprochen. Damit ist ein guter Ausgangspunkt geschaffen, europäische Jugendpolitik in den kommenden neun Jahren weiterzuentwickeln.

Ulrike Wisser

---

**E**ine europäische Jugendpolitik nimmt dabei – natürlich unter Beachtung des Subsidiaritätsgebots – die Lebenssituation aller jungen Menschen in Europa in den Blick und unterstützt die Mitgliedstaaten darin, „Jugend zu ermöglichen“. Im Detail bedeutet das, junge Menschen zu befähigen, die zentralen Herausforderungen ihres Aufwachsens – die Verselbstständigung, die Qualifizierung und die Selbstpositionierung – erfolgreich zu bewältigen. Diese durch den 15. Kinder- und Jugendbericht geprägten Bilder beschreiben die gesellschaftlichen Anforderungen an junge Menschen und die ihre Lebenslagen bestimmenden Variablen nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.

---

## *„Beteiligung, Begegnung, Befähigung“*

---

Eine europäische Jugendpolitik sollte sich darum nicht in erster Linie darüber definieren, welche Interessen, Erwartungen und Wünsche die Mitgliedstaaten und Europa als Ganzes an die nachwachsende Generation herantragen. Vielmehr sollte sie – wissenschaftsbasiert und empirisch fundiert – die Lebenslagen und „Bewältigungsaufgaben“ junger Menschen in Europa in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit und Vielfalt zum Ausgangspunkt nehmen.

Die besondere Aufgabe europäischer Jugendpolitik liegt darin, in grenzüberschreitender jugendpolitischer Zusammenarbeit einen gemeinsamen Raum zu entwickeln, in dem sowohl die große Unterschiedlichkeit der Lebenslagen junger Menschen als auch die Vielfalt jugendpolitischer Gestaltung von Jugendpolitik in den EU-Staaten zur Geltung kommen.

Europäische Jugendpolitik kann so als Impulsgeber für die Weiterentwicklung nationaler Jugendpolitiken eine zentrale Rolle übernehmen und dabei insbesondere in drei Funktionen wirksam werden:

- In sozialpolitischer Hinsicht die Mitgestaltung förderlicher Rahmenbedingungen für junge Menschen in Europa zur Bewältigung der Kernherausforderungen ihres Erwachsenwerdens.
- In jugendpolitischer Hinsicht die konsequente Öffnung der Zugänge junger Menschen zu Europa. Dazu müssen das Aufwachsen in der europäischen Gesellschaft und die Werte der europäischen Integration für die eigene Zukunftsgestaltung positiv erfahrbar gemacht und die Verknüpfung von lokaler und globaler/europäischer Lebenswirklichkeit als Chance vermittelt werden.
- In europapolitischer Hinsicht die Stärkung des Voneinan-

der-Lernens. Dies ermöglicht die Nutzung von Impulsen und Erfahrungen zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Akteur\_innen für die jeweiligen lokalen, regionalen und nationalen Handlungsstrategien im Jugendbereich.

Die neue EU-Jugendstrategie kann dazu beitragen, in dieser zentralen Aufgabe weiterzukommen. Sie soll – ihren Schlüsselanliegen Beteiligung, Begegnung und Befähigung folgend – in erster Linie ressortbezogen agieren und dabei auf die Stärkung der Beteiligung und des Mitspracherechts junger Menschen auf allen politischen Ebenen zielen. Darüber hinaus sind die Förderung europäischer Austausch- und Begegnungsmaßnahmen sowie der Stärkung von Jugendarbeit wesentliche Aufgaben. Das europäische Ziel, alle jungen Menschen zu erreichen, sollte aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Analyse, wie in den EU-Jugendberichten ausgewiesen, nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben, sondern Priorität im Handeln genießen. Verbindet sich dieses Anliegen doch mit dem Kernanspruch der EU, für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen. Dies setzt ein besonderes Augenmerk europäischer Jugendpolitik auf junge benachteiligte Menschen voraus. Benachteiligungen erschweren die Teilhabe am demokratischen Leben, bremsen freiwilliges Engagement und verhindern die Teilnahme an grenzüberschreitender Lernmobilität. Vor diesen Folgen warnen Jugendforscher seit langem.

Die Einmischung in jugendrelevante Strategien der EU insbesondere in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Soziales ist dabei ebenfalls eine wesentliche Voraussetzung.

---

## *„Benachteiligungen erschweren die Teilhabe am demokratischen Leben“*

---

Es besteht ein dringender jugendpolitischer Handlungsbedarf, damit nach wie vor bestehende Probleme sich nicht zu strukturellen Schwächen auswachsen. Der dritte EU-Jugendbericht aus dem Jahr 2018 weist erneut darauf hin, dass junge Menschen, die keinen Zugang zu Bildung und Beschäftigung finden, oft von gesellschaftlicher Partizipation ausgeschlossen sind und Ausgrenzung und Marginalisierung erleben. Junge Menschen, die sozial und beruflich nicht integriert sind, haben es schwerer, ihren politischen Willen zu artikulieren. Und je weniger sie gebildet sind, desto weniger gehen sie wählen oder beteiligen sich an Freiwilligen- oder Kulturaktivitäten.

Diese Missstände fordern Entscheidungsträger\_innen auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten heraus. Sowohl

---

im neuen „EU-Jugenddialog“ als auch durch die Förderung von neuen Dialog- und Partizipationsformen in den Mitgliedstaaten sollen Zielgruppen junger Menschen erreicht werden, die schwerer Zugang finden oder andere Formen von Ansprache und Beteiligung erwarten. Ihnen gilt es auch, Zugänge zu grenzüberschreitenden, europäischen Lernerfahrungen anzubieten.

---

## **„Europäische Jugendpolitik ist gefordert, globale Visionen auf die lokale Ebene herunterzubrechen.“**

---

Befähigung, politische und demokratische Partizipation – auch an Europa – findet wie Jugendpolitik überhaupt in erster Linie vor Ort in den jeweiligen Sozialräumen statt. Europäische Jugendpolitik ist darum gefordert, ihre globalen Visionen und Anliegen auf die lokale Ebene herunterzubrechen. Dort müssen die relevanten öffentlichen und freien Akteure der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mitgenommen und für diese Anliegen begeistert werden. Verantwortung tragen hierfür die Mitgliedstaaten. Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene kann dabei unterstützend sein, wenn das Voneinander-Lernen und jugendpolitische, europäische Impulse ernsthaft als Chance für die Weiterentwicklung nationaler Jugendpolitiken begriffen werden.

In der Umsetzung der neuen Jugendstrategie als Teil nationaler Jugendpolitik in Deutschland kann dabei auf die Debatten und Ergebnisse der letzten Arbeitsphase 2010 bis 2018 zurückgegriffen werden. Die zu Beginn von Bund und Ländern formulierten fachlichen Anliegen haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren:

- europäische Mobilitätserfahrungen als Bildungsimpuls auch für solche Jugendlichen systematisch zu ermöglichen, die von Angeboten der Arbeitsmarkt- und Bildungssysteme nicht oder nicht mehr erreicht werden.
- die nachhaltige Beteiligung junger Menschen aus sozial schwachen, bildungsfernen Familien und jungen Menschen mit Migrationshintergrund auszubauen.
- Kompetenzen und Fähigkeiten, die junge Menschen in nicht formalen Bildungsgelegenheiten erworben haben, für ihren persönlichen und beruflichen Lebensweg verwertbar zu machen.

Auch wenn sich die Governance-Struktur zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland verändert, bietet sie eine

Weiterarbeit der Willigen und Interessierten an den Fachthemen der Arbeitsphase 2014 – 2018: Mitwirkung und Beteiligung, Zugang zu europäischen und internationalen Lernerfahrungen und Sichtbarmachung erworbener Kompetenzen. Die entwickelten Ansätze und Angebote sollten dabei in die Breite etabliert werden und der Fokus auf benachteiligte junge Menschen aufrechterhalten sowie weiter ausgebaut werden.

Für alle drei Zielsetzungen spielt die Jugendsozialarbeit eine wesentliche Rolle. Beim Ausbau von grenzüberschreitenden Lernmöglichkeiten in Angeboten des Übergangs beispielsweise können freie Träger der Jugendsozialarbeit vor Ort wesentliche Motoren sein, da sie traditionell an den Schnittstellen SGBII, SGBIII und SGBVIII agieren und kompetent in der Kooperation mit unterschiedlichen Akteuren in den Kommunen verankert sind. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit der Akteur\_innen am Übergang aus der Grundsicherung, Arbeitsmarktpolitik und Jugendhilfe vor Ort bietet grundsätzlich ein großes Potential für den weiteren Ausbau von Angeboten europäischer und internationaler Lernerfahrungen für benachteiligte junge Menschen. Viele dieser jungen Menschen befinden sich in Maßnahmen am Übergang, wie beispielsweise in der Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung und der außerbetrieblichen Ausbildung.

Dafür wird eine verstetigte und starke Jugendsozialarbeit vor Ort benötigt. //

**Die Autorin:**

Ulrike Wisser ist Expertin im Bereich europäische Jugendpolitik (ehemals Servicestelle EU-Jugendstrategie bei JUGEND für Europa).

Kontakt: [wisser-ulrike.bxl@outlook.be](mailto:wisser-ulrike.bxl@outlook.be)

# Die Mindestvergütung für Auszubildende greift dort, wo sich Arbeitgeber\_innen ihrer Verantwortung für die Tarife entziehen

Matthias Anbuhl

**D**er Handwerkspräsident ist in Sorge. Deutschland drohe ein Land ohne Gestalter, Schrauber und ohne Macher zu werden, klagte Hans-Peter Wollseifer vom Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) kürzlich in einer großen Boulevardzeitung. Notwendig sei nichts anderes als eine Bildungswende, um wieder mehr Jugendliche vom Wert einer betrieblichen Ausbildung zu überzeugen. Das Handwerk fährt schon seit geraumer Zeit eine millionenschwere PR-Kampagne, um für die betriebliche Ausbildung zu werben.

In der Tat gibt es beunruhigende Entwicklungen für Arbeitgeber\_innen – nicht nur im Handwerk. Denn trotz aller Imagekampagnen und Werbewochen für die duale Ausbildung wächst die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze. Knapp 58.000 Stellen haben die Betriebe zuletzt ohne Erfolg angeboten – der höchste Wert seit 1994.

Ein genauer Blick auf die Daten zeigt: Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt bleibt nach Regionen und Branchen zersplittert. Offene Plätze gibt es insbesondere im Osten Deutschlands. In Greifswald, Schwerin, Bernburg (Sachsen-Anhalt) oder Jena blieb 2018 rund jeder fünfte Ausbildungsplatz unbesetzt.<sup>1</sup> Allein bei den Fleischern gibt es im gesamten Osten nur noch 192 neue Ausbildungsverträge, ganze 131 Plätze blieben unbesetzt.<sup>2</sup> Kurzum: In manchen Regionen und Branchen liegt

die Ausbildungskultur am Boden. Hier finden Betriebe keine Azubis und viele junge Menschen machen einen weiten Bogen um die duale Ausbildung.

Wer wirklich eine Bildungswende will und die berufliche Ausbildung stärken möchte, muss genau hier ansetzen. Die Gründe, weshalb sich Jugendliche für oder gegen eine Ausbildung entscheiden, sind gut erforscht. Der Ausbildungsberuf muss die Jugendlichen interessieren. Junge Menschen erwarten eine gute Qualität ihrer Ausbildung und eine faire Bezahlung während und nach der Ausbildung. Die Ausbildungsvergütung ist sicher nicht der einzige, aber ein wichtiger Punkt, an dem junge Menschen (und ihre Eltern) den Wert einer Ausbildung messen.

---

**„Trotz Imagekampagnen wächst die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze.“**

---

Die Bundesregierung möchte hier gegensteuern – und will eine Mindestvergütung für Auszubildende einführen. Die Arbeitgeber\_innen-Verbände halten dagegen: Dies sei ordnungspolitisch der falsche Weg und komme „einem vernichtenden Urteil

# „Mehr als zwei Millionen junge Menschen in Deutschland haben keine Ausbildung.“

---

über die Kompetenz der Sozialpartner gleich, die Ausbildungen realistisch und praxisnah beurteilen zu können“, schreibt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrer Stellungnahme zu den Plänen der Bundesregierung.

Mehr ungewollt als gewollt weisen die Arbeitgeber\_innen selbst dabei auf ein zentrales Problem in ihren Reihen hin. Die Mindestvergütung für Azubis ist nur da notwendig, wo sich Arbeitgeber\_innen ihrer Verantwortung als Tarifpartner\_innen entziehen. Und da gibt es ein massives Ost-West-Gefälle. Der Anteil der Betriebe, die freiwillig eine Vergütung nach Tarifvertrag zahlen, ist im Osten deutlich geringer als in Westdeutschland, schreibt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in seiner Auswertung der Ausbildungsvergütungen.

Ein Beispiel ist das Fleischerhandwerk: Nur noch einen einzigen Flächentarifvertrag weist die BIBB-Datenbank für diese Branche im Osten aus. Gerade einmal 310 Euro bekommen junge Azubis dort im ersten Ausbildungsjahr; der Vertrag gilt zudem nur für Sachsen. Der Haken an diesem Tarifvertrag: Er stammt aus dem Jahr 2010, wurde im April 2011 von der DGB-Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) gekündigt, die seither die Arbeitgeber\_innen vergeblich auffordert, einen neuen Vertrag zu verhandeln. Seit fast einem Jahrzehnt weigern sich die Arbeitgeber\_innen in Sachsen nun standhaft, ihren Azubis auch nur einen müden Cent mehr zu zahlen. Die NGG hat deshalb angefangen, mit einzelnen Unternehmen Tarifverträge abzuschließen, die mitunter auch über den Forderungen des DGB für eine Mindestvergütung liegen. Diese Firmen haben deutlich bessere Chancen, ihre Ausbildungsplätze auch besetzen zu können.

In anderen Branchen ist die Lage zum Teil dramatischer. Im Friseurhandwerk haben die Arbeitgeber\_innen in manchen Regionen sogar zwei Jahrzehnte Tarifverhandlungen verweigert. Die Folge sind Dumpingvergütungen, die mitunter bei weniger als 400 Euro im Monat liegen. Die Arbeitgeber\_innen möchten diese Billig-Modelle nicht antasten, sondern aufwerten, indem sie ihnen künftig das Etikett „Mindestvergütung“ aufkleben wollen. Die Gewerkschaften wollen diese Dumpingausbildung durch ihr Modell der Mindestvergütung abschaffen. Keine Ausbildungsvergütung darf nach dem DGB-Modell mehr als 20 Prozent unter dem tariflichen Durchschnitt liegen. Für das erste Ausbildungsjahr läge die Vergütung somit bundesweit bei 660 Euro brutto im Monat.

Eine solche Mindestvergütung für Azubis löst zwar nicht alle Probleme, ist aber ein wichtiger Schritt, um Ausbildung besser und attraktiver zu machen. Sie hilft vor allem dort, wo Arbeitgeber\_innen sich weigern, mit Gewerkschaften die Höhe der Vergütung zu verhandeln. Wer dagegen seine Azubis anständig bezahlt, braucht die Einführung einer Mindestvergütung nicht

zu fürchten. Grund zur Freude hätten nach unseren Berechnungen aber rund 127.000 Jugendliche, die am Monatsende mit mehr Geld nach Hause gehen könnten.

Die Betriebe hingegen würde eine solche Mindestvergütung nicht überfordern. Das BIBB hat berechnet, welche zusätzlichen Kosten den Betrieben entstehen würden. In Ostdeutschland wären das maximal rund 100 Euro netto pro Monat. Da ist mitunter die Sonderausstattung für den Firmenwagen oder ein neues Softwareprogramm teurer.

Dabei sind es nicht nur die unbesetzten Ausbildungsplätze, die den Betrieben Kopfzerbrechen bereiten sollten. Auch die hohe Zahl der Ausbildungsabbrecher\_innen spricht für eine mangelnde Ausbildungskultur. Jeder vierte Ausbildungsvertrag wird vorzeitig gekündigt, der schlechteste Wert seit Anfang der neunziger Jahre. Diese Meldung überrascht, denn noch nie gab es in den Unternehmen eine Azubi-Generation mit besseren Schulabschlüssen: Die Zahl jener, die auch den Weg zur Hochschule einschlagen könnten, hat ein Rekordhoch erreicht.

Lösen Jugendliche ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig auf, muss das kein Problem sein. Manchmal hat er oder sie schlicht eine bessere Alternative gefunden. Doch viele Jugendliche steigen nicht freiwillig aus einer Ausbildung aus. Sie laufen Gefahr, keinen anderen Ausbildungsplatz zu finden und einer von mehr als zwei Millionen jungen Menschen in Deutschland zu werden, die keine Ausbildung haben. Schlecht bezahlte Arbeit, miese Bedingungen und immer wieder lange Zeiten ohne Job sind oft die Folge.

Um das Bild nicht allzu düster zu malen: Es gibt große Unterschiede zwischen den 325 Ausbildungsberufen. Bei den Fachangestellten in der Verwaltung hören nur 4,1 Prozent der Azubis vorzeitig auf. Im Sicherheitsgewerbe und Friseur-Handwerk, bei Restaurantfachkräften und Köch\_innen ist es aber jeder zweite. Ist die Vergütung extrem niedrig, werden besonders viele Verträge aufgelöst. Im Friseur-Handwerk starten pro Jahr etwa 10.000 Jugendliche ihre Ausbildung, aber nur rund 5.000 Azubis machen letztlich die Prüfung.<sup>3</sup>

Die Arbeitgeber\_innen suchen allzu voreilig die Schuld bei den Jugendlichen. An Leistungswillen mangle es ihnen, außerdem sei die Berufsorientierung an den Schulen zu schlecht. Das Bundesinstitut für Berufsbildung stellt dagegen fest, die Diskussion fokussiere sich zu stark auf die Auszubildenden. Der jüngste Datenreport zeigt: Wo Betriebe mehr in „ihre“ Jugendlichen investieren, werden deutlich weniger Verträge aufgelöst – unabhängig von Schulabschluss, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit. Dass die Höhe der Ausbildungsvergütung eine entscheidende Bedeutung hat, sagt auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in einer Studie zu Vertragslösungen in Sachsen-Anhalt.

# „Wo Betriebe mehr in ‚ihre‘ Jugendlichen investieren, werden deutlich weniger Verträge aufgelöst.“

Im Kern geht es um die Frage: Sehen Betriebe ihre Azubis als billige Arbeitskräfte oder investieren sie in ihre künftigen Fachkräfte? Setzen Unternehmen auf das Billigmodell, dann sind extrem niedrige Bezahlung, schlechte Ausbildungsbedingungen, ein lausiges Betriebsklima und mangelnde Qualität häufig die Folge.

Natürlich muss auch stärker eingegriffen werden, um Jugendliche vor Verstößen gegen den Jugendarbeitsschutz, Überstunden und rüde Umgangsformen zu schützen. Sie merken sehr genau, ob sie ausgebildet oder ausgebeutet werden. Das ist auch nicht mit dem Spruch „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ zu rechtfertigen, der aus der gesellschaftlichen Steinzeit stammt. Im 21. Jahrhundert sollten wir uns darauf konzentrieren, mehr Azubis zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Die allgemeine Wertschätzung der dualen Berufsausbildung darf sich nicht in Hochglanzkampagnen erschöpfen. Die Jugendlichen müssen sie Tag für Tag spüren – wenn sie morgens ins Büro oder in das Geschäft kommen oder durch das Werkstor gehen. Deshalb ist die Mindestvergütung für Auszubildende ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer besseren Ausbildungskultur. //

## Der Autor:

Matthias Anbuhl, Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand  
Kontakt: [matthias.anbuhl@dgb.de](mailto:matthias.anbuhl@dgb.de)

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Bundesinstitut für Berufsbildung: Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt 2018, Bonn 2018.

<sup>2</sup> Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung: BIBB-Datenblatt Fleischer/-in, Berlin 2018.

<sup>3</sup> Bundesinstitut für Berufsbildung: BIBB-Datenblatt Friseur/-in Berlin 2018.

## Literatur:

Anbuhl, Matthias: Kalkulation zur Mindestausbildungsvergütung auf Basis der BIBB-Datenblätter, Berlin 2019.

Beicht, Ursula: Tarifliche Ausbildungsvergütungen: Anstieg und Strukturen 2018 sowie Entwicklungen seit 1976, Bonn 2019.

Bundesinstitut für Berufsbildung: Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt 2018, Bonn 2018.

Bundesinstitut für Berufsbildung: BIBB-Datenblatt Fleischer/-in, Berlin 2018.

Bundesinstitut für Berufsbildung: BIBB-Datenblatt Friseur/-in, Berlin 2018.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Mindestausbildungsvergütung – Beschluss des DGB Bundeskongresses, Berlin 2018.

Wenzelmann, Felix; Pfeifer, Harald: Die Mindestausbildungsvergütung aus betrieblicher Perspektive: Einschätzung auf Basis von datenbasierten Simulationen, BIBB-Report 4/2018 Bonn 2018.

Wollseifer, Hans Peter: Wir werden zum Land ohne Schrauber und Macher, Berlin 2019, in: BILD vom 16. Februar 2019.

## Impressum

DREIZEHN  
Zeitschrift für Jugendsozialarbeit  
Ausgabe 21/2019, 12. Jahrgang  
ISSN 1867-0571

Herausgeber:  
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit  
(Rechtsträger: Deutscher Paritätischer  
Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.)  
Oranienburger Str. 13–14, 10178 Berlin  
E-Mail: [dreizehn@jugendsozialarbeit.de](mailto:dreizehn@jugendsozialarbeit.de)  
Internet: [www.jugendsozialarbeit.de](http://www.jugendsozialarbeit.de)

V. i. S. d. P.:  
Birgit Beierling (Sprecherin Kooperations-  
verbund Jugendsozialarbeit)

Redaktion:  
Annemarie Blohm  
Redaktionsbeirat:  
Wolfgang Barth, Birgit Beierling, Dieter  
Eckert, Alexandra Hepp, Judith Jünger,  
Andreas Lorenz, Marion Paar, Svenja  
Pasternack, Silke Starke-Ueckermann,  
Sonja Steinbach, Petra Tabakovic,  
Dr. Oliver Trisch, Angela Werner, Gisela  
Würfel, Marion von zu Gathen

Grafisches Konzept, Layout und Satz:  
HELDISCH.com, Berlin

Korrektorat:  
Tom Seidel – Die Korrigierer, Assenta

Fotonachweis:  
Titel: iStock/Zbynek Pospisil  
S. 5, 14, 19, 23, 28, 35, 42, 45, 49, 52:  
[unsplash.com](http://unsplash.com)  
S. 9, 13: YES Forum  
S. 24: Photothek/Thomas Imo  
S. 33: Josefine Janert  
S. 36, 37, 38: Caroline Schäfer



Karikatur S.55: OL

Druck:  
Druckcenter Berlin

Beiträge von Autoren\_innen geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder. Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

#### KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Redaktion DREIZEHN

Auguststr. 80, 10117 Berlin

Tel: 030 28 395 312

[dreizehn@jugendsozialarbeit.de](mailto:dreizehn@jugendsozialarbeit.de)

[www.jugendsozialarbeit.de](http://www.jugendsozialarbeit.de)

